Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

24. Juni 1976 4. Jhg./Nr. 8 Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis 4.-

Regierung will Minderheitengesetze durchsetzen

Die drei Parlamentsparteien haben sich Anfang Juni auf den 6.7. als Termin für die Beschlußfassung der beiden "Minderheiten"-gesetze geeinigt. Zugleich haben sie einen "Operationskalender" veröffentlicht, mit dem sie unverhohlen ihre reaktionären, chauvinistischen Absichten offengelegt haben. Noch in diesem Jahr - am 14.November - soll im Anschluß an die Personenstandserhebung eine "geheime Sprachenzählung" stattfinden. Deren Ergebnisse sollen bei der Erlassung der Durchführungsverordnungen zum Volksgruppengesetz "berücksichtigt" werden, so daß dieses mit 1.1.77 in Kraft treten kann.

Dieser Operationskalender legt die beiden Kernpunkte der erzreaktionären "Lösung" des Minderheitenproblems durch die Regierung offen:
1. Durchführung einer Sondervolkszählung oder Minderheitenfeststellung
2. Abhängigmachen der Zweisprachigkeit im öffentlichen Leben insbesondere der topographischen Aufschriften von einer bei einer Minderheitenfeststellung ermittelten "relevanten Zahl" von Slowenen.

Diese beiden Kernpunkte der Minderheitenpolitik der Regierung und der Parlamentsparteien haben immer schon den Inhalt dieser beiden Gesetze dargestellt; jetzt tritt dies nur deutlicher hervor, als in der Zeit der "Verhandlungen" mit den Vertretern der Minderheiten, als die Regierung sich demokratisch gebärdete, um die Öffentlichkeit über ihre wirklichen Absichten zu täuschen.

Fortsetzung auf Seite 2





KÖTTMANNSDORF/KOTMARA VAS /Kärnten: Proteste gegen die Minderheitenpolitik der Regierung anläßlich einer vom Kärntner Heimatdienst veranstalteten "Fahnenweihe".

Krankengeld in voller Höhe für die Dauer eines Jahres

Kampferfolg der Wertheim - Arbeiter

Der Kampf der Wertheimer um die Durchsetzung eines Krankengeldes in voller Höhe des Lohnes für die Dauer eines Jahres endete Mitte Juni mit einem vollen Erfolg!

Schon seit längerer Zeit kämpften die Arbeiter, wie im "Klassenkampf" berichtet, um die Angleichung ihrer Rechte an die der Angestellten im Krankheitsfall.

Am 14.6. fand ein einstündiger Warnstreik statt, um die Verhandlungen des Betriebsrates mit der Firmenleitung zu unterstützen. Alle Arbeiter versammelten sich im Hof vor den Direktionszimmern, damit die Direktion auch ganz genau sieht, dass gestreikt wird. Damit sollte die Entschlossenheit ausgedrückt werden, sich nichts gefallen zu lassen und nicht zurückzuweichen.

Bei der Streikversammlung wurde festgelegt, dass, wenn die Kapitalisten bis am 16.6. in der Früh nicht nachgeben, ein unbefristeter Kampfstreik durchgeführt würde. Vor der Kompromisslosigkeit der Arbeiter musste die Direktion schliesslich zurückweichen: Am 16.6. und 7 Uhr früh erklärten sie sich dazu bereit, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Die Bedingungen für die Durchsetzung der Forderung waren für die Arbeiter sehr günstig. Die Firma hat jetzt viele Aufträge bekommen, die Lager sind weitgehend leer und um pünktlich liefern zu können, wollten die Kapitalisten Streiks verhindern. Strafzahlungen bei verspäteter Lieferung wären ihnen zu teuer gekommen. Das schaffte für den Kampf gute Voraussetzungen.

Mit verschiedensten Mitteln wurde die Einheit der Wertheimer für ihre Forderung hergestellt, in den Abteilungen wurde die Forderung breit diskutiert, damit jeder weiss, um was es geht. Dadurch ist es leichter möglich, Spaltungsmanövern der Kapitalisten entgegenzutreten.

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Syrische Intervention im Libanon im Dienst der Imperialisten

Durch die massive militärische Intervention des syrischen Regimes hat Anfang Juni der bereits seit vierzehn Monaten andauernde libanesische Bürgerkrieg eine äusserst gefährliche Wendung genommen. Die Intervention ist die Reaktion des syrischen Regimes auf den Aufschwung der revolutionären Massenbewegung im Libanon und ihre zunehmende politische Selbständigkeit sowie auf die zunehmende Stärke der PLO. Die libanesischen Volksmassen konnten in den vorhergehenden Monaten zwar keinen entscheidenden Sieg über die reaktionären Kräfte erringen, aber diese isolieren und schwer anschlagen. Dies war seinem Wesen nach ein Bürgerkrieg der libanesischen Arbeiter, Bauern und anderer Teile des Volkes gegen die eng mit dem Imperialismus verbundene Kompradorenbourgeoisie. Keinesfalls war es ein "Religionskrieg".

Das Minimalprogramm der fortschrittlichen Kräfte des Libanon besteht aus drei Gruppen von Forderungen:
1. Solchen zur Beseitigung des konfessionellen Staatssystems;
2. Solchen über die volle Bewegungsfreiheit der PLO im Libanon und die Eingliederung des Libanon in die arabische Front gegen den zionistischen Staat;
3. Soziale Massnahmen, wie z.B. Arbeiterschutzforderungen, Forderungen der Bauern im Süd-Libanon, Nationalisierung der ausländischen Universitäten, usw.

Gegen den Lehrerstop! Artikel Seite 6

Wertheim-Arbeiter erkämpfen Krankengeld in voller Höhe und für die Dauer eines Jahres

Auf Grundlage der Diskussionen wurden dann Plakate in den Abteilungen aufgehängt, die die breite Unterstützung der Arbeiter zeigten.

Es gab auch tatsächlich Verschleppungs- und Abwiegelungsmanöver der Direktion, denen der Betriebsrat und die Belegschaft aber entschlossen entgegentraten.

Als die Forderung an die Direktion herangetragen wurde, hiess ihre ursprüngliche Antwort: "Das kostet zu viel". Die Arbeiter gingen aber von ihren eigenen Interessen aus, nicht von den Profitinteressen des Betriebes und meinten: Für uns ist das keine Kostenfrage, wenn wir krank sind und arbeiten gehen müssen, weil wir vom Krankengeld nicht leben können; für uns ist das eine Frage, ob wir unsere Gesundheit völlig ruinieren oder nicht.

Ein weiteres Manöver war der Vorschlag, einen Fonds einzurichten, aus dem, solange Geld drinnen ist, an kranke Kollegen Auszahlungen erfolgen sollten. Der Vorschlag wurde aber vom Betriebsrat und den Arbeitern abgelehnt. Denn was ist mit Kollegen, für die kein Geld mehr da ist, wenn der Fonds ausgeschöpft ist? Dann ist deren Situation nicht anders als heute.

Sehr grosse Bedeutung beim Kampf hatten bei Wertheim die Vertrauensleutesitzungen. Vertreter der einzelnen Abteilungen trafen sich in der Arbeitszeit, diskutierten die aktuelle Lage und beschlossen gemeinsam mit dem Betriebsrat entsprechende Massnahmen. Dieses demokratische Organ der Belegschaft ermöglichte es sowohl, von einzelnen Abteilungen her Vorstellungen an andere heranzutragen, als auch rasch Beschlüsse der Sitzungen in allen Abteilungen zu verbreiten, wodurch die Verbindung und Diskussion im ganzen Betrieb, die Mobilisierung der Kollegen sehr erleichtert wurde.

Die Kampfbereitschaft der Wertheim-Arbeiter, die Entschlossenheit für ihre Rechte einzutreten und sich von der Direktion nichts gefallen zu lassen, wächst ständig seit dem Abschluss der Kollektivverträge. Damals gab es im Betrieb gegen den Lohnraubabschluss Proteststreiks und Protestresolutionen. Die Arbeiter waren sehr unzufrieden mit dem niedrigen Abschluss und auch besonders mit der Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor den Kapitalisten. Seit damals gibt es eine Reihe von kurzen Streiks und Auseinandersetzungen, deren Höhepunkt und grösster Erfolg die Durchsetzung der Angleichungsforderung ist.

Von der Gewerkschaftsführung wurde nichts getan, um die Forderungen der Wertheimer zu unterstützen oder in anderen Betrieben zu verbreiten. Das ist kein Wunder. Rufen doch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer immer wieder zur "Mässigung" auf, dazu, dass man die Betriebe nicht "überfordern" soll.

In Wirklichkeit dazu, dass sich die Arbeiter den Unternehmern unterordnen und nachgeben sollen. Anstatt die Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse für deren Interesse konsequent einzusetzen, verwenden die sozialdemokratischen "Sozialpartner" die Gewerkschaften oft dazu, Kämpfe abzuwiegeln und abzuwürgen. Aber wenn sich die Arbeiter darum kümmern, was in der Gewerkschaft vor sich geht, wenn in der Gewerkschaft versucht wird, Arbeiterforderungen durchzusetzen und kräftig umgerührt wird, werden die Gewerkschaften wieder ein Kampfinstrument der Arbeiter werden.

Die Forderung der Wertheim-Arbeiter zu verbreiten und aus den Erfahrungen zu lernen, wie die Wertheimer ihre Forderung durchgesetzt haben, ist für die gesamte österreichische Arbeiterklasse von grösster Bedeutung. Und es tauchte auch mehr und mehr unter den Wertheim-Arbeitern die Meinung auf, dass Kämpfe um den Schutz der Arbeitskraft auch von den Arbeitern der anderen Betriebe, von der ganzen Arbeiterklasse geführt werden müssen.

R.F.
Zelle Wertheim

Der Kommunistische Bund Österreichs vor der Gründung

Am 12.6. trafen in Wien zum dritten Mal Delegierte des KB Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien und der KG Klagenfurt im Rahmen der Vorbereitungen für die Gründung einer nationalen Organisation zusammen.

Die Auflösung der bisherigen lokalen Gruppen in eine einheitliche Organisation mit einem Programm, einer politisch-ideologischen Linie, einer Taktik, einem ZK, einem Zentralorgan usw. war bereits im Dezember 1975 beschlossen und seither zielstrebig vorbereitet worden. Dieser Schritt entspricht den Notwendigkeiten des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie und ihren Staat und wird es uns ermöglichen, den Aufgaben der Kommunisten als vorwärtstreibende Kraft im Klassenkampf besser als heute nachzukommen. Die neue Organisation wird noch nicht eine neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse sein, die aufzubauen seit der revisionistischen Entartung der KPÖ die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten in Österreich ist. Aber sie bedeutet einen großen Schritt vorwärts beim Aufbau dieser Partei. Sie wird den bei weitem größten Teil aller organisierten Marxisten-Leninisten in Österreich umfassen. Daneben gibt es die Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) und die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (VRA).
Dazu hält der Entwurf des Programms der nationalen Organisation fest: "Die Kommunisten stehen vor der Aufgabe, ihre Spaltung zu überwinden, sich mit den Massen zu verbinden und eine neue kommunistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen." Und weiters: "Das können sie nur auf der Grundlage eines marxistisch-leninistischen Kampfprogramms."
Den Entwurf eines solchen Programms haben wir im April öffentlich zur Debatte gestellt. Seither wird der Programmentwurf - und ebenso der Entwurf eines Statuts - in den Reihen unserer Organisationen und unter Sympathisanten und anderen an der Zukunft der Marxistisch-Leninistischen Bewegung Interessierten ausführlich debattiert. Wir erneuern in diesem Zusammenhang insbesondereunsere Aufforderung an MLPÖ und VRA, zu diesem Programmentwurf Stellung zu nehmen.
Neben Programm und Statut wird der Gründungskonferenz auch einepolitische Resolution zur Beschlußfassung vorgelegt, in der die gegenwärtige politische Lage eingeschätzt und unsere Aufgaben festgelegt werden.

Die Konferenz am 12.6. hat eine Zwischenbilanz der politischen und organisatorischen Vorbereitungen für die Gründung gezogen und die Gründungskonferenz für 6.-8.8.1976 angesetzt.

Fortsetzung von Seite 1

Volkszählungsgesetz

Das Volksgruppengesetz sieht bekanntlich in keinem Punkt die Herstellung der Gleichberechtigung vor, ganz im Gegenteil festigt es den gegenwärtigen Zustand der Diskriminierung der Minderheiten in Bezug auf den Gebrauch ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben, ändert nichts an der Unterdrückung des Slowenischen in der Ausbildung der slowenischen Jugend und verschlechtert sogar in einzelnen Fragen noch die Lage der Minderheiten gegenüber dem gegenwärtigen Zustand.

Heute ist auch klarer als je zuvor, daß die Verhandlungen um das Volksgruppengesetz nichts als ein Täuschungsmanöver der Regierung waren, um der demokratisch gesinnten Bevölkerung Kompromißbereitschaft vorzugaukeln, den Minderheiten die Hände zu binden und die gesamtösterreichische Bewegung für die Gleichberechtigung der Minderheiten zu schwächen. Bekanntlich hat die Regierung mitten während der Verhandlungen mit den Slowenenvertretern das Volksgruppengesetz dem Nationalrat zugeleitet und diese damit offen brüskiert und zu erpressen versucht. Bekanntlich haben die 3 Parteien im Verfassungsausschuß des Nationalrats beschlossen, daß die Durchführung einer Sprachenzählung unbedingte Voraussetzung für die Gewährung von Zweisprachigkeit ist. Dies alles hat schon vor der jüngsten Dreiparteieneinigung klar gemacht, daß Regierung und Parlamentsparteien die Diskriminierung der Minderheiten fortsetzen wollen und zwar mit Hilfe der Durchführung einer Minderheitenfeststellung.

Zweck und Konsequenz dieser Minderheitenfeststellung ist neben der Förderung des Chauvinismus und des Deutschnationalismus durch den "Zählungswahlkampf", zu dem die Kärntner Zeitungen, allen voran die Kärntner SP-Zeitung schon seit Monaten aufrufen, die Minderheiten zahlenmäßig zu dezimieren und mit den "Ergebnissen" einer solchen Zählung ihre Diskriminierung zu rechtfertigen. Landeshauptmann Wagner hat diese Absichten schon mehrfach klar zum Ausdruck gebracht - das letzte Mal als er gegenüber der Kärntner Tageszeitung am 15.6. "klarstellte" : "Ohne Volkszählung keine Tafeln!"

DIE BEIDEN GESETZE MÜSSEN VERHINDERT WERDEN!

Die Regierung ist aber trotz ihres entschlossenen Auftretens in keiner rosigen Lage. In erster Linie wird sie von der Bewegung gegen die Minder-

Fortsetzung von Seite 2

heitenfeststellung selbst heftig bedrängt. Die Manöver um das Volksgruppengesetz haben ihren Zweck keineswegs erreicht. Insbesondere die Vertreter der Kärntner Slowenen haben schon nach kurzer Zeit deren demagogischen Charakter durchschaut und das Volksgruppengesetz eindeutig abgelehnt. In Wien haben zwei gegen die Minderheitenpolitik der Regierung und insbesondere gegen Volkszählungs- und Volksgruppengesetz gerichtete Demonstrationen stattgefunden. In Kärnten hat die slowenische katholische Jugend bei einem Treffen, auf dem über 1000 Jugendliche anwesend waren, scharf gegen die geplante Minderheitenfeststellung im Oktober protestiert.

Ebenfalls nicht die erwarteten Ergebnisse brachte die Aufwertung der offen deutschnationalen Kräfte und des Kärntner Heimat-Dienst durch die Regierung. Statt daß dessen Anhängerschaft wieder angewachsen wäre, geht sein Einfluß weiter zurück; statt daß die Gegner der Minderheitenfeststellung vor dem Deutschnationalismus zurückweichen, treten sie ihm überall entgegen, wo er vermehrte Aktivitäten entfaltet. So auf der Universität Wien, so in Kötimannsdorf, beim Treffen der Abwehrkämpfer, so in Völkermarkt.

Vor diesem Hintergrund sind die Schwierigkeiten in und zwischen den bürgerlichen Parteien wieder deutlicher hervorgetreten. Offen diskutiert in der Presse wurden die Auseinandersetzungen zwischen der ÖVP-Spitze und dem Kärntner ÖVP-Landesobmann. ÖVP und SPÖ sind sich schon mehrmals in die Haare geraten. Die FPÖ droht aus der Dreiparteieneinigung auszuscheeren. Weiters muß die Regierung um ihr mühsam aufgebautes demokratisches Image im Ausland zittern.

In Jugoslawien hat sich breite Empörung über die reaktionären Pläne insbesondere gegenüber den Kärntner Slowenen entwickelt. Obwohl geschwächt, will die Regierung nun mit diesen beiden Gesetzen ins Parlament. Sie rechnet unter anderem auch mit der Schwäche der Bewegung im Sommer und mit ihrer inneren Zersplitterung. Gerade jetzt aber müssen alle fortschrittlichen Menschen auf den Plan treten, und der Regierung zeigen, daß ihre reaktionären, chauvinistischen und diskriminierenden Pläne auf Widerstand stoßen. Aus diesem Grund ruft der KB Wien zu einer Demonstration für die Zeit unmittelbar vor der geplanten Beschlußfassung der beiden Gesetze auf; zugleich haben wir uns an alle in Frage kommenden politischen Kräfte gewandt und diesen einen Vorschlag für eine gemeinsame Demonstration gegen die beiden Gesetze unterbreitet:

- WEG MIT DEM VOLKSGRUPPENGESETZ!
- WEG MIT DEM VOLKSZÄHLUNGSGESETZ
- WEG MIT DER "GEHEIMEN SPRACHENZÄHLUNG" IM ANSCHLUSS AN DIE PERSONENSTANDSERHEBUNG!

Wir wenden uns, indem wir gegen die beiden Gesetze und die Minderheitenpolitik der Regierung protestieren, gegen das ganze herrschende System der Diskriminierung der Minderheiten und des Chauvinismus, der Hand in Hand mit dem Deutschnationalismus geht. An der Diskriminierung der Minderheiten, an ihrer politischen Entrechtung, an der Fessung der Massen an die herrschenden Verhältnisse und die Kapitalistenklasse mittels des Chauvinismus, hat nur diese selbst ein Interesse. Die Arbeiterklasse und mit ihr alle fortschrittlichen Menschen sind die erbittertsten Gegner der Entrechtung der Minderheiten und des Chauvinismus. Es muß gegen die Entrechtung der Minderheiten die Forderung nach deren wirklicher Gleichberechtigung erhoben werden. Dies kann nur durch die gleichberechtigte Anerkennung ihrer Sprachen im gesamten öffentlichen Leben und in der Volksbildung geschehen; dies kann nur durch ein Verbot jeglicher Diskriminierung und Strafandrohung gegen dieses Verbot verletzende Behörden erreicht werden!

Ge.F.

Unser Vorschlag für die Plattform der Solidaritätskomitees

Vor wenigen Tagen ist in Wien das "Solidaritätskomitee zur Förderung und für die Rechte der slowenischen und kroatischen Volksgruppe in Österreich" gegründet worden. Der KB Wien ist stets für die Schaffung eines demokratischen parteilosen Komitees eingetreten, in dem sich alle Menschen, die gegen die Minderheitenpolitik der Regierung und der anderen Parlamentsparteien und für die Rechte der Minderheiten sind, zusammenschließen und aktiv betätigen können. Es hat auch stets Differenzen mit anderen politischen Kräften, vor allem mit der KPÖ über Zweck, Grundlagen, Tätigkeit, Teilnahme und Organisationsstruktur eines solchen Komitees gegeben. Wir haben einige Tage vor der Gründung an alle in Frage kommenden Personen und Organisationen einen Vorschlag für eine Plattform des Komitees unterbreitet. Diesen Vorschlag drucken wir im folgenden ab. In einem Brief haben wir folgendes geschrieben:

"Unser Vorschlag läßt sich dabei von folgenden Grundgedanken leiten: 1. Damit ein solches Komitee wirklich die Bewegung gegen die Minderheitenfeststellung entscheidend vorwärtsbringt, muß es alle Kräfte umfassen, die sich bisher als aktive Gegner dieses Plans der Regierung erwiesen haben. 2. Damit es gut und zielgerichtet arbeiten kann, braucht es eine klare Plattform mit eindeutigen Forderungen. 3. Das Komitee sollte so ausgerichtet sein, daß es die aktive Teilnahme jedes Menschen ermöglicht, der bereit ist, sich für seine Ziele einzusetzen."

Was den ersten Punkt betrifft, sind die Pläne der KPÖ gescheitert, uns auszuschließen. Das ist deshalb bemerkenswert, weil die ganze Vorbereitung unter "Ausschluß der Öffentlichkeit" erfolgte und somit natürlich nicht das wirkliche Gewicht der verschiedenen politischen Strömungen zum Ausdruck kommen konnte, und durch ständige Intrigen und Spaltungsmanöver besonders im Interesse der KPÖ gekennzeichnet war.

Was die beiden letzten Punkte betrifft, wurden bei der Gründungsversammlung schlechte Entscheidungen getroffen. Trotzdem werden Genossen von uns an der Komiteearbeit teilnehmen. Sie werden versuchen, dafür einzutreten, daß das Komitee eine richtige und konsequente Politik macht und ein Instrument des Kampfes gegen die Minderheitenpolitik des Staates und für die demokratischen Rechte der Minderheiten wird. Dafür kann der folgende Plattformvorschlag weiterhin Leitlinie sein.

VORSCHLAG FÜR DIE KOMITEE-PLATTFORM (Auszüge)

1. Die nichtdeutschsprachigen Volksgruppen in Österreich, insbesondere die Kärntner Slowenen und die Burgenländischen Kroaten leben schon seit Jahrzehnten unter Bedingungen der rechtlichen Ungleichheit, der Diskriminierung und der Herabwürdigung und Herabsetzung ihrer Sprache, Kultur und Geschichte im öffentlichen Leben und im Volksbildungswesen.

2. Die Regierung strebt gegenwärtig eine "Lösung" des Minderheitenproblems an, durch die diese Diskriminierung zementiert werden soll. Dies ist der wirkliche Inhalt des geplanten Volksgruppenförderungsgesetzes! Dies ist das wirkliche Ziel des geplanten Volkszählungsgesetzes! Kernstück dieser Politik sind die Durchführung einer Minderheitenfeststellung und die Klausel, daß die Zulassung der Zweisprachigkeit abhängig ist von der Existenz einer "verhältnismäßigen Zahl" von angehörigen der Minderheiten.

Fortsetzung auf Seite 4

Steinacher-Denkmal in Völkermarkt gesprengt!

In der Nacht vom 15.6. auf den 16.6. wurde das vor etwa sechs Wochen feierlich eröffnete Steinacherdenkmal in Völkermarkt vollständig weggesprengt. Schon die feierliche Errichtung und Einweihung dieses Denkmals durch den Kärntner Landeshauptmann und führende Landespolitiker stellte eine für die Kärntner Arbeiterbewegung und die slowenische Minderheit kaum erträgliche Provokation dar. Dr. (Major) Steinacher war eine der Symbolfiguren alles dessen, was jedem fortschrittlichen Menschen verhaßt sein muß. Im Jahr 1918 trug er durch aktive Teilnahme an der Zerschlagung des Klagenfurter Soldatenrates sein Schärflein zur Niederwerfung der österreichischen Revolution bei; danach betätigte er sich als einer der aktivsten "Organisatoren des Abwehrkampfes" und Einpeitscher der deutschnationalen Propaganda und der "Slowenenhatz"; in der ersten Republik trat er frühzeitig der NSDAP bei, wurde aktiver Nationalsozialist, war an den Vorbereitungen für die Aussiedlung der Slowenen unter Hitler mitbeteiligt. Nach dem 2.Weltkrieg war er auch bei neuen alten Herren im kapitalistischen Österreich willkommen und trug wiederum seinen Teil zur chauvinistischen Hetze und zur Organisierung antislowenischer Hetzvereinigungen bei.

Die feierliche Eröffnung des Steinacherdenkmals wurde daher von vielen fortschrittlichen Menschen in ganz Österreich als eine der ungeheuersten Provokation der die Sache faktisch unterstützenden Landesregierung und der drei großen Parteien angesehen. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß nicht die Beseitigung des Denkmales, sondern seine Aufstellung eine Provokation gewesen ist. Daher muß jetzt dagegen aufgetreten werden, daß das Denkmal wieder errichtet wird.

Regierung und bürgerliche Presse werden dieses Ereignis zu einer Hetzkampagne gegen die Kärntner Slowenen ausnützen wollen: Ihre Argumente schlagen ihnen aber selbst ins Gesicht! Angeblich zeigt nämlich dieser Vorfall, daß die Unruhe im Lande von den Minderheiten ausgehe. Wer aber unterdrückt denn die Minderheiten schon seit Jahrzehnten? Die österreichische Bourgeoisie und ihr Staat! Wer hat denn einem der verhaßtesten Vertreter dieser Politik mitten im zweisprachigen Gebiet ein Denkmal gesetzt ? Wiederum die Kapitalisten und die Staatsorgane! Wer sorgt denn durch die Aufrechterhaltung

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

5. Gegen die Diskriminierung der Minderheiten, gegen den Plan, eine Minderheitenfeststellung durchzuführen, gegen Chauvinismus und Deutschnationalismus hat sich in denletzten Jahren und Monaten der Widerstand bedeutend verstärkt. Insbesondere die Kärntner Slowenen und deren Vertreter, ebenso die burgenländischen Kroaten haben den Kampf dagegen aufgenommen.

6. Auch hier in Wien, dem Sitz der Regierung und des Parlaments, hat sich bereits eine Bewegung gegen die Minderheitenpolitik der Regierung und der drei Parlamentsparteien entwickelt. Diese Bewegung zusammenzufassen, sie zuorganisieren und zu verbreitern, hat sich das Komitee gegen die Minderheitenfeststellung und für die Gleichberechtigung der Minderheiten zur Aufgaben gestellt.

7. Es stellen sich dabei folgende Aufgaben:
1) Verhinderung jeder Art von Minderheitenfeststellung,
2) Verhinderung der Beschlußfassung von Volkszählungsgesetz und Volksgruppengesetz,
3) Eintreten für die Gleichberechtigung der Minderheiten und ihrer Sprachen im gesamten öffentlichen Leben und in der Volksbildung - gegen jede Art von Diskriminierung der Minderheiten,
4) Weckung von Verständnis, Sympathie und Interesse unter der Wiener Bevölkerung für die Anliegen der Kärntner Slowenen und der burgenländischen Kroaten.
5) Kampf gegen den Einfluß des Chauvinismus und Deutschnationalismus.

8. Zur Erfüllung dieser Aufgaben tritt das Komitee für folgende Hauptforderungen ein:
1) Keine Minderheitenfeststellung - Keine Sondervolkszählung - Keine geheime Sprachenzählung im Zusammenhang mit der Personenstandserhebung!
2) Weg mit dem Volksgruppengesetz! Weg mit dem Volkszählungsgesetz!
3) Volle und bedingungslose Erfüllung des Artikel 7!
Volle Gleichberechtigung für die Minderheiten und ihre Sprache!
Für das Recht der Minderheiten auf ausreichenden Unterricht in der Muttersprache in der gesamten Volksbildung!
Für das Recht der Angehörigen der Minderheiten, sich ihrer Muttersprache bei allen Ämtern, Behörden und Gerichten zu bedienen!
Volle Anerkennung des Slowenischen bzw. des Kroatischen als zweite Amtssprache im zweisprachigen Gebiet!
Alle öffentlichen Kundmachungen, topographischen Aufschriften usw. müssen im zweisprachigen Gebiet zweisprachig sein!
Für ein allgemeines Gesetz, das jegliche Diskriminierung der Minderheiten sowie ihrer Angehörigen verbietet und mit entsprechenden Sanktionen belegt!

9. Das Komitee steht für jedermann offen, der seine Plattform akzeptiert. Seine Aufgabe ist es, alle Kräfte, die sich gegen die Diskriminierung der Minderheiten wenden, zusammenzufassen.

1o. Das Komitee ist ein Personenkomitee, dem Organisationen als ausserordentliche, unterstützende Mitglieder beitreten können.

11. Die Vollversammlung des Komitees wählt sich einen Vorstand und bestimmt die Arbeit des Komitees.

12. Das Komitee stellt es sich ausdrücklich zur Aufgabe, möglichst viele Menschen zu einer aktiven Parteinahme gegen die Minderheitenfeststellung und die Diskriminierung zu bewegen und diesen die Möglichkeit zur aktiven Arbeit zu geben.

13. Das Komitee arbeitet im Sinne seiner Plattform auch in die verschiedensten Organisationen hinein, in denen Menschen zusammgefasst sind: so die Gewerkschaften und ihre Teilorganisationen, Interessensvertretungen und ähnliche Organisationen.

14. Das Komitee macht eine selbständige Öffentlichkeitsarbeit durch die Durchführung von Ständen in der Stadt, durch die Durchführung von Veranstaltungen und Agitationskundgebungen, aber auch durch die Herausgabe eines regelmässig erscheinenden öffentlichen Informationsblattes.

15. Seine gesamt Arbeit richtet das Komtiee auf die Mobilisierung und Organisierung von Menschen gegen die Minderheitenpolitik der Regierung und der Parlamentsparteien, gegen Chauvinismus und Deutschnationalismus aus.

Kärntner Abwehrkämpferbund in Köttmannsdorf/Kotmaravas

Sichtbarer Widerstand gegen reaktionäre Fahnenweihe

Am Sonntag den 13.Juni fanden sich an die 2000 Menschen zur Fahnenweihe der Köttmannsdorfer Ortsgruppe ein. An die 30 Ortgruppen des Kärntner Abwehrkämpferbundes und des Kameradschaftsbundes des Kärntner Heimatdienstes aus ganz Kärnten schickten Teilnehmer. Sogar aus der Schweiz und aus Deutschland kamen Leute. Erwartet wurden mehr.
Der herrschenden Klasse lag viel daran, diese Veranstaltung durchzuführen. An die 100 Uniformierte waren aufgeboten worden; drei Wochen vorher schon patrouillierte die Gemeindegendarmerie mit drei Polizeihunden durchs Dorf.

An die 30 "Geheime" mit Fundgeräten und Fotoapparaten im Ort, die Kreuzungen mit Gendarmerie bestückt; motorisiert fuhren sie alle viertel Stunde durch die Dörfer der Gemeinde.

Aber trotz der langen Vorbereitungen, der Hetze und des offenen Drucks auf die Gemeindebürger, hielten sich viele der Fahnenweihe fern. Über Monate wurde die Fahnenweihe von den Abwehrkämpfern (im Volksmund als "Abwärtskämpfer" bezeichnet) und vom Kärntner Heimatdienst vorbereitet, Geld gesammelt und reaktionäre Propaganda betrieben. Zahlt man, sei man für Österreich, zahlt man nicht, sei man gegen Österreich. So wurde die ganze Sache hingestellt.

Die tatsächliche Wirkung sah anders aus. Ins Dorf wurde Haß und Streit gebracht und eine Atmosphäre der Angst geschaffen. Feuerwehrleute wurden als "Tschuschen" beschimpft, weil sie den Ordnerdienst nicht stellen wollten. Gegen den Pfarrer wurde gehetzt, weil er die Fahnen nicht weihen wollte. Wilde Gerüchte wurden verbreitet. Reichten die "Argumente", Gerüchte und Verleumdungen nicht aus, wurde offener Druck ausgeübt. Der Feuerwehr legte man nahe, den Ordnerdienst doch zu stellen, - wenn nicht, könnte es sich auf den Bau des neuen Rüsthauses schlecht auswirken....

Solchen Druck auszuüben haben die Kärntner Heimatdienstler und die Abwehrkämpfer wohl bitter nötig, denn so glorreich sind die Zeiten nicht mehr, wie sie es vorzutäuschen belieben. Zur Denkmalenthüllung für den Nazi Steinacher nach Völkermarkt/Velikovec wurden 13.000 erwartet, gekommen sind 3-4000. Noch vor Jahren waren es an die 8000, die dem Kärntner Heimatdienst folgten, um gegen das Ortstafelgesetz in Klagenfurt/Celovec zu protestieren. Auch die Köttmannsdorfer Veranstaltung zeigt, daß der Einfluß dieser offenen reaktionären Organisationen im Schwinden begriffen ist.

Zu Aktivitäten, wie die Fahnenweihe, werden sie aber gerade durch die Regierung ermutigt, die sie ständig aufwertet, sie als Sprecher des "Mehrheitsvolkes" Kärntens darzustellen pflegt, weil sie sie zur Durchsetzung ihrer eigenen reaktionären Ziele benötigt.

Auch die Äußerung von Landeshauptmann Wagner, daß die Angst vor Gebietsansprüchen nach wie vor das "dominierende" Problem ist, ist kein Zufall; sie dient dazu, Angst vor Äußeren Feinden zu schaffen und abzulenken von den Problemen, die in Kärnten und in Österreich täglich an Bedeutung gewinnen: Arbeitshezte, Reallohnverlust, Arbeitslosigkeit. So ist die Katigt ist und nur der Durchsetzung der reaktionären Minderheitenpolitik wie der Reaktion überhaupt dient.

Ein bezeichnendes Licht auf die KPÖ dagegen wirft es, wenn die "Volksstimme" in ihrer Donnerstagausgabe die Sprengung des Nazidenkmals mit der Beschmierung und Sprengung von Partisanen(!)denkmälern vergleicht! Damit zieht sie nicht nur unverhohlen vor dem Chauvinismus den Schwanz ein, sondern zerrt auch noch die grosse Tradition des antifaschistischen Partisanenkampfes gänzlich in den Schmutz.

Fortsetzung von Seite 3

Steinacher-Denkmal gesprengt

der Diskriminierung und des Chauvinismus dafür, daß in Unterkärnten keine "Ruhe" einziehen kann? Eben diese Kapitalisten und ihr Staat!

Angeblich hätten sich die Slowenen durch diesen "Vorfall" selbst die Möglichkeiten für eine ihnen günstige Lösung dieser Probleme verbaut (so Landeshauptmann Wagner im ORF). Wer aber regelt denn die Minderheitenfrage gegenwärtig anders als eben dieser Landeshauptmann und seine Parteifreunde in Wien? Haben sie nicht schon längere Zeit vor dem Vorfall in Völkermarkt angekündigt, unbedingt an der Minderheitenfeststellung festhalten zu wollen? Ist es nicht die Zeitung seiner Partei, die einen Tag vor dem 16.6. verkündete: "Ohne Volkszählung keine Tafeln!".

Alle diese Argumente decken nur die wirklich Verantwortlichen für die "Unruhe" und für das Unrecht in Kärnten auf: die Kapitalistenklasse, die ihr untertane Presse, der Staatsapparat!
Jeder fortschrittliche Mensch und Arbeiter muß der Hetze entgegentreten, indem er die Verantwortung der Kapitalistenklasse und ihres Staates für den Chauvinismus und die Diskriminierung enthüllt, indem er den Massen zeigt, daß die Hetze über den Sprengstoffanschlag ungerechtfer-

pitalistenklasse aber auch immer aufgetreten, wenn es galt, einen neuen Krieg vorzubereiten. Vor dem 2.Weltkrieg waren es die Juden, heute sind es andere. Immer hat aber diese Hetze dazu gedient, die Arbeiter und Bauern als Kanonenfutter für die Interessen der herrschenden Klasse ins Feld zu treiben.

Flugblätter gegen die Veranstaltung

Gegen diese Veranstaltung wurde am Sonntag mit Flugblättern aufgetreten. Es gab heftige Debatten und es zeigte sich daß viele Menschen gewonnen werden können, wenn man ihnen die gemeinsamen Ziele der Arbeiter und kleinen Bauern, ob slowenisch- oder deutschsprachig, aufzeigt.

Daß die Zahl der Aktivisten relativ gering war, ist ausschließlich die Schuld der Revisionisten von der KPÖ. Sie waren es, die aus einer Protestkundgebung, die eine Woche vorher von 50 Teilnehmern an einer Veranstaltung des Solidaritätskomitees in Köttmannsdorf beschlossen worden war, eine Informationsveranstaltung machten. Sie waren es, die die Protestkundgebung boykottierten, da angeblich zu wenig Zeit für die Mobilisierung war. Kein Sterbenswörtchen fand man in ihrer Zeitung und sie sabotierten die Mobilisierung sogar, indem sie in einem Rundbrief des Solidaritätskomitees aufforderten, nur einige Vertreter jeder Organisation nach Köttmannsdorf zu schicken. Sie waren es schließlich, die zu spät zur Fahnenweihe kamen und die Agitatoren, die schon Flugblätter verteilten, als Spinner beschimpften. Zuletzt versuchten sie, einen Protestmarsch mit Transparenten und Tafeln zu verhindern, weil sowieso schon genug erreicht worden wäre und so nur die Leute, die mit den Zielen des Solidaritätskomitees sympathisieren, abgeschreckt werden könnten.

So ein Verhalten kann nicht akzeptiert werden. Umsoweniger als noch zwei weitere solche Fahnenweihen durchgeführt werden sollen. Eine davon am 8.August in St. Kanzian im Jauntal. Es hat sich gezeigt, daß ein Auftreten gegen solche Verhetzung möglich ist, daß Menschen dafür gewonnen werden können. Das war der Erfolg von Köttmannsdorf. Dieser Erfolg hätte größer sein können, er wurde durch die revisionistischen Manöver gehemmt. Aufgrund dieser Manöver wird es ihnen in Zukunft aber schwieriger möglich sein, sich gegen das aktive Handeln der demokratisch gesinnten Menschen in Kärnten zu stellen.

L.Wi.
(Ein Teilnehmer)

Kein Lehrerstop! Für die Einstellung aller geprüften Lehrer!

Bei der Regierungsklausur am 15.6.1976 hat die SP-Regierung den von Kreisky und Androsch geforderten "rigorosen Lehrerstop" beschlossen. Bereits einige Tage vorher hat Kreisky betont, daß es zwar mit dem Unterrichtsminister Meinungsverschiedenheiten geben könnte, er den Lehrerstop aber auf jeden Fall durchsetzen werde , weil dieser Teil der Budgetsanierung sei. Nach der Regierungsklausur war der Lehrerstop und ein Beamtenabbau um 1% auch offiziell beschlossene Sache.

Bereits seit Jahren gibt es zu wenig Lehrer

Die Werktätigen wissen aufgrund eigener Erfahrungen mit ihren Kindern, daß es in den Volks- und Hauptschulen, in den verschiedenen Mittelschulen und auch in den Berufsschulen viel zu wenig Lehrer gibt. Auch der Regierung ist diese Tatsache bestens bekannt. Dem von den Kapitalistenverbänden seit langer Zeit geforderten Beamtenabbau mit dem Ziel, im Budget die Personalkosten zu senken, entgegnete die Regierung vor noch gar nicht allzu langer Zeit : es werden Lehrer gebraucht, denn es gibt viel zu wenig. Sind nun etwa genug Lehrer an den Schulen? Ganz im Gegenteil - die tatsächliche Situation zeigt:

- Die Klassenschülerhöchstzahl beträgt nach wie vor 36 Schüler. Mit 36 Kindern in einer Klasse ist aber ein Unterricht, bei dem jedes Kind mitkommt, kaum möglich. Für das kommende Schuljahr erhielten z.B. die Bezirksschulinspektoren in Wien die Weisung, daß Klassen unter einer Schülerzahl von 30 Schülern gar nicht eröffnet werden dürften. Wenn nun z.B. an einer Schule 85 Kinder für die ersten Klassen eingeschrieben werden, dann werden nicht 3 Klassen mit 28 oder 29 Schülern eröffnet, sondern nur 2 Klassen mit je 36 Kindern. Sind also dann in einer Klasse 36 Kinder zusammengepfercht, werden die restlichen 13 Kinder ganz einfach an andere Schulen verwiesen. Das bedeutet für die Kinder einen weiteren und damit meist auch gefährlicheren Schulweg.
- Die Höchstzahl von 36 Schülern wurde 1974/75 in 4,7% aller Volksschul-, in 5,6% aller Hauptschul-, in 8,8% aller Mittelschul- und 10% aller berufsbildenden Mittelschulklassen noch überschritten.
- Durch den akuten Lehrermangel entfielen im Schuljahr 1974 an den AHS in Österreich 145.548 Schulstunden.
- Aufgrund des Lehrermangels kann der Unterricht nur durch den Einsatz von ca. 30% teilgeprüfter Lehrer - sogenannter Sondervertragslehrer - aufrechterhalten werden.
- An vielen Hauptschulen werden die Kinder aus Lehrermangel von Lehrern unterrichtet, die für die betreffenden Gegenstände gar nicht ausgebildet sind.
- Jahrelang wurde der Schulenmangel und die geringe Zahl der Schulneubauten damit begründet, daß es zu wenig Lehrer gibt.
- Wegen der zu geringen Lehrerzahl und der unzureichenden Schulgebäude sind die Unterrichtsbedingungen für Schüler und Lehrer derart schlecht, daß es häufig vorkommt, daß Schüler und auch Lehrer schon nach 2 Stunden Unterricht über Kopfschmerzen und Nervosität klagen.
- Wegen der zu geringen Zahl von Lehrern und der akuten Raumnot in den Schulen können häufig Schüler des B-Zuges nicht in den A-Zug überwechseln.

Die Wahrheit also ist, daß es keinesfalls genügend Lehrer gibt. Es ist notwendig, daß die gerade fertig werdenden Lehrer auch eingestellt werden, denn ein Lehrerstop würde bei dem von der Regierung beschlossenen Dienstpostenabbau von 1% nichts anderes bedeuten, als eine Verschlechterung der schon vorhandenen Misere im Volksbildungswesen.

Das Volk hat kein Interesse an der weiteren Verschlechterung der Situation im Ausbildungswesen

Der beschlossene Lehrerstop mußte selbst von Sektionschef Leitner aus dem Unterrichtsministerium als "pädagogisch bedenklich" bezeichnet werden. Ihm ist völlig bewußt, daß diese Maßnahme hauptsächlich die Kinder des Volkes trifft. Was er verschweigt und was vor allem die Regierung zu verdunkeln sucht, ist die vielfältige Art und Weise, wie es die Kinder trifft.

Der Unterricht ist von der staatlichen Schulbürokratie mittels der Lehrpläne vorgeschrieben. Der Inhalt dieses Unterrichts ist hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Kindern des Volks die Meinung und die Ideologie der herrschenden Kapitalistenklasse einzutrichtern. Im Geschichtsunterricht wird die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Dreck gezerrt; im Rechenunterricht werden Rechenmethoden gelehrt, die vielfach in der Praxis des Arbeitslebens unbrauchbar sind; im Erdkundeunterricht wird in reaktionärer Weise gegen die Völker der Dritten Welt und ihren gerechten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung gehetzt; allgemein wird den Kindern eingehämmert, daß es die weniger Klugen eines Tages nur (!) zu Arbeitern bringen werden, daß es notwendig ist, daß die Unternehmer anschaffen und die Arbeiter die Befehle ausführen, usw. usf.

Diese Lehrinhalte werden den Kindern mit verschiedensten Methoden eingehämmert: mit sogenannten "fortschrittlichen" Unterrichtsmethoden, mit den vom Staat zur Verfügung gestellten Lehrbüchern, mit Lehrfilmen usw.

Tatsache ist, daß die Kinder des Volks zu duckmäuserischen Arbeitskräften herangezogen werden sollen. Kommt es vor, daß Lehrer oder Schüler über die gesellschaftlichen Zustände in dieser Kapitalistenordnung reden und sich eine klare Meinung über die Wirklichkeit im Leben machen wollen, dann ist es die Schulbürokratie, die die Lehrer maßregelt und die Lehrer und Schüler aus den Schulen wirft.

Jede Initiative, sich mit dem wahren Leben der Arbeiterklasse und ihren Problemen auseinanderzusetzen, wird brutal abgewürgt.

Der beschlossene Lehrerstop führt nun nicht nur dazu, daß die Klassen noch mehr überfüllt sind und daß noch öfter Lehrer Gegenstände unterrichten müssen, für die sie gar nicht ausgebildet sind; sondern auch dazu, daß die staatliche Schulbürokratie ihr Diktat über die Lehrer - besonders die fortschrittlichen - noch besser ausüben kann. Lehrer, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen, die gegeneinander ausgespielt werden - Sondervertragslehrer gegen andere, ältere gegen jüngere - sind in den Händen des Staates ein willfähriges Instrument zur strengen Einhaltung der bürgerlichen Lehrpläne.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Lehrerstop!

Genau das will die Regierung gewaltig verschleiern. Dazu bedient sie sich der massiven Hetze gegen die Beamten und Lehrer. "Die Gehaltsabschlüsse im öffentlichen Dienst sind mitschuld an den Sparmaßnahmen", "es gibt zu viele Beamte"..., diese und noch mehr Argumente hört man von der Regierung. Daß die kleinen Beamten - Postler, Eisenbahner, Krankenschwestern und auch die große Masse der Lehrer - genauso wie die Metallarbeiter, Textilarbeiter, usw. einen Reallohnabbau hinnehmen mußten und daß die Regierung v.a. die Verwaltungsbürokratie aufbläht und bei den Postlern und Eisenbahnern wegrationalisiert und bei den Lehrern stopt - das versucht die Regierung zu verschleiern. Daß die Regierung mit solchen Lügen und Verdrehungen und Spaltungsmanövern die Werktätigen versuchen muß für eine zutiefst unsoziale Maßnahme zu gewinnen, zeigt nur, daß sie Proteste des Volks gegen den verbrecherischen Lehrerstop befürchtet.

Indem die Regierung den Unmut der Werktätigen gegen den Lehrerstop gegen die Beamten zu lenken versucht, will sie davon ablenken, daß sie es selbst ist, die gemeinsam mit den Parlamentsparteien die alleinige Verantwortung für die Misere im Volksbildungswesen trägt. Sie ist es, die über die Köpfe der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer hinweg einfach verordnet und diktiert. Sie ist es, der die umfassende Ausbildung der Kinder des Volkes sehr wenig bedeutet, wenn die Kapitalisten mehr Geld brauchen für ihre Profitwirtschaft und mehr Geld für den Ausbau des staatlichen Gewaltapparats aufgebracht werden muß. Sie ist es, die einen Lehrerstop und Beamtenabbau verfügt und im selben Atemzug 600 neue Dienstposten für Heer und Exekutive bewilligt. Sie ist es, die die Zahl der ausgegebenen Gutscheine bei den Gratisschulbüchern beträchtlich verringert und die durchschnittliche Anzahl der Lehrbücher pro Schüler von 11 im Jahr 1972/73 auf 9 im Jahr 1976 reduziert, während die Eltern über die Elternvereine ständig für neue Lehrmittel sammeln müssen. Jede dieser Maßnahmen ist in dieser oder jener Form gegen die Werktätigen und ihre Kinder gerichtet und wird über deren Köpfe hinweg einfach durchgeführt.

Gerade in letzter Zeit ist es jedoch an verschiedenen Schulen dazu gekommen, daß sich Eltern, Schüler und gemeinsam mit ihnen auch Lehrer in das Volksbildungswesen einzumischen begonnen haben: Schulrenovierungen wurden gefordert; Beschlüsse wurden gefaßt, daß fortschrittliche, der Schulbürokratie unangenehme Lehrer, an der Schule bleiben müssen; mehr und bessere Lehrbehelfe wurden verlangt usw. Diese Tatsachen zeigen anschaulich, was geschehen würde, wenn die Werktätigen, die Schüler und auch die fortschrittlichen Lehrer selber entscheiden würden. Erst da kommen die Interessen der Werktätigen zum Tragen!

Wir Kommunisten treten dafür ein, daß das gesamte Volksbildungswesen in die Hände des Volkes kommt und wir unterstützen ganz entschieden jede Initiative, die praktisch ein Schritt in dieser Richtung ist.

Wir treten dafür ein, daß es das werktätige Volk sein muß, das entscheidet, was wie und von wem unterrichtet wird.

Aktuell gilt es vor allem gegen den Lehrerstop zu protestieren, für die Forderungen

- Einstellung aller geprüften Lehrer!
- Vertragsverlängerung für alle Sondervertragslehrer!
- Keine Verschärfung der Lehramtsprüfung!

einzutreten und damit der geplanten Verschlechterung der Situation im Volksbildungswesen praktisch entgegenzutreten. Darum hat der KB Wien alle Arbeiter, Angestellten und alle fortschrittlichen Menschen zur Demonstration am 24.6.76 gegen den Lehrerstop und für diese Forderungen aufgerufen.

P.F.

Lehrerüberschuß ?

An der Volksschule Gaullachergasse (16.Bezirk) werden seit zwei Jahren bei Fehlen von Lehrkräften meistens keine Ersatzlehrer aus der Reserve eingesetzt.

Im besten Fall werden die Kinder jede Stunde von einem anderen Lehrer der Schule unterrichtet. Das ist für Volksschüler, wenn es Tage oder Wochen hindurch geschieht, eine große Belastung, da die Lehrer auf einen solchen Unterricht nicht gut vorbereitet sind, und die Kinder sich jede Stunde auf eine andere Person einstellen müssen.

Häufig geschieht es auch, daß Klassen aufgeteilt werden. dann sitzen die Kinder in irgendwelchen anderen Klassen, wo sie dem Unterricht meist nicht folgen können, und oft nicht einmal einen Tisch zur Verfügung haben.

Besonders kraß aber wurden diese Zustände, als heuer eine erste Klasse auf die beiden anderen ersten Klassen aufgeteilt wurde. Über eine Woche lang saßen nun in 2 Klassen je 54 Kinder. Die Tische waren eng aneinandergereiht, man konnte kaum noch durchgehen. Deswegen mußten die Kinder von 8 bis 12 Uhr sitzen. Durch die schlechte Belüftung bekamen etliche Kinder Kopfschmerzen. Manche der Siebenjährigen weinten schon nach 2 Stunden, da sie diese Belastungen nicht ertrugen. Nach 4 Stunden den Unterricht waren Kinder und Lehrer erschöpft.

Studenten gegen Lehrerstop

Als den Lehrerstundenten an der Universität Wien bei der letzten Lehramtsprüfung massive Verschärfungen im Prüfungsmodus bekanntgegeben wurden, erhob sich sofort massiver Protest unter den Betroffenen. Aufgrund dessen sollen die Verschärfungen erst im Herbst wirksam werden. Anschließend bildeten Studenten der verschiedenen betroffenen Institute ein Komitee, welches die direkte Leitung und Koordination des Kampfes gegen die Verschärfungen der Prüfung längerfristig übernehmen sollte.

Die Verschärfungen betreffen nicht nur die Studenten

Das Aktionskomitee kam zu der Einschätzung, daß die Verschärfung der Lehramtsprüfung im Zusammenhang mit der staatlichen Sparpolitik und dem Lehrerstopp betrachtet werden muß: es sollen jetzt weniger Lehrer fertig werden. Als erstes wurde beschlossen, im Unterrichtsministerium Rechenschaft über diese Maßnahmen zu verlangen. Ca. 30-40 Studenten setzten daraufhin durch, daß sie von Sektionschef Leitner empfangen wurden. Dieser kam unter schweren Beschuß, weil er alle Maßnahmen bestätigen mußte:

- Es werden über die vorhandenen Dienstposten keine weiteren Lehrer mehr eingestellt
- Es werden voraussichtlich für eine Reihe von Sondervertragslehrern die Verträge nicht verlängert
- Die Verschärfung der Lehramtsprüfung sei keine "Verschärfung", es würden nur die alten Bestimmungen aus dem Jahre 1937 wieder in Kraft gesetzt.

Als nächsten Schritt forderte das Aktionskomitee die von den ÖVP-Studenten dominierte Vertretungskörperschaft ÖH auf, eine Hörerversammlung einzuberufen, wo geeignete Schritte beschlossen werden sollten. Die mehr als 200 anwesenden Studenten beschlossen gegen den Widerstand der ÖVP- und SPÖ- Studentenorganisationen, eine Demonstration am 24.6. durchzuführen und an die verschiedenen Lehrer- und Schülerorganisationen sowie an den ÖGB heranzutreten, damit diese ebenfalls dazu aufrufen.

Gleichzeitig wurden von den Studenten Agitationsstände an verschiedenen belebten Punkten der Stadt durchgeführt, wo die Werktätigen auf die Demonstration aufmerksam gemacht wurden. Sie wurden aufgefordert, sich an der Demonstration zu beteiligen, weil es der Arbeiterklasse und dem Volk nicht gleichgültig sein kann, unter welchen Bedingungen ihre Kinder unterrichtet werden, weil nur sie es sind, die dem Abbau des Bildungswesens wirksam entgegentreten können.

Der Kampf um die Aktionseinheit

Die ÖH schickte an die verschiedenen Organisationen der Lehrer und Schüler und an die verschiedenen Einzelgewerkschaften des ÖGB die Aufforderung aus, zur Demonstration aufzurufen und eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten. Die Grundlage solten die Forderungen bilden:

- Einstellung aller geprüften Lehrer!
- Vertragsverlängerung für alle Sondervertragslehrer!
- Keine Verschärfung der Lehramtsprüfung!

Nicht erschienen sind Vertreter der Gewerkschaften sowie die Lehrerorganisationen und Jugendorganisationen der SPÖ.

Die Verhandlungen endeten damit, daß die von den kommunistischen Studenten der MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION vorgeschlagene und auf der Hörerversammlung beschlossene Plattform im wesentlichen bekräftigt wurde.

L.L. (MLS)

Lehrerstop trifft die Kinder

In der Hauptschule, in der ich unterrichte, sind in der 2. Klasse A-Zug 37 Kinder. In den B-Zug-Klassen sind heuer einige Kinder, die so gute Noten haben, dass sie in den A-Zug versetzt werden müssten. Das bedeutet im A-Zug 4o Kinder. Nicht einmal entsprechend viele Bänke haben in der Klasse Platz. Niemand will so viele Kinder in einer Klasse haben. Die Folge ist: Die 3 Schüler bekommen eben schlechtere Noten und bleiben im B-Zug. Das bedeutet, dass sie noch weniger lernen, dass sie viel schwerer eine Lehrstelle bekommen, dass sie nicht in eine weiterführende Schule gehen können. Auf den Gedanken, dass man die A-Zug-Klasse auch teilen könnte, also im nächsten Jahr zwei Klassen führt, kommt niemand, denn dazu fehlen die Räume und auch die Lehrer.

W.M.

Gastarbeiterkinder werden in Schulen diskriminiert

Ich bin ein Student aus der Türkei, lebe und studiere seit zwei Jahren in Wien. Ich habe Kontakte mit türkischen Gastarbeitern, und erlebe auch deren Elend. Vor einigen Wochen, als ich eine Bekannte in Simmering besuchte, erzählte man mir folgenden Fall:
Eine türkische Familie, die in Wien lebt, schickt ihr Kind in die Volksschule in der Florian-Hedorfergasse. Da das Kind nicht die deutsche Sprache beherrscht, wird es in die Sonderschule geschickt. Das Kind ist normal, also kein Grund für die Sonderschule vorhanden. Die einzige Tochter der Familie, geht heute in die vierte Klasse.
Sie will die Mittelschule besuchen, und später ein Hochschulstudium abschließen. Unter den derzeitigen Umständen ist es jedoch nicht möglich. Nach Auskunft ihrer Lehrerin ist sie eine brave, ordnungsliebende und fleißige Schülerin. Sie lernt schnell und paßt nicht in die Sonderschule. Will sie in die Volksschule zurück, wird sie um zwei Klassen zurückgestellt. Weil sie 13 Jahre alt ist, kommt es aber nicht in Frage. Übernächstes Jahr besucht sie die siebente Klasse und wird das Zeugnis erhalten.
Von dem Gespräche habe ich verstanden, daß die Gastarbeiterkinder meistens erzwungenerweise in die Sonderschule geschickt werden, da es dort den Lehrern leichter fällt, sich mit diesen Kindern zu beschäftigen, die ja "sowieso Tschuschenkinder sind".
Ein Freund von mir, der in Wien als Spengler arbeitet, hat eine Tochter. Sie war zwei Jahre in der Volksschule und jetzt wird sie ebenfalls in die Sonderschule geschickt. Weil sie bei einem Test (Inhalt: 30 Arithmetische Rechnungen) nur 26 richtig gelöst hatte.
Diese Beispiele zeigen uns das wahre Gesicht der Sozialdemokratie und ihres Einflusses auf die Schulbehörden.

J.H.

KAPSCH
Produktionsumstellung in der Fernmeldeindustrie

In der letzten Zeit häufen sich die Meldungen in verschiedenen Zeitungen, die von einer umfassenden Produktionsumstellung in der Fernmeldeindustrie sprechen.
In zunehmendem Maße sollen mechanische Bauteile in Telefonnalgen durch elektronische Elemente verdrängt werden. Betroffen von dieser Umstellung sind die Firmen Siemens, ITT, Schrack und Kapsch.

Die "Presse" spricht in einem Artikel davon, daß "in dieser Industriesparte bis 1980 um 30 bis 40 Prozent weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen" werden, während der Rest großteils umgeschult werden muß. Weiters wird gemeldet, daß hohe Investitionen der einzelnen Firmen für diese Umstellung aufgewendet werden müssen. Z.B. wird Kapsch heuer 65 Millionen Schilling investieren, wovon etwa die Hälfte auf Kosten der Umstellung gehen soll.

Die geplante Umstellung auf elektronische Bauteile bedeutet sicher einen großen technischen Fortschritt auf dem Gebiet des Fernmeldewesens. Das wäre ja zu begrüßen, würden nicht die Früchte dieses Fortschritts von einigen wenigen Kapitalisten geerntet werden, während dieser Fortschritt für die Werktätigen, v.a. für die in betroffenen Firmen, in sein Gegenteil umschlagen wir.
Denn ein Fortschritt -

- *der 1800 - 2500 Menschen ihre Arbeit kostet*
- *wo die Kapitalisten Produktionsumstellungen dazu benützen, um kräftig durchzurationalisieren, die Arbeitshetze zu erhöhen, den Akkord zu verschärfen*
- *wo eine Umstellung auf einfachere Produktionvorgänge für die Werktätigen eine noch geistlosere, monotone Arbeit (z.B. am Fließband) bedeutet*

- ein technischer Fortschritt im Kapitalismus also, bedeutet für die Werktätigen keinen Grund zur Freude.

Die Kapsch-Kapitalisten müssen die Produktion auf verbesserte Technik umstellen, um im harten Konkurrenzkampf auf dem Fernmeldesektor bestehen, ihre Profite sichern bzw. steigern zu können. Das wirkt sich dann für die Werktätigen eben im Verlust des Arbeitsplatzes oder in der Steigerung der Arbeitshetze aus.

Den Werktätigen muß es einerseits darum gehen, die negativen Auswirkungen dieser Umstellung möglichst gering zu halten. Dazu ist es notwendig, möglichst früh über geplante Maßnahmen Bescheid zu wissen. Hier kommt dem Betriebsrat eine entscheidende Aufgabe zu. Er muß die Kollegen rechtzeitig über geplante Umstellungen und deren Auswirkungen in ihren Abteilungen informieren, und die Debatte darüber in Gang setzen, wie man die negativen Auswirkungen der Umstellungen auf die Werktätigen verhindern kann. Andererseits zeigen solche Vorgänge ganz deutlich, daß die Arbeiter im Kapitalismus keine dauerhafte Verbesserung ihrer Lage erreichen können. Daß sie ein System, wo der technische Fortschritt für einige wenige Kapitalisten auf der einen Seite, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzverlust für die Werktätigen, die diesen technischen Fortschritt schaffen, auf der anderen Seite bringt, stürzen müssen. Und daß sie den Sozialismus errichten müssen, in dem die Früchte des gemeinsam erarbeiteten technischen Fortschritts auch allen Werktätigen gemeinsam zugute kommen.

r.b.
Kapsch-Zelle



Telefonzentrale Peking: Technik und Fortschritt kommen im sozialistischen China den Werktätigen zugute; im Kapitalismus wird die Technik nicht zur Erleichterung der Arbeit, sondern zu ihrer Knechtung verwendet.

Bergarbeiterstreik in Bolivien

Nach Arbeitskämpfen in der Bergbauindustrie und großen Studentendemonstrationen, bei denen drei Studenten getötet worden waren, verhängte Putschpräsident Banzer am 14.Juni den Belangerungszustand. Trotz Entsendung von Einheiten der Armee in sechs staatliche Minen, riefen die bolivianischen Gewerkschaften daraufhin einen Streik im Bergbau aus, dem sich etwa 14.000 Studenten anschlossen.

EUMIG
Es geht um die Herstellung der Friedhofsruhe im Betrieb

"Akkordarbeiterin bei Eumig" hat ein Artikel im "Klassenkampf" 6/76 geheißen.
"....und dann darfst du arbeiten, aber wie. Du mußt die Leistung halten, denn sonst hast du zur Abrechnung nichts verdient (oder du wirst rausgeschmissen), also streng dich an...."
Die Kollegin, die diesen Artikel geschrieben hat, ist gekündigt worden.

Am Donnerstag, den 3.Juni wurde sie gemeinsam mit einer anderen Kollegin, die auch des öfteren gegen die Arbeitsbedingungen - vor allem gegen die Akkordhetze geredet hat, zum Meister ins Büro gerufen. Dieser überreichte ihnen die Kündigung, gezeichnet von der Firmenleitung, unterschrieben vom Betriebsratsobmann. Die formale Begründung auf der Rückseite: "Zu geringe Leistung", "Zuviele Krankenstände".
Die Frauen aus der Abteilung, die die beiden Kolleginnen kennen, wissen, daß diese Begründungen nicht nur unverschämt, sondern auch aus der Luft gegriffen sind. Sie wissen aber auch den wahren Grund: Die beiden gekündigten Frauen traten für den Zusammenschluß der Arbeiter ein, sie sagten, daß man sich nicht alles gefallen lassen darf, weil sonst die Lage für die Arbeiter immer schlechter wird. Schließlich hat eben die eine Kollegin den Artikel "Akkordarbeiterin bei Eumig" geschrieben.

Fortsetzung auf Seite 8

Erhöhung der Kinderbeilfen ab 1. Juli:

Instrument der Lohndrückerei in der Hand der Kapitalisten

Ab 1. Juli soll die Kinderbeihilfe um 13% bis 24% erhöht werden. Wieder eine große soziale Tat der SP-Regierung? Im Gegenteil: Allein die Existenz der Kinderbeihilfe ist schon die staatliche Bestätigung dafür, daß der Lohn eines Arbeiters nicht ausreicht, um seine Familie zu erhalten, um seine Reproduktion zu sichern. Die jetzige Erhöhung bestätigt das, und daß der Lohn immer weniger dazu ausreicht, v.a. angesichts der Reallohnsenkungen durch die letzten Kollektivvertragsabschlüsse.

Gleichzeitig versucht die Regierung mit der Art der Beihilfenerhöhung Bevölkerungspolitik zu machen und darüber gab es auch einige Auseinandersetzungen unter den bürgerlichen Parteien und Familienverbänden. In der neuen Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz ist nämlich für das 1.Kind eine Erhöhung um 80,- für 2 Kinder um 140,- und für 3 Kinder um 165,- vorgesehen. Das erklärte Ziel der Regierung ist, für jedes Kind einen gleichen Betrag zu zahlen, da das "gerechter" sei, und den Eltern ja jedes Kind gleich lieb sei. Die Opposition lief dagegen Sturm, weil das eine Benachteiligung der kinderreicheren Familien sei, diese Politik angesichts des Geburtenrückganges verfehlt sei und vermutete wahltaktische Überlegungen bei der SPÖ, weil die kinderlosen- und Ein-Kinderfamilien mehr sind als solche mit drei und mehr Kindern. Diese Tatsache spiegelt aber lediglich wider, daß die Lebenshaltungskosten für Familien in letzter Zeit wesentlich stärker gestiegen sind als die Löhne (man denke v.a. an die Wohnungskosten, die ein junges Ehepaar vor die Wahl stellen, entweder eine kleine und erschwingliche Wohnung zu nehmen, in der man aber kaum Kinder aufziehen kann oder sich eine auch für Kinder geeignete Wohnung zu nehmen und sich dafür in hohe Schulden zu stürzen), - so daß immer mehr Frauen arbeiten gehen müssen und der Lohn des Mannes für die Erhaltung einer Familie mit Kindern einfach nicht mehr ausreicht. Dem versucht die SPÖ dadurch entgegenzuwirken, daß sie v.a. die Zuschüsse für die ersten beiden Kinder anhebt.

Kinderbeihilfen - ein Mittel zur Senkung des Durchschnittslohns

Deutlich wird das im Motivenbericht des Antrags des SP-Abgeordneten Ferdinand Flossmann zum Bundesgesetz für Familienbeihilfen vom 10.3.1954 an den österreichischen Nationalrat. Dort wird festgestellt, daß der Familienlastenausgleich "seine Berechtigung in der weitaus stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Belastung der Familienerhalter gegenüber kinderlosen Ehepaaren und Personen hat" und daß einer der Gründe für die Einführung von Ausgleichssystemen die "Lohngerechtigkeit, ausgehend von dem Prinzip, daß der Kollektivvertrag oder durch den Arbeitsvertrag gesicherte Lohn als Individuallohn einer Ergänzung durch den Familienlohn bedarf, der durch die Gesamtheit gesichert werden muß".

Der Familienlastenausgleichsfonds, aus dem die Kinderbeihilfen, Geburtenbeihilfe usw. bezahlt werden, wird fast zur Gänze direkt von den Kapitalisten finanziert. Jeder Kapitalist zahlt monatlich 6% der von ihm ausbezahlten Lohnsumme an den Fonds. Davon werden die Beihilfen bezahlt. Diese Tatsache allein macht schon nachdenklich: Hier zahlen die Kapitalisten ziemlich hohe Beiträge an den Staat, ohne sich darüber aufzuregen wie das sonst üblich ist. Der Verdacht liegt nahe, daß die Sache von Vorteil für die Kapitalisten ist.

Der Vorteil liegt in der oben zitierten Aufspaltung von "Individuallohn" und "Familienlohn". Denn der Wert einer jeden Ware bestimmt sich durch die Kosten, die zu ihrer Reproduktion vonnöten sind. Die Arbeitskraft ist im Kapitalismus eine Ware wie jede andere auch. Zu ihrer Reproduktion gehört das Aufziehen des Nachwuchses. Durch das Beihilfensystem gelingt es den Kapitalisten den Lohn, das heißt den Preis der Ware Arbeitskraft unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu drücken. Insgesamt sparen sie durch das Beihilfensystem sehr viel Geld. Das ist von Vorteil für die Kapitalisten.
Der Fonds wird vom Staat verwaltet und die Höhe der Beihilfen durch Gesetz festgelegt.

Was kostet ein Kind?

Sehen wir uns nun an, was ein Kind seinen Eltern kostet und wieviel die Förderung ausmacht. Wir ziehen dazu den Alimentationserlaß des Justizministers vom 24.3.1975 heran, dessen Zahlen ganz bestimmt nicht zu hoch gegriffen sind:

1.Lebensjahr	12.240,-
2.-6. "	84.600,-
6.-10. "	85.920,-
11.-15. "	121.200,-

Vom 1. bis zum 15.Lebensjahr kosten ein Kind demnach mindestens 303.960,- oder 1.690,- Schilling monatlich (die Teuerung seit vorigem Jahr nicht eingerechnet).

An Beihilfen erhält man: Die Schülerfreifahrt, die mit 10 Schillig täglich angesetzt in 9 Jahren bei 220 Schultagen jährlich in Summe 19.800,- ausmacht; die Gratisschulbücher, die für einen Volksschüler 400,- und für einen Hauptschüler 750,- ausmachen; wenn wir noch die 16.000,- Geburtenbeihilfe dazurechnen, so kommen wir auf insgesamt 41.150,-, oder auf 230,- monatlich durch 15 Jahre hindurch. Gemeinsam mit der erhöhten Kinderbeihilfe macht das für das erste Kind 650,- Schilling pro Moñat an durchschnittlicher Förderung. Für ein Kind geben wir also monatlich, selbst wenn wir die günstigsten Zahlen einsetzen, noch 1.040,- Schilling vom Lohn aus.

Auch Berechnungen des Katholischen Familienverbandes ergaben, daß Arbeiterfamilien mit 2,3 oder 4 Kindern - je nach Lohnhöhe - bereits ein Pro-Kopf-Einkommen haben, das nicht höher als die offizielle Armutsgrenze ist.

Ganz egal von welcher Seite man das Kinderbeihilfensystem betrachtet - es bietet nur Vorteile für die Kapitalisten und Nachteile für die Arbeiterklasse.

P.F.M.

Fortsetzung von Seite 7

Eumig will Friedhofsruhe im Betrieb

Die Kapitalisten und ihre Firmenleitung haben gezeigt: Sie setzen alles daran, um jede kleinste Flamme auszutreten, bevor sie zum Brand wird. Das ist für sie eine Lebensfrage. Sie wissen nur zu gut, daß sie das rasante Anwachsen ihrer Profite nur dem verdanken, daß sie "in aller Ruhe" ihre Arbeiter ausbeuten können.

Nur auf unsere Kosten können sie die Konkurrenten am Weltmarkt zurückdrängen und sich selbst wachsende Profite sichern. Deshalb fürchten sie jeden Zusammenschluß der Arbeiter. Sie fürchten, daß es z.B. einer Abteilung gelingen könnte, eine Neustoppung zu verhindern, weil das die ungestörte Verschärfung der Akkordantreiberei durch die Kapitalisten in Frage stellt.

Sie fürchten, daß eine Abteilung geschlossen eine Lohnerhöhung verlangen könnte. Sie wissen, daß ihr Profit geschmälert wird, wenn sie einer Forderung nachgeben müssen.

Deshalb versuchen sie mit allen Mitteln die für sie nötige Zuchthausruhe zu wahren. Diese ist für sie schon gefährdet durch die bloße Schilderung eines Arbeitstages, wie ihn jede Akkordarbeiterin Tag für Tag, Jahr für Jahr erlebt. Die Darstellung der Wahrheit verträgt sich nicht mit ihrer Zuchthausruhe, deshalb wurden die Kolleginnen gekündigt.
Das ist die Methode, wie die Kapitalisten den Kampf gegen die Arbeiter führen. Es gibt keine Demokratie für die Ausgebeuteten, das zeigt sich klar und rasch an so einem Beispiel. Es gibt keine Freiheit der Rede, keine Versammlungsfreiheit, keine Informationsfreiheit im Betrieb.

Aber je mehr die Ausbeutung gesteigert wird, je schärfer die Antreiberei und je mehr der Druck auf den Lohn, je höher die Akkordsätze und je geringschätziger sie die Arbeiter behandeln, desto mehr werden sie mit Widerstand rechnen müssen. Die Lage ist für die Arbeiter heute nicht danach, daß sie wie ein geschlagener Hund einfach den Schwanz einziehen können. Denn einerseits zeigt sich zwar immer offener das beinharte Vorgehen der Kapitalisten gegen den Zusammenschluß der Arbeiter. Andererseits zeigt sich aber auch, daß die Kapitalisten jedes Mal, wenn sich die Arbeiter die Maßnahmen der Kapitalisten gefallen lassen, neue Maßnahmen setzen um noch mehr aus uns herauszuholen. Es zeigt sich, daß die Kapitalisten jeden Tag dieser "Ruhe" ausnützen, um die Arbeiter noch tiefer hinabzudrücken.

Diese Wahrheit gibt den beiden gekündigten Frauen recht, auch wenn sie ihre Bestrebungen den Zusammenschluß der Arbeiter zu erreichen, diesmal noch mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen mußten.

b.b.
Eumig-Zelle



Im Verschub bei der ÖBB - Einheit und klare Forderungen sind notwendig !

Mehr Geleise - Nein !

Die Kollegen beim Verschub sind verärgert über den Personalmangel, der gerade bei den Verschiebern besonders groß ist. Aber anstatt genügend Leute einzustellen, sieht das "ÖBB Rationalisierungs- und Einsparungsprogramm" vor: Aufnahmestop und der "natürliche Abgang" soll nicht mehr aufgefüllt werden.
Wie wirkt sich nun dieser Mangel an Leuten auf die Arbeitslage der Kollegen beim Verschub aus? Egal ob am Hauptbahnhof oder auf einem Güterverschubbahnhof.
Was unter normalen Umständen (genügend Leute) mindestens 7 Kollegen in der "Grube" (dorthin werden die Waggons gerollt, vom Verschieber gebremst und neue Züge zusammengestellt) erledigen können, sollen jetzt 5 oder 6 erledigen. Die ÖBB spart dadurch Arbeitskräfte und das ist Geld. Jeder Kollege hat 3 oder 4 Geleise, auf denen er arbeitet. Ist nun ein Kollege im Krankenstand, auf Urlaub, oder kann aus anderen Gründen nicht in die Schicht kommen, müssen die restlichen seine Arbeit mitmachen. Es fehlt an Ersatzleuten. Man hat dann eben nicht 3 oder 4 Geleise, auf denen man arbeiten muß, sondern 6.
Das ist ein Grund für Spaltung und Streitigkeiten unter den Kollegen. Hier muß erkannt werden, wer der Hauptschuldige ist. Die Kollegen wollen nicht, daß einer krank in die Schicht kommt, sondern daß Ersatzpersonal da ist. Es müssen neue und genügend Leute eingestellt werden, das ist eine klare Forderung an die ÖBB-Leitung und Direktion.

MEHR ARBEIT - BEI GLEICHEM LOHN

Viele Methoden haben die Kapitalisten und ihr Staat um die Folgen der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Eine ist die, daß man bei gleichem Lohn mehr Arbeitsleistung abverlangt. Dagegen müssen sich die Arbeiter wehren.
Für die Mehrarbeit von 3 Geleisen, also zusammen 6 bekommt der Verschieber dasselbe wie vorher bei 3 oder 4 Geleisen. Dieser Raubzug, der nichts anderes ist als Einsparung, soll ruhig ertragen werden. Den Kollegen "stinkt das aber schon lange". Völlig richtig sehen sie nicht ein, warum sie diese Mehrarbeit ohne Bezahlung leisten sollen.
Laufen auf 2,3 oder gar noch mehr Gleisen Waggons ein, kommst du unweigerlich ins Schmeißen und weißt nicht, welchen zuerst abfangen = (Hemmschuh legen). Beim Hin- und Herlaufen ist die Gefahr groß, daß man fällt und unter die Räder kommt. Auf den Personenverkehrsbahnhöfen, sind die Unfallszahlen am höchsten. So sehen dann Unfallsmeldungen aus:
"O.wurde beim Verschub von einem Triebfahrzeug erfaßt und überrollt."
"K.wurde beim Überschreiten der Geleise von einer Verschublok tödlich verletzt."
"H.wurde bei Verschubarbeiten von der Verschublok überfahren."
(Aus: Mitteilungsblatt des Unfallverhütungsdienstes der ÖBB)
(Statistiken über Unfälle bei der ÖBB gibt es kaum, und wenn dann "frisierte", in denen z.B. Unfälle bei denen ein Kollege Fuß oder Hand verloren hat, nicht aufscheinen.
Außerdem ist es verboten, für ÖBB-Personal über Unfälle in der ÖBB etwas zu erzählen oder gar zu schreiben).
Weiter erhöht sich die Gefahr, daß Sachschaden an Waggons oder den Ladegütern entsteht, wenn man mit seiner Arbeit nicht zurande kommt. Erfolg: Man wird zur Verantwortung gezogen, gerügt bzw. 1% des Monatslohns muß Strafe gezahlt werden.
Man sieht, in jedem Fall wirkt sich der Personalmangel auf den Verschieber direkt aus. Das "Einsparungsprogramm" wendet sich direkt gegen die Eisenbahner, daher müssen sich die Eisenbahner gegen das "Einsparungsprogramm" und gegen die ÖBB-Leitung und Direktion wenden.

W.R.
Aufbauzelle-ÖBB-Linz

Einsparungen im Gesundheitswesen

Bei der Regierungsklausur Mitte Juni überlegten sich die Herren Politiker neue Einsparungsmöglichkeiten für das Budget 1977. Einer ihrer Vorschläge lautet: Einsparungen im Gesundheitswesen. Bereits im vergangenen Jahr, im Budget 1976 wurden die Ausgaben für den Ressort "Gesundheit und Umweltschutz" gekürzt: Die Zuschüsse an die Spitäler wurden von 742 Mio S auf 577 Mio S gesenkt. Die Ausgaben für die Vorsorgemedizin von 178 auf 133 Mio S herabgesetzt. Sehen wir uns die Auswirkungen dieser Einsparungsmassnahmen am Beispiel der Gemeinde Wien an:

o Der Spitalsplan des Wiener Gesundheitsstadtrates Stacher sieht vor, dass die Bettenzahl in Wien bis 1985 von 15.360 auf 9.870 verringert wird: Konkret wird zum Beispiel das neue Allgemeine Krankenhaus um 450 Betten weniger haben als das jetzige. Auch in Lainz sollen schrittweise 600 Betten abgebaut werden. Hand in Hand mit der Verringerung der Bettenzahl soll der Spitalsaufenthalt der Patienten von jetzt ungefähr 15 Tagen auf 12 Tage reduziert werden: So will man mehr Patienten in kürzerer Zeit durchs Spital schleusen, um den Schein der "ausreichenden Versorgung" zu wahren.

o Auch am Personal wird gespart: Das Pflegepersonal arbeitet im Durchschnitt 47 bis 50 Stunden in der Woche, im "Radldienst", d.h. Tag und Nacht immer abwechselnd. Dass die Gemeinde Wien kein Interesse hat, daran etwas zu ändern, zeigt sich auch an folgender Rechnung: In den Wiener Gemeindespitälern (ausser Allgemeinem Krankenhaus) arbeiten heute 5.231 Schwestern und Pfleger. Man kann rechnen, dass jeder im Durchschnitt 7 Überstunden in der Woche macht. Um diese Überstunden auszugleichen durch neues Personal, wären 915 Pfleger mehr notwendig. Tatsächlich wurden aber im Jahr 1976 nur 288 Dienstposten für die Spitäler bewilligt (wobei nicht gesagt ist, dass alle diese Posten für Schwestern und Pfleger vorgesehen sind).

Gleichzeitig werden Berufsgruppen, wie die Abteilungshelferinnen (die z.B. Betten machen, Patienten beim Essen helfen, die Wege ins Labor oder zum Röntgen oder zur Apotheke machen) aufgelöst. Diese Arbeit soll jetzt zusätzlich von den anderen Schwestern gemacht werden.

Manche meinen, der Personalmangel kommt daher, dass zu wenig Leute Pflegeberufe zu ergreifen bereit sind. In Wirklichkeit ist es so, dass es zu wenig Schulen gibt, die eben nur eine bestimmte Anzahl Schüler aufnehmen können. Aber auch da siebt die Gemeinde noch heftig: Im 2. Jahr der Ausbildung ist die Schülerzahl oft um die Hälfte unter die des 1. Jahres gesunken.

- Immer mehr Patienten werden nur mehr ambulant versorgt: Das entspricht dem Konzept des Spitalsplans. Das heisst für die Schwestern: Viel mehr Zetteln ausfüllen, Aufnahme- und Entlassungsscheine, bei jedem Patienten müssen die Routineuntersuchungen gemacht werden, Krankengeschichten geschrieben werden usw. Fürs Labor heisst das viel mehr Untersuchungen, natürlich in der gleichen Zeit, die Arbeit wird ungenauer, Fehler leicht übersehen, Befunde können falsch sein. Die Verantwortung "trägt" dann natürlich das Personal. Das Risiko einer falschen Behandlung steigt, wegen der viel zu grossen Arbeitsbelastung des Personals.
- Auch am "Kleinkram" wird gespart: Man verwendet oft keine Einzelspritzen, weil sie zu teuer kommen. Effekt: Die Schwestern können auch noch Spritzen waschen - für die Patienten steigt die Infektionsgefahr. In Steinhof gibt es oft nicht einmal für jeden Patienten ein eigenes Besteck.

Das Essen selbst ist meist schlecht. Im Krankenhaus Lainz wurde die sogenannte "Eiweisszulage" gestrichen. "Eiweisszulage", das ist z. B. ein Ei oder ein Eckerl Käse für besonders Schwache oder unterernährte Patienten, die zur Regeneration besonders viel Aufbaustoffe brauchen.

Das sind einige Beispiele der Folgen der Einsparungsmassnahmen der Gemeinde für Patient und Personal. Wir sehen also, was wir von den Herrschenden, die mit einem Federstrich im Budget beschliessen, die medizinische Versorgung der Bevölkerung weiter zu verschlechtern, zu halten haben: Sie vertreten nicht unsere Interessen sondern die ihrer Freunde und Geldgeber in Banken und Industrie, die den Staat und

Fortsetzung auf Seite 10

Budget 77

Gegen die Budgetsanierung auf dem Rücken des Volkes!

Eine neue Welle von verschiedensten Tarif- und Gebühren erhöhungen überrollt das Land. Wieder versuchen die Regierung bzw. die Gemeinden, diese Erhöhungen als für die Bevölkerung und die Wirtschaft unbedingt nötig hinzustellen. Während es vor ein bis zwei Jahren geheißen hatte, die Steuer- und Tariferhöhungen sichern die Arbeitsplätze, heißt es jetzt, die Schulden, mit denen vor ein, zwei Jahren Arbeitsplätze gesichert wurden, müßten jetzt zurückgezahlt werden.

Mit ihrer volksfeindlichen Finanzpolitik enttäuschte die SPÖ-Regierung die Erwartungen des reaktionären Finanzkapitals nicht und nach der Diskussion über die wirtschaftliche Lage im Parlament konnte ein SP-Kommentator in der AZ stolz schreiben:".. jetzt (ist) der überwiegende Tiel der Wirtschaft auf einen Kooperationskurs mit der Regerung eingeschwenkt."

Die Finanzpolitik der Regierung führte zu einer gigantischen Zunahme der jährlichen Budgetdefizite. 1976 wird es mindestens 45 Milliarden S betragen. Da die Kredite und Anleihen, die die Regierung aufgenommen hat, nicht nur in der jeweiligen Höhe, sondern mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt werden müssen, wächst der jährliche Schuldendienst, das sind Tilgung, Verzinsung und Spesen für die Finanzschuld des Bundes. Dieser Schuldendienst ist von 1975 auf 1976 laut Voranschlag um mehr als 65% auf über 23,6 Milliarden S gestiegen. Schon jeder 5. Schilling (genau 22,3%) aus dem Nettosteueraufkommen des laufenden Jahres muß dafür aufgewendet werden. Hunderte Millionen S fließen jährlich als Profite in die Taschen in- und ausländischer Banken, bloß dafür, daß sie das Geld hergeborgt haben.

"Daher wird die Budgeterstellung (für das Budget 1977, die Redaktion) auf der Grundlage strengster Sparsamkeit erfolgen", führte Finanzminister Androsch in seinem Wirtschaftsbericht am 9.6. vor dem Parlament aus.

Kürzung der Sozialausgaben

Gespart wird natürlich: bei den Ausgaben, die fürs Großkapital direkt nichts bringen, dem Volk dagegen Verschlechterungen verschiedenster Art. Der Lehrerstopp, der erst vor kurzem angekündigt wurde, ist ein Beispiel dafür. Der Präsident der Industriellenvereinigung, Igler, gab bei der Jahresvollversammlung der Industriellenvereinigung die Linie an, anhand der vorgegangen werden soll: Es müßte primär der Hebel bei der Ausgabenseite des Budgets angesetzt werden, nicht jedoch bei zusätzlichen Belastungen der produzierenden Wirtschaft. Insbesondere die Sozialpolitik sei die 'weiche Flanke' alle Sanierungs- und Stabilisierungsbemühungen. "Man muß Schluß machen mit der breiten Beglückung der Bevölkerung", meinte er in einem Interview mit der Kronenzeitung am 19.6.

Aber sparen heißt für die Regierung auch, daß das Volk nach Strich und Faden ausgenommen werden soll und Tarife und Gebühren erhöht werden sollen.

»Strukturpolitik«

Zur direkten finanziellen Unterstützung des Finanzkapitals sind in den letzten Monaten neben den bewährten Methoden der Auftragsvergabe, Subventionen, Kreditsteuerung (rund 40% aller Kredite werden derzeit durch die öffentliche Hand gesteuert, deren Einfluß von Haftungsübernahmen über Zinsstützungen bis zu Subventionen reicht; aus Presse vom 21.5.) neue Wege beschritten worden, die unter der nichtssagenden Formel 'qualifiziertes Wirtschaftswachstum' in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Durch die Planlosigkeit der Wirtschaftsentwicklung im Kapitalismus kommt es immer wieder zu Überkapazitäten und Disproportionen, die sich in der Krise besonders kraß zeigen. Der Staat versucht nun mittels massiver öffentlicher Mittel und unter Heranziehung der verstaatlichten Banken, die Zusammenfassung und Produktrationalisierung großer Branchenbereiche durchzuführen, wie es z.B. die "Textilfusion Ost" darstellt. Der Staat stellte 138 Millionen S an ERP-Mitteln und Geldern der Investitionskredit-AG ohne die sonst üblichen Sicherheiten der Textil-Ost zur Verfügung (Arbeit und Wirtschaft 5/1976).

Daß es bei der Textilfusion ausschließlich darum geht, die Betriebe für ihre Eigentümer wieder profitabel zu machen und keinesfalls um die Sicherung der Arbeitsplätze der Arbeiter und Angestellten, zeigt die geplante Beschäftigungszahl: "Die neue Aktiengesellschaft wird rund 1900 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Das sind um 600 weniger als um die Jahreswende 1975." (A. und W., 5/76)

Die von der Regierung neu gegründete "Industriekommission" hat gerade die Aufgabe, diese "Strukturprobleme" in für die Kapitalisten und Banken profitabler Weise zu lösen - mit den Geldern der Werktätigen. In der 2.Sitzung der Kommission Anfang Juni hieß es, ihre Aufgabe wäre, Vorschläge für Förderungsmaßnahmen auszuarbeiten. Eine Ad-hoc-Kommission unter der Leitung von Handelsminister Staribacher wurde gebildet, um die Probleme der Papierindustrie zu beraten; nächste industrielle Schwerpunkte sollen die Glas-, Waggonindustrie und der Fahrzeugbau sein.

»Konkurrenzfähigkeit« für Exporte verbessern

Die Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft - das ist das Ziel, das sich Staat und Finanzkapital setzen. Das wurde für sie besonders notwendig in einer Situation, in der die starke Expansion in die Ostblockstaaten und die arabischen Staaten nachließ und die österreichischen Kapitalisten den Kampf um die von den größten Monopolen aus der ganzen Welt umschwärmten Länder Afrikas und Lateinamerikas aufnehmen, um weiter Absatz für ihre Produkte zu finden.

Hand in Hand gehen verschiedenste Maßnahmen. Neben den staatlichen Stützungen für "Strukturbereinigungen" und scharfen Rationalisierungsmaßnahmen betont die Industrie ständig die Notwendigkeit, bei den Personalkosten in der Wirtschaft Zurückhaltung zu üben, wie es Igler neulich ausführte. Das bedeutet Entlassungen und verschärften Lohndruck. Igler forderte, bei der nächsten Lohnrunde sich an deutsche Erhöhungen anzulehnen (5-6%) und dazu noch bei einer Urlaubverlängerung auf 4 Wochen 2-3% abzuziehen! Also ca. 3% Lohnerhöhung bei den nächsten Kollektivvertragsverhandlungen, das steilt sich das Finanzkapital vor!

Die österreichische Regierung geht auch nach den Wünschen der Wirtschaft auf Reisen, um die Absatzbemühungen durch entsprechende politische Interventionen abzusichern. Und gerade um den Absatz zu sichern, ist die österreichische Bourgeoisie auch bereit, mit den reaktionärsten Kräften auf der Welt zusammenzuarbeiten, z.B in Spanien. Spanien hat ein ambitiöses Atomkraftwerkprogramm in Ausführung.Die petrochemische Industrie errichtet Großanlagen. In der Provinz Valencia läuft der Aufbau eines Stahlwerkes. Im Nordwesten wird eine neue Aluminiumfabrik aufgebaut. Alles interessante Projekte für die österreichische Wirtschaft, besonders für die Verstaatlichte. Deshalb die Unterstützung Österreichs für das Faschistenregime, deshalb auch die Versuche, die Spaniensolidaritätsbewegung in Österreich zu knebeln; deshalb der Besuch des spanischen Außenministers Ende Juni in Österreich, die Errichtung von "Kulturinstituten", usw.

Geld für Aufrüstung

Die österreichische Bourgeoisie weiß, daß sich das Volk politische Entrechtung und die Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage nicht lange gefallen lassen werden.Und so bereitet sie sich im Inneren des Landes auf die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen vor, rüstet Heer und Polizei auf und will das Volk dafür noch ausbluten lassen. Auch das verschärfte Ringen der Supermächte um Europa, die Gefahr eines neuen großen imperialistischen Krieges in Europa veranlaßt die Bourgeoisie, um an der Seite der NATO im Falle eines solchen Krieges mithalten zu können, die Rüstung zu verstärken.

Fortsetzung von Seite 9

Gesundheitswesen...

seine Finanzen für sich einsetzen. Das Gesundheitswesen ist für diese ein unproduktiver Bereich, d.h. es schaut kein Profit heraus. Deshalb muss es der Staat, als ideeller Gesamtkapitalist, verwalten. Und zwar so, dass es möglichst wenig kostet und gerade ausreicht, um Kranke soweit wiederherzustellen, dass sie für den Profit der Kapitalisten arbeiten können. Diese Tatsache bekommen Patienten und Personal im Gesundheitswesen in der Krise besonders deutlich zu spüren.

L.M.
Zelle-Spitäler

Enge Verbindung von Staat und Finanzkapital

Die Widersprüche des Kapitalismus haben sich heute bereits derart zugespitzt, daß dieses System nicht mehr imstande ist, zu funktionieren, wenn nicht der Staatsapparat seine Bürokratie in alle Poren der Wirtschaft und Gesellschaft erstreckt. "Das Wesen des Staatskapitalismus ist das Bestreben, den Widerspruch zwischen der sich vergesellschaftenden Produktion und der privaten Aneignung irgendwie zu überwinden, zugleich gegenüber den Privatinteressen der nur einem möglichst hohen Profit nachjagenden Einzelkapitalisten (Monopole), das Gesamtinteresse der Bourgeoisie als Klasse bzw. ihrer ausschlaggebenden Schichten zu wahren." Das schrieb der ungarische Ökonom Varga 1929 und es stellt sich heute genauso dar.

Um die gröbsten Widersprüche kurzzeitig verdecken zu können und die Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten, übernimmt der bürgerliche Staat immer mehr Funktionen in der Wirtschaft. Dabei kommt es zu einer engen Verbindung von Finanzkapital und Staat, wobei der Staat im Dienste des Finanzkapitals bzw. der mächtigsten Monopolgruppen agiert. Der Staat preßt den Werktätigen die Mittel ab, um dem Finanzkapital bei seinen diversen Projekten den Maximalprofit zu sichern und auch im Falle eines Mißglückens dieser Projekte die dabei entstandenen Verluste zu decken.

Je mehr das Finanzkapital den Staat in seine Machenschaften einbezieht, desto risikoloser wird die Profiterwirtschaftung.

Für die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen ist der Kampf gegen die Budgetsanierung auf ihrem Rücken nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern eine eminent politische. Denn die Mittel, die der Staat aus den Werktätigen herauspreßt bzw. durch Streichung bestimmter sozialer Leistungen vorenthalten will, werden für eine durch und durch reaktionäre Politik eingesetzt, für eine kleine Schicht von Leuten, die bestimmt, was in Österreich vor sich geht und mit allen Mitteln ihre Ausbeuterherrschaft aufrechterhalten will. Wenn wir den Kampf dagegen führen, daß wir diesen Staat finanzieren müssen, tragen wir dazu bei, die Ausbeuterherrschaft zu schwächen und so die Voraussetzungen für den Sturz der Herrschaft des Finanzkapitals zu verbessern.

R.F.

„Verkehrs- und Gemeindeplanung" - Quelle beständiger Ausplünderung



Dem Gemeinderat liegt - nach einem Beschluß der SPÖ-Fraktion - ein Antrag auf Erhöhung der Wiener Straßenbahntarife um ca.20% ab 1.August 1976 vor (siehe "Klassenkampf" 6 und 7/76). Begründet wird dieser Antrag mit "steigenden Personalkosten" und dem Bedarf an neuen Mitteln für den "Ausbau des Verkehrswesens".

Diese fadenscheinige Begründung fällt aber den "Volksvertretern" selbst auf den Fuß, beweist sie doch 1.nur, daß für eine bekannte, berechtigte und ohnedies viel zu geringe Erhöhung der Bezüge der Gemeindebediensteten im Budget nicht mit einem Groschen vorgesorgt war (jetzt sind die Bediensteten auf einmal die Sündenböcke) und 2., daß für Unternehmensförderung, Betriebsflächenerschließung, Kreditstützungen usw. immer genug Geld im Gemeindebudget vorgesehen ist, für Investitionen in die Straßenbahn aber nicht.

Schließlich geht es der Gemeinde bei dieser Erhöhung gar nicht in erster Linie um den öffentlichen Nahverkehr, sondern, wie Stadtrat Nekula im März bereits sagte, überhaupt um die Erschließung "neuer Einnahmequellen".
Die Tendenz zur ständigen Steigerung der Straßenbahntarife ist schon so alt wie die Wiener Verkehrsbetriebe selbst (1951 = S 1,30 1976 = S 7,20 bzw.10),ebenso alt ist das Geschwätz von den angeblich möglichen, "planmäßigen" Verbesserungen im Verkehrswesen.

Sehen wir uns die Entwicklung des öffentlichen Massenverkehrs in den letzten 30 Jahren und die Pläne zu seiner Verbesserung einmal an:

Nach Kriegsende wurden die Wr. Stadtwerke (als Geschäftsgruppe des Magistrats) und in ihrem Rahmen die Wr.Verkehrsbetriebe (neben E-, Gaswerk und Bestattung) gegründet und hatten vorerst einmal die Kriegsschäden zu beseitigen. 1948 konnten rund 1,7 Mio.Fahrgäste täglich befördert werden.
"In den folgenden Jahren entstand dem öffentlichen Massenverkehr im PKW ein Konkurrent, der ihm immer mehr zu schaffen machte. - Einerseits sanken die Fahrgastzahlen und damit auch die Einnahmen, andererseits behinderten die Autos den öffentlichen Verkehr immer stärker" ("Wien aktuell" Nr.5 vom 31.1.1974 zum 25jährigen Jubiläum der Stadtwerke).

1955 (1,2 Mio.Fahrgäste täglich) beruft die Stadtverwaltung in- und ausländische Fachleute zur Wiener Verkehrsenquete ein. Ergebnis: Von einem Ersatz der Straßenbahn durch Autobusse wird wegen der Größe der Stadt und mangels eines unterirdischen Verkehrsträgers aus Gründen der Leistungsfähigkeit abgeraten, es wird lediglich die Umstellung einiger schwächer frequentierter Linien empfohlen.

1961 wurde die Schnellbahn (zur Erschließung der neuen Betriebsansiedlungen im NO und SW von Wien) in den Einheitstarif einbezogen.
1967 wurde für Wien ein Tarifverbund zwischen Verkehrsbetrieben, ÖBB-Schnellbahn, privaten und Postautobuslinien geschaffen.
1969 beauftragt Stadtrat Nekula den "international anerkannten Verkehrsexperten" Dr. Lehner, ein Gutachten über die Wr.Verkehrsbetriebe zu erstellen.
1972 - also nach 3 Jahren - liegt dieses vor und gipfelt in der Empfehlung, ein Beschleunigungsprogramm auszuarbeiten, das den Wienern ja in seiner Unzulänglichkeit sattsam bekannt ist, indem es nur einige wenige Linien betrifft und sich im Pinseln von Sperrlinien und Ausprobieren von sogenannten "Stuttgarter Schwellen" und einigen neuen Ampelregelungen erschöpft.

Unter der Devise "Beendet die Verkehrsschlacht" legen im "Wien aktuell" 3/1976 "echte Fachleute" des Magistrats, von denen behauptet wird, daß sie Übersicht über die großen Zusammenhänge und die rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten hätten, das Ergebnis der Untersuchungen und wissenschaftlichen Arbeiten vor und kommen zu dem Schluß, daß, wenn Straßenbahn und städtischer Autobus von den Fahrgästen als nicht besonders attraktiv angesehen werden, dann in erster Linie wegen der geringen Reisegeschwindigkeit. Diese führen sie auf zu kurze (!) Abstände zwischen den Haltestellen, vor allem aber auf die Behinderung durch den Individualverkehr (was man auch schon in den 50-er Jahren wußte!) zurück. Und daß das immer noch schlechte Image der öffentlichen Verkehrsmittel nicht zuletzt darauf beruht, daß sie zu den Stoßzeiten überfüllt sind, die Passagiere einander auf die Zehen treten und das Gedränge Aggressionen entstehen läßt (was jeder straßenbahnfahrende "Laie" auch weiß).

Soweit also die Ergebnisse von jahrzehntelanger "wissenschaftlicher Ananlyse" der Wiener Verkehrsmisere. Ein eindeutiger Beweis, daß sich mit Reformen und Reformgedanken nicht einmal auf dem Papier mit den chaotischen Zuständen in der Stadt zurechtkommen läßt, geschweige denn in der Praxis.

Die wahren Ursachen werden vernebelt

Daß auch die bürgerlichen "Experten" und "Wissenschaftler" keine Lösung der Verkehrsmisere finden können, hat seinen Grund. Sie sind allsamt Glücksritter von Bourgeoisies Gnaden und leben davon, die wahren Ursachen für die Zustände in der Stadt zu vernebeln.
Die Planlosigkeit hat ihren Grund in der Konkurrenz der Kapitalisten, die allesamt beständig nach den besten Standorten für die Kapitalverwertung suchen. Wo früher Wohnungen waren, schießen heute Büros in den Himmel, wo früher Arbeitsstätten waren, sind heute vierspurige Straßen. Dafür sind dort, wo die Autobahn ist, heute auch die neuen Fabriken, wo früher Wiesen waren, sind heute Gott-

Fortsetzung auf Seite 12

Studienrichtungsvertretungswahlen:

Fortschreitende Linksentwicklung der Studenten

Am 1.und 2.Juni fanden auf den österreichischen Universitäten Studienrichtungsvertreterwahlen statt. Die Studienrichtungsvertretungen sind die Organe der Studentenvertretung auf der untersten Ebene. Es werden jeweils 3 oder 5 Vertreter nach den Persönlichkeitswahlrecht gewählt.

Wir haben im letzten Klassenkampf über die politische Lage an der Hochschule und das Auftreten der Studentenorganisation des KB, der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation (MLS) im Wahlkampf berichtet. Die Ergebnisse der Studienrichtungsvertreter-wahl, - zumindest in Wien - bestätigen die dort gegebene Einschätzung. Hier ein kurzer Überblick über die Wahlergebnisse auf den Wiener Hochschulen (nicht vollständig).:

Siehe nebenstehenden Kasten

ÖSU: Österreichische Studentenunion (ÖVP nahe)
MLS: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation
VSSTÖ: Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (SPÖ-Studentenverband)
KSV: Kommunistischer Studentenverband (KPÖ-Studenten)
GRM: Gruppe Revolutionärer Marxisten (Trotzkisten)
FÖJ: Freie Österreichische Jugend (Linkssozialisten)
JES: Junge Europäische Studenten (Rechte Studenten)
RFS: Ring freiheitlicher Studenten (Rechte, deutschnationale Studenten)
DSU: Demokratische Studenten-Union (ÖSU-Abspaltung nach links)

Die MLS ist damit auf der Universität Wien auf der Ebene der Studienrichtungsvertretungen nach der ÖSU und ihr nahestehenden Unabhängigen die zweitstärkste Fraktion. Sie stellt dort zusammen mit nahestehenden Symphatisanten ca. 25 Studienrichtungsvertreter (19 davon MLS-Mitglieder, die übrigen 6 sind entweder enge Symphatisanten oder kandidierten auf einem gemeinsamen Aktionsprogramm mit MLS- Genossen) gegenüber ca. 20 im letzten Jahr. Auf der Soziologie hat die MLS allerdings die Studienrichtung verloren.

Bedeutsam ist, daß offen rechte, deutschnationale und chauvinistische Kräfte wie der RFS bei den Studienrichtungswahlen fast vollständig an Einfluß verloren haben.

Die ÖSU konnte ihre Positionen im wesentlichen gut halten, mit einer Politik, die sich im letzten Jahr deutlich einen fortschrittlicheren Anstrich gegeben hat.

Der VSSTÖ mit ca. 15 Studienrichtungsvertretern konnte seine Positionen weiter ausbauen.

Die KPÖ-Studenten stellen auf der Uni 5 Studienrichtungsvertreter und konnten - völlig im Gegensatz zur Berichterstattung der Volksstimme - ihren Einfluß nicht steigern. Der in der Volksstimme pompös angekündigte "Erfolg" kommt dadurch zustande, daß der KSV bei den Philosophen und Geographen Studienrichtungsvertreter für sich reklamiert, die inzwischen explizit erklärt haben, mit dem KSV nichts zu tun zu haben. Einer von diesen z.B. - der Geographistudent - kandidierte mit MLS-Genossen zusammen auf einem Aktionsprogramm, das sich unter anderem gegen die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte USA und Sowjetunion richtet! (Typisch für die Volksstimme ist, daß keinerlei Überblick über das Wahlergebnis gegeben wird, um den Popanz von den eigenen Erfolgen aufbauen zu können.)

Auf den anderen Wiener Hochschulen konnte die MLS ihre Stellung auf der Studienrichtung Architektur der Technischen Hochschule konsolidieren und auf der Akademie der Angewandten Künste einen starken Gewinn erzielen.

Insgesamt zeigt sich in den Wiener Wahlergebnissen deutlich die schon seit längerem fortschreitende Linksentwicklung in der Studentenschaft, die zunehmende Ablehnung der politischen Reaktion der bürgerlichen Klasse auf den Hochschulen und in der ganzen Gesellschaft. In vielen Studienrichtungen konnten solche Studentenvertreter die Mehrheit erringen, deren Aktionsprogramm die Unterstützung der Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft, die Unterstützung des Kampfs der Studenten gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und die Einschränkung der politischen Rechte an der Hochschule, die Unterstützung des Kampfs gegen die politische Reaktion in der ganzen Gesellschaft (gegen die staatliche Ausplünderungspolitik, die reaktionäre Minderheitenpolitik, die zunehmende Militarisierung, die Aufrechterhaltung des Abtreibungsverbots in Form der Fristenlösung usw.) und die antiimperialistische Solidarität mit den Völkern der Welt ist.

Nach unvollständigen Meldungen konnten in anderen Bundesländern marxistisch-leninistische Studenten in Salzburg zwei, in Klagenfurt drei und in Innsbruck einen Sitz in den Studienrichtungsvertretungen erringen.

H.V.

Beständige Ausplünderung

Fortsetzung von Seite 11

verlassene Neubausiedlungen, während viele traditionelle Wohngebiete verfallen. Und in diesem wachsenden Durcheinander müssen sich täglich rund 1,3 Millionen Wiener Kreuz und quer durch die Stadt den Weg zur Arbeit, zur Schule etc. suchen.

Kein Wunder, daß das zu einem täglichen Chaos führt. Die Gemeinde mischt hier kräftig mit, nur nicht im Interesse des Volkes.

Der seit 20 Jahren immer lauter werdende Ruf nach einem "Gleichgewicht zwischen den beiden Verkehrsträgern" - Individual- und öffentlicher Nahverkehr - richtet sich genau nach den Profiterfordernissen. Denn daß dem "Platz- und Energieverschwender Auto" (so Nekula) jetzt gegenüber dem öffentlichen Verkehrsmittel der Nachrang verpaßt werden soll, bringt nach Ansicht der Gemeinde folgende Vorteile (für die Kapitalisten):

- Die Straßenentlastung, die den verbleibenden Kraftfahrern zugute kommt;
- Wertzuwächse, die sich für Grundstückseigentümer und Geschäftsleute durch die Verkehrserschließungsaufgabe der Verkehrsbetriebe ergeben;
- volkswirtschaftliche Leistung im Interesse der Bevölkerungs-, Standort- und Besiedelungspolitik.

Deutlich geht aus diesem Äußerungen hervor, daß mit dem "Vorrang für den öffentlichen Massenverkehr" die Gemeinde vor allem im Auge hat, die Straße für den Warentransport freizukriegen, das Volk auf bestimmte Einkaufsorte zu konzentrieren, damit dort höhere Umsätze erzielt werden können und 3. die Arbeitskräfte für die Kapitalisten auch in die entlegenen, aber profitablen Randgebiete zur Arbeit zu transportieren. Diese Maßnahmen dienen aber nicht nur in erster Linie den Kapitalisten, sie können auch keinesfalls ernstlich das tägliche Chaos entwirren, in die die Entwicklung des kapitalistischen Profitsystems die Stadt versinken ließ. Deshalb zieht jede "Reform" der Gemeinde neuerliche

Wahlergebnisse auf der Universität Wien

	1975				1976			
	MLS	ÖSU	VSSTÖ	sonst.	MLS	ÖSU	VSStö	sonst.
Univ.Wien Juridische Fakultät:								
-STRJus					-	4	-	1 JES
-STRSoz	2	-	-	1 KSV	1	1		1 KSV
-STRVolkswirtschaft	-	2	2	1 KSV	-	1	2	1 Roter Börsenkrach 1 KSV
Medizinische Fakultät:								
-Vorklinik	-	5	-	-	-	5	-	-
-Klinik	1	4	-	-	-	4	1	-
Philosoph. Fakultät								
-Philosophie	3	-	-	-	3	-	1	1 unab. Linker
-Pädagogik	4	-	-	1 Recht	5	-	-	-
-Psychologie	2	3	-	-	2	-	-	3 Fortschrittl.
-Politologie	-	-	-	-	-	-	-	5 Instit. gruppe
-Geschichte	-	2	4	2 RFS	-	4	1	-
-Publizistik	1	3	-	1 GRM	-	-	1	1 GRM 2 GRM-nah 1 unab.
-Germanistik	-	-	1	4 unab. Rechte	-	-	-	5 unab. Rechte
-Anglistik	Linksblockmehrheit (KSV, VSSTÖ-nahe)				1			2 KSV 2 ÖSU-nahe
-Romanistik	2 rechte Sozialdemokr. 3 Rechte				3 rechte Sozialdem. 2 linkes Institutskollektiv (1 GRM, 1 MLS-nahe)			
-Slawistik					2		2	1 KSV
-Dolmetsch	2	3			1	1	2	
-Mathematik	1	4				1		4 Unabh. (gewerk.)
-Physik		3			1			3 Unabh. (gewerk.)
-Chemie	4 Rechte							4 Rechte, 1 GRM
-Biologie	1	-	2	1 ÖSU-nahe	2	-	1	2 unabh.Rechte
Lehramt -Geographie	Mehrheit unabhängiger Linker				-	1	-	2 RFS-nahe 2 Inst.gr. (Aktionsprogr. mit MLS-Gen.)
-Soziologie	3	-	-	2 FÖJ	-	-	-	5 FÖJ

durch Gemeinde ...

Verstopfung und neuerliche "Reform" nach sich.

Die Verkehrspolitik ist Teil der gesamten »Gemeindeplanung«

Die Verkehrspolitik im Dienste der Kapitalistenklasse ist Teil der allgemeinen "Gemeindeplanung". Grundstücke werden am Stadtrand aufgeschlossen, zu Spottpreisen an die Unternehmen verkauft, die aber nur dann dort hingehen, wenn die Gemeinde auch die Möglichkeit schafft, die Arbeitskräfte hinzutransportieren. Daß eine solche Politik auf Dauer zu einer immensen Verschuldung und mit ihr einhergehend zu einer stets wachsenden Ausplünderung des Volkes führen muß, ist einleuchtend.
Milliarden von Krediten und Budgetmitteln werden direkt und indirekt der Kapitalistenklasse eingeschoben. Um diese Profitförderung zu verdecken, muß das "Argument" der "Arbeitsplatzsicherung" herhalten. Niemals aber dürfen wir übersehen, daß die sogenannte "Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen" gleichbedeutend ist mit der - vom Volk bezahlten - Schaffung von günstigen Ausbeutungsverhältnissen.
Jeder Arbeitsplatz ist ausschließlich so "sicher", so sicher der Kapitalist ist, damit Profit zu machen. Ist diese Sicherheit erst weg, dann ist auch der Arbeitsplatz weg, trotz aller Steuermillionen, die irgendwann einmals investiert wurden.

Der Magistrat bläht sich auf

Je komplizierter und verfahrender die Verhältnisse in der Stadt werden, desto aufgeblähter wird auch der Magistrat. Heute hält er bei 8 Geschäftsgruppen mit 70 Magistratsabteilungen, einer Magistratsdirektion mit 9 Büros und dem Kontrollamt und einem nahezu undurchsichtigen Wirrwarr von Zuständigkeiten.

Im Bereich Wohnungsbau z.B. sind 19 aus einer Gruppe von 30 Magistratsabteilungen, die die Stadtbauamtsdirektion (Geschäftsgruppe V) bilden, und weitere 13 (so z.B.Allgemeine Finanzverwaltung, Sozial-Gesundheits- und Jugendamt, Stgaldische Schulverwaltung, E- und Gaswerke) aus verschiedenen anderen Geschäftsgruppen - also insgesamt 32 - mit "Zuständigkeiten" betraut.
38 Magistratsabteilungen sind allein am Wiener U-Bahn-Bau beteiligt, von denen "jede einzelne eigenbrötlerische ihre Wege geht", so ein höherer Magistratsbeamter, "ohne daß jemand auf die Idee gekommen wäre, ein zentrales U-Bahn-Amt zu schaffen.".

Zentrale Stellen bzw. eigene Gesellschaften wurden zusätzliche in den letzten Jahren zum Bau der UNO-City (IAKW) und neuerdings auch für das skandalbehaftete Allgemeine Krankenhaus geschaffen. Allerdings - bei "Planungsfehlern", die es bekanntlich trotzdem gibt, wird die Verantwortung doch wieder entweder auf die Architekten bzw. alle möglichen Fachleute und auf die fortschreitende technische Entwicklung (!) - so geschehen beim Allgemeinen Krankenhaus - geschoben.
Auch die neueste Maßnahme, die Einrichtung eines Verkehrs-Superressorts, das die Planungs- und Koordinationsmisere auf Wiens Straßen und im Rathaus beseitigen soll (Stadtrat Hofmann) wird genauso wie alle bisherigen Maßnahmen die desolaten Verhältnisse nur auf einer "höheren Ebene" fortsetzen, sonst nichts.

Keine Tariferhöhungen

Nicht anders verhält es sich mit den geplanten Tariferhöhungen, die der neuerliche Ausdruck einer Politik sind, die sich insgesamt an den Interessen der Kapitalistenklasse orientiert, hinter welch schönen Worten auch immer sie verborgen wird. Diese Erhöhungen werden keine Verbesserung des Verkehrswesens, sondern dem Volk eine weitere Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage bringen und den Kapitalisten günstigere Bedingungen für ihre Jagd nach Profiten.

Die einzig richtige Antwort diesen Maßnahmen gegenüber, ist ihre Ablehnung. Deshalb fordern wir:
Keine Tariferhöhungen bei der Straßenbahn!

Diese richtige Haltung aber steht in großem Gegensatz zu dem Standpunkt, den die Gewerkschaftsführung seit längerer Zeit ganz offen einnimmt. Das Präsidium des ÖGB hat im Herbst vorigen Jahres der Regierung versichert, allen jetzigen und künftigen Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhungen im "Rahmen der Arbeitsmarktpolitik" zuzustimmen. Das ist ein äußerst schädlicher Beschluß, der den Zusammenschluß in den Betrieben und in der Gewerkschaft zur Ablehnung der Tariferhöhungen sehr erschwert, weil viele Gewerkschafter, trotzdem sie im Grund genommen, bereit sind gegen die Tariferhöhungen aufzutreten, nicht so leicht gegen Beschlüsse des Präsidiums verstoßen wollen.
Dieser Beschluß verbreitet nicht nur heute seine schädliche Wirkung, sondern ist auch bei jeder zukünftigen Erhöhung ein lähmender, spalterischer Faktor: Deshalb fordern wir die Rücknahme des ÖGB-Präsidiumsbeschlusses!

U.B./K.P.

LINZ:

Erfolgreiche Gegenkundgebung gegen deutschnationale Provokation trotz Polizeiverbot

Genau am 17.Juni, den die westdeutschen Imperialisten als "Tag der deutschen Einheit" im Zeichen ihrer Gebietsansprüche und Aggressionspläne gegenüber den osteuropäischen Ländern begehen, sammelten sich die deutschnationalen Burschenschaften aus Österreich und Bayern zu einem Vorstoß in Linz. Mit einer großzügig vom SP-Magistrat im Stadtmuseum beherbergten Ausstellung, mit einem Schweigemarsch von mageren 300 Säbelrasslern über die Landstraße und mit einer Kundgebung wollten sie ihre großdeutsche, chauvinistische Hetze unters Volk bringen.

Eine Gegenkundgebung des Kommunistischen Bundes Linz gegen diese Provokation, für den Hessenplatz angemeldet, wurde von der Staatspolizei untersagt. In einem Flugblatt fordert der KB Linz daraufhin neuerlich "alle Demokraten aus, zur Landstraße zu einer Gegenkundgebung zu kommen". Auch diese Veranstaltung verbietet die Staatspolizei wenig später. In einem Flugblatt schreibt der KB Linz unter anderem:
"Obwohl eine Rehe von demokratischen Organisationen in den letzten Tagen ein Verbot der Burschenschaften-Demonstration gefordert haben, sieht die STAPO keineswegs im Auftritt der Ultrareaktionäre, sondern in der Gegenkundgebung "eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung.... In der Begründung des Verbots der Gegenkundgebung steht als zweiter Satz: 'Laut Pressemitteilungen haben für diese und den abends stattfindenden Festkommers Landeshauptmann Dr.Wenzel, Bürgermeister Hillinger und Rektor Dr.Paul den Ehrenschutz übernommen.'
Damit wird schlagartig klar.: die Ultrareaktionäre können sich auf den schützenden Arm der Ehrenschützler Wenzl, Hillinger und Paul berufen.
Die Fahnenweihe des Kärntner Heimatdienstes, die Scrinziveranstaltung in Wien, die Burschenschaften in Linz, der steirische Frühling in Graz, ebenso wie die in Wien geplante Großkundgebung der sudentendeutschen Landsmannschaften zeigen eine nicht mehr zu übersehende Tatsache: Alle werden sie von bürgerlichen Parteien gefördert, SPÖ, ÖVP und FPÖ stellen Redner und übernehmen den Ehrenschutz.
Gleichzeitig hält man etwas Distanz und rückt, wenn es zu bunt getrieben wird, von den Veranstaltern ab wie in Graz und schlägt eine andere Taktik ein. Insgesamt kann man aber sagen (und das ist in Linz besonder deutlich): die extremen Reaktionäre sollen aufgewertet werden. Die SP-Regierung, aber auch die anderen Parteien, wollen ihre eigenen reaktionären Pläne hinter den ultrareaktionären Forderungen der Deutschnationalen verstecken:
Festredner der Burschenschafter in Linz FPÖ-Landesvize Ferrari-Brunnenfeld fordert die 30%-Marke für die slowenischen und kroatischen Minderheiten. Dabei soll dann wohl die 25%-Marke der SP-Regierung als demokratisch und als Kompromiß angesehen werden. Nicht anders ist es mit dem zweiten Hauptthema in Linz:
Festredner und Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Walter Becher, tritt unverhüllt für die Rückeroberung des Sudetenlandes und aller übrigen "Ostgebiete" durch den westdeutschen Imperialismus ein, natürlich unter dem Titel "Volksgruppenschutz".
Auch diese Hetze ist der Bourgeoisie nicht unnütz, sie soll das Klima für ihre Kriegsvorbereitungen verbessern, die z.B. mit der Wehrgesetznovelle vorangetrieben werden, andererseits sollen die eigenen imperialistischen Pläne, die heute von der SP-Regierung geplant und in die Tat umgesetzt werden wie Friedens- und Demokratieschllmeien im Kontrast zu dieser offenen imperialistischen Hetze erscheinen.

Aber die Absichten die Rechtsradikalen hochzupäppeln, die Gegenkundgebung zu verbieten und dann das "Schweigen" der Bevölkerung als Argument für die eigenen Pläne zu verwenden, sind in Linz gescheitert:
"Trotz Demonstrationsverbot und einem Großaufgebot von Polizei und STAPO wurde in zwei Kundgebungen der Hetze der Deutschnationalen erfolgreich entgegengetreten. Auf dem Taubenmarkt stellten 80 Menschen in Ketten eingehängt und mit Sprechchören den harten Kern gegen den vorbeiziehenden Zug der Burschenschaften und die Auflösungsversuche der Polizei. In Kürze sammelten sich weitere hundert Menschen, die der entschlossenen Gegenaktion spontan Zustimmung spendeten."
F.N.(nach Flugblättern des KB Linz)

KPÖ – das größte Hindernis in der Bewegung gegen

In der organisierten Bewegung gegen die Minderheitenfeststellung gibt es nicht nur eine Vielfalt politischer Strömungen und Auffassungen, sondern nach wie vor auch große politische Unklarheiten über den Inhalt, den Gegner, die Ziele und die Mittel usw. der Bewegung. Kern dieser Unklarheiten ist das Fehlen einer klaren Haltung gegen den bürgerlichen Staat. Bei diesen Unklarheiten hakt die KPÖ ein und versucht sie auszunutzen zur Durchsetzung ihrer schädlichen politischen Linie.

Einerseits überschneidet sich die bürgerliche Linie der KPÖ, die im Wesen ebenfalls von der Aussöhnung mit der bestehenden Gesellschaftsordnung und dem bestehenden Staat ausgeht, mit allen möglichen Vorstellungen und Vorurteilen. Andererseits werden diese von der KPÖ bewußt gefördert und als Reserve in ihrem Kampf gegen jede Bestrebung und Entwicklung in Richtung mehr Klarheit in der Bewegung verwendet. Die KPÖ ist in der organisierten Bewegung gegen die Minderheitenfeststellung von allen bürgerlichen Strömungen die bei weitem gefährlichste, weil sie organisiert und zielstrebig arbeitet und v.a. weil sie die Schwächung der Bewegung und des Kampfes nicht offen, sondern unter dem Deckmantel eines konsequent kämpferischen Standpunkts betreibt. So ist die KPÖ in der organisierten Bewegungen gegen die Minderheitenfeststellung heute das Rückgrad alles Falschen und Schädlichen und das Haupthindernis für die Stärkung und Entfaltung der Bewegung.

Andererseits gibt es bereits Erfolge dabei, die Klarheit in der Bewegung zu vergrössern und dabei zugleich diese Partei und ihre Bestrebungen zu entlarven, sie zu isolieren und ihren Einfluß zu brechen. Dabei haben die Marxisten-Leninisten und andere ehrliche Gegner der Minderheitenfeststellung gerade in der letzten Woche große Fortschritte erzielt.

Immer deutlicher zeigt sich in den letzten Wochen praktisch die Sabotage der KPÖ-Revisionisten in der Bewegung gegen die Minderheitenpolitik der Bourgeoisie und für die demokratischen Rechte der Minderheiten.
So bei der Demonstration am 31.5.1976 in Wien. Als im Anschluß an die Demonstration anläßlich der Scrinzi-Veranstaltung am 18.5. auf unsere Initiative hin, die Durchführung einer breiten Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung für 31.5.beschlossen wurde, geschah dies gegen den anfänglichen Widerstand der Revisionisten, die aber schließlich angesichts des Drucks der versammelten Massen nachgeben mußten. Als es um die Vorbereitung dieser Demonstration ging – taten sie alles, um erstens uns und andere Teile der Bewegung, die dann ein Drittel bis die Hälfte der Demonstration stellten, auszuschließen; zweitens die Demonstration dadurch zu schwächen, daß sie sie so vage ankündigten, daß kein Mensch mehr erkennen konnte, wer eigentlich dazu aufruft ("Christen, Sozialisten und Kommunisten") und um was, um welche Forderungen es konkret geht.
Den "Beitrag", den der unter KPÖ-Teilnehmern grassierende Sprechchor: "Tod dem Faschismus! Hoch die internationale Solidarität!" bei den verwunderten Passanten zur Aufklärung über oder auch nur zum Hinweis auf die Minderheitenpolitik der Regierung geleistet hat, muß man wohl auch als umstritten ansehen.

Bei der Gegenkundgebung gegen die Fahnenweihe in Köttmannsdorf am 13.6. (siehe Artikel auf Seite 4) haben sie sogar offen sabotiert, alles zur Verhinderung der Kundgebung getan, selber keinen Finger dagegen gerührt, und die Kundgebungsteilnehmer beschimpft.

Auch in Bezug auf die nunmehr in Klagenfurt, Salzburg und Wien bestehenden Komitees für die Rechte der Minderheiten haben die Revisionisten stets die Linie verfolgt, erstens alle ihnen nicht genehmen Kräfte ausschließen zu wollen, zweitens die Komitees möglichst klein zu halten, drittens möglichst wenig Öffentlichkeitsarbeit zu machen und viertens den Komitees eine solche Organisationsstruktur zu geben, die die initiative Mitarbeit interessierter Menschen äußerst erschwert, wenn nicht sogar verhindert, weil sie ihnen keine Betätigungsmöglichkeit eröffnet und keine Einflußnahme erlaubt.

Ein interessantes Licht auf die Haltung der Revisionisten wirft auch ihre Stellungnahme zur Beseitigung des Steinacher-Denkmals in Völkermarkt: Sie seien gegen "Provokationen" wie das Sprengen von Partisanendenkmälern durch die Faschisten oder das Sprengen des Denkmals des Reaktionärs und Nazi Steinacher. Was für eine Niedertracht, das Andenken an die Partisanen und das Denkmal Steinachers hier auf eine Stufe zu stellen! Und was für eine Verdrehung der Tatsachen: Als ob nicht vielmehr das Aufstellen dieses Denkmals eine Provokation, seine Entfernung dagegen eine völlig gerechte Maßnahme gewesen wäre.

Neben aller dieser Sabotage und Verunglimpfung der Bewegung gegen die Minderheitenpolitik der Regierung sind die Revisionisten bestrebt, mit allen Mitteln den Inhalt, die Ziele und den Weg dieser Bewegung zu verdunkeln und sie dadurch ideologisch zu schwächen. Je größer die Klarheit in der Bewegung wird, desto sichtbarer wird der Charakter der KPÖ als fünfte Kolonne der Bourgeoisie.

Sucht man eine Antwort auf dieses praktische Verhalten der KPÖ-Revisionisten, muß man sich ihre politisch-ideologische Linie in der Minderheitenfrage anschauen. Deutlicher vielleicht als in manchen anderen Fragen der Politik kommt in der Minderheitenfrage die vollkommene Aussöhnung der KPÖ mit der bestehenden Gesellschaft und v.a. mit dem bürgerlichen Staat zum Ausdruck. Von der alten grundlegenden Erkenntnis der revolutionären Arbeiterbewegung, daß die Arbeiterklasse und mit ihr das ganze Volk auf dem Weg ihrer Befreiung zuerst den bestehenden Staatsapparat zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichten muß, ist bei der KPÖ nichts mehr zu finden.

Ist dieser Verrat erst einmal vollzogen, steht dem nichts mehr im Weg, bei jeder Gelegenheit seine "verantwortungsbewußte", "staatsbejahende", "österreichische" und – auch wenn dieses spezielle Wort nicht verwendet wird – "heimattreue" Haltung herauszustreichen. Natürlich geht diese Haltung mit der theoretischen und praktischen Kapitulation vor dem Chauvinismus, besonders in Kärnten, einher.

Haltung der KPÖ zum »Abwehrkampf«

Krass kam das in einem Vorschlag des Klagenfurter KPÖ-Sekretärs für ein Flugblatt des Solidaritätskomitees für Köttmannsdorf am 13.6. zum Ausdruck, das sich mit dem fahnenweihenden "Abwehrkämpferbund" grundsätzlich auf denselben Ausgangspunkt stellte und den "Kärntner Abwehrkampf" als etwas Positives hinstellte: "Damals ging es um die Entscheidung zwischen Republik und Monarchie." Darum schien es nur zu gehen. Worum es für die Arbeiterklasse wirklich ging, war aufzudecken, daß der "Abwehrkampf" der österreichischen Bourgeoisie eine ebenso reaktionäre Angelegenheit war wie der Vormarsch der Truppen der serbischen Monarchie. Das war die Position der damals noch revolutionären KPÖ und die Position der KPÖ von heute unterscheiden sich wie Tag und Nacht.
Wie der "Abwehrkampf" der chauvinistischen Verhetzung für das "deutsche Österreich" und gegen die "Gefahr der Slawisierung" bedurfte, so geht auch heute seine Verherrlichung mit diesem deutsch-österreichischen Chauvinismus einher. Wie absurd ist es, dem Kärntner Heimatdienst und dem Abwehrkämpferbund, wenn sie die Frage der Minderheitenfeststellung als die Frage "Für oder gegen Österreich?" stellen, in dem bereitsgenannten Flugblattvorschlag entgegenzuhalten: "Bereits in den Jahren des Abwehrkampfes aber schoben sich deutschnationale Elemente in den Vordergrund. Diese Elemente führten den Abwehrkampf nicht für die österreichische Republik sondern für Großdeutschland." Diese Elemente gehörten ebenso zu den Trägern des Sozialchauvinismus wie die Sozialdemokraten, die damals – mit denselben Worten wie die KPÖ heute – die Arbeiter in den Kampf für die "Verteidigung der österreichischen Republik" trieben.

Die Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen durch die KPÖ und ihre Haltung zum "Abwehrkampf", die Tatsache, daß die KPÖ in dieser Frage seit 1918 eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen hat, ist von größter praktischer Bedeutung. Sie ist nämlich ein Ausdruck der Tatsache, daß diese Partei sich auf eben die "österreichische Republik", auf eben den Staat eingeschworen hat, der heute massiv seine reaktionäre Minderheitenpolitik vorantreibt. Sie widerspiegelt das Zurückweichen dieser Partei selbst vor dem offenen Chauvinismus deutschnationaler Prägung in Wort und – noch mehr – in Tat.

Die KPÖ spielt den Artikel 7 gegen klare und eindeutige Forderungen aus

Die bürgerliche Haltung der KPÖ kommt natürlich vor allem in der Schlüsselfrage der Bewegung gegen die Minderheitenpolitik der Bourgeoisie zum Ausdruck, in der Frage, um welche Rechte der Minderheiten der Kampf geht. Es ist auffallend, daß die Revisionisten noch bei jeder Aktionseinheitsverhandlung sich verbissen dagegen gewehrt haben, daß diese Rechte beim Namen genannt und klar und eindeutig als Kampfziele festgelegt werden.

die reaktionäre Minderheitenpolitik der Bourgeoisie

Bekanntlich treten die Marxisten-Leninisten für die folgenden Forderungen ein:

Recht der slowenischen, kroatischen und magyarischen Minderheit auf Verkehr in der Muttersprache mit allen Ämtern, Behörden und Gerichten in ganz Österreich. Recht für alle Angehörigen der Minderheiten, in ganz Österreich in allen Bereichen des Volksbildungswesens in ihrer Muttersprache ausgebildet zu werden. Zweisprachigkeit aller topographischen Aufschriften sowie aller amtlichen Kundmachungen, öffentlichen Bezeichnungen, Aufschriften auf Ämtern und öffentlichen Institutionen im gesamten gemischtsprachigen Gebiet. Verbot der Diskriminierung der Minderheiten.

Die Revisionisten setzen jedesmal Himmel und Hölle in Bewegung, damit diese Forderungen nicht in einem Flugblatt (oder einer Komiteeplattform)aufscheinen. Natürlich treten sie im allgemeinen nicht offen gegen diese Forderungen auf. Sie sagen meistens, daß diese Forderungen ohnedies im Artikel 7 des Staatsvertrages eingeschlossen seien. Aber warum sollte man sie deshalb nicht beim Namen nennen? Warum sollte man nicht klipp und klar sagen, worum es geht, statt immer nur "Verwirklichung des Artikel 7" herzubeten? Es ist nun allerdings keineswegs der Fall, daß die genannten Forderungen im Staatsvertrag vollständig eingeschlossen sind, und vor allem werden die Rechte der Minderheiten dort nur allgemein umschrieben. Auf den Artikel 7 kann man sich berufen und die Tatsache, daß es ihn gibt, kann den Kampf erleichtern. Mehr kann der Artikel 7 nicht und vor allem kann er nicht klare und eindeutige Kampfforderungen ersetzen. Schädlich wird die Berufung auf den Artikel 7 dort, wo sie dazu dient, um das Aufstellen solcher Forderungen zu umgehen und der konsequenten Festlegung und Erkämpfung der Ziele der Bewegung aus dem Weg zu gehen. Schädlich wird die Berufung auf den Artikel 7 dort, wo das Hoffen auf seine Verwirklichung zum Dreh- und Angelpunkt der Politik wird und nur mehr der Appell an den bürgerlichen Staat bleibt, seine eigenen Grundlagen zu respektieren. Dann wird der Artikel 7 gegen die Bewegung eingesetzt statt zu ihrer Unterstützung. Das erleben wir täglich von der KPÖ.

Die KPÖ zur Ortstafelfrage

Daß die KPÖ diese phrasenhafte Artikel 7 Propaganda zur Verschleierung ihrer tatsächlichen Positionen zu den notwendigen Rechten der Minderheiten nötig hat, sieht man sofort, wenn man sich diese Positionen im einzelnen anschaut. Nehmen wir die Haltung zur Frage der zweisprachigen Ortstafeln im gesamten gemischsprachigen Gebiet. Noch niemals hat die revisionistische KPÖ diese Forderung nach Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln im gesamten zweisprachigen Gebiet ausdrücklich erhoben. Niemals würde sie diese Forderung - vor allem nicht in Kärnten - erheben. Als 1972 angesichts des "Ortstafelsturms" die Aussicht einer Internationalisierung der Frage bestand, schrieb die KPÖ: "Was würden die Hetzer von heute sagen, wenn die Bestimmungen des Staatsvertrags dann buchstabengetreu erfüllt werden müßten? Die Regierung müßte dann mit allen Mitteln die Aufstellung zweisprachiger Tafeln in allen Orten mit gemischtsprachiger Bevölkerung durchsetzen. Wäre es nicht doch einfacher gewesen, die ersten paar Tafelmontierer nach dem Verwaltungsstrafgesetz zur Verantwortung zu ziehen. Dann wäre das alles nicht gekommen." (Volkswille 1.12.1972)

Das ist nicht ein Standpunkt des Kampfes um die Rechte der Minderheiten. Hier wird der "Ortstafelkonflikt" vom Standpunkt des bürgerlichen Staates betrachtet. Hier klingt einem die "väterliche Stimme" Kreiskys im Ohr, wie er versucht, die Minderheiten mit einigen Versprechungen und Zugeständnissen von ihren Forderungen abzubringen und und übers Ohr zu hauen und gleichzeitig die offenen deutschnationalen Chauvinisten zu beruhigen. Um das reaktionäre Wesen dieser Haltung der KPÖ zu erkennen, muß man sich dabei vor Augen führen, daß hier der Durchführung des Ortstafelgesetzes 1972 mit der 2o%-Klausel das Wort geredet wird, eines Gesetzes, das mit Gleichberechtigung der Minderheiten ebenso wenig zu tun hat wie die jetzt geplante 25%-Klausel und das Volksgruppengesetz. Hätte man nur die 2o%-"Demokratie" durchgesetzt, "dann wäre das alles nicht gekommen" - das war damals der Standpunkt der KPÖ.

Die KPÖ deckt die Regierung in der Frage des Volksgruppengesetzes

Denselben üblen Standpunkt, der vollkommenen Verrat an den Interessen der Minderheiten bedeutet, finden wir wieder 1976 gegenüber dem Volksgruppengesetz. Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die KPÖ jeder Kritik an diesem Gesetz aus dem Weg geht und die wichtige Forderung "Weg mit dem Volksgruppengesetz" stets verschweigt oder "vergißt". Das Volksgruppengesetz ist finsterste Reaktion, weitere Verschärfung der Entrechtung der Minderheiten, gleichzeitige Verstärkung ihrer Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat unter dem Deckmantel der "Förderung", Druck- und Täuschungsmittel der Regierung gegenüber der demokratisch gesinnten Öffentlichkeit. Die slowenischen Zentralverbände lehnen es ab. Spätestens seit der Verlautbarung des "Operationskalenders", nachdem das Volkszählungsgesetz und Volksgruppengesetz ungeachtet aller Verhandlungen mit den Minderheiten - am 6.Juli beschlossen werden sollen, liegt auf der Hand, daß diese "Verhandlungen" nur ein Betrugsmanöver waren, um die Minderheiten zu täuschen, "kompromißbereit"zu machen und vom Kampf abzuhalten und um die übrige Bevölkerung gegen die "mit nichts zufriedenen" Minderheiten aufzuhetzen. Spätestens jetzt mußte jedem ehrlichen Menschen klar sein, daß diese Verhandlungen nichts, aber auch schon gar nichts Positives waren.

Vor allem mußte man sich aber klar machen, daß Verhandlungen nur zum Gegenstand haben können, daß und wie im einzelnen die notwendigen Rechte für die Minderheiten und die Forderungen der Minderheitenorganisationen durchgesetzt werden - was nur möglich ist auf der Grundlage entschlossenen Klassenkampfes. Nicht kann darüber verhandelt werden, ob die elementarsten Rechte der Minderheiten erfüllt werden sollen oder nicht bzw. in wieweit verstümmelter Form. Macht man sich das alles klar, dann erkennt man, in wessen Interesse die KPÖ im folgenden Beschluß der Kärntner Landesleitung spricht:

„Wenn nun sowohl die Vertreter der Parteien im zuständigen Verfassungsausschuß des Parlaments als auch die Vertreter der Kärntner Slowenen mit den letzten Gesprächen in Wien über das Volksgruppengesetz einen gewissen Optimismus zum Ausdruck bringen, so bestätigt dies die Richtigkeit der wiederholt geäußerten Meinung der KPÖ, daß der Weg zur Klärung ungelöster Fragen nicht in einem Konsens ihrer Gegner und in einer Minderheitenfeststellung gegen den Willen der Minderheiten bestehen kann, sondern nur in echten Verhandlungen zwischen Regierung und Gesetzgebung auf der einen und den Vertretern der Minderheit in Kärnten auf der anderen Seite mit dem Ziel, endlich den Artikel 7 des Staatsvertrages dem Sinn und Wortlaut entsprechend zu erfüllen "

„Man muß erwarten, daß den Verhandlungen im Verfassungsunterausschuß bald solche auf höherer Ebene folgen und daß die Regierung auf die Durchführung einer Minderheitenfeststellung, gleich in welcher Form, verzichtet", (Volksstimme, 15.5.76). Verhandlungen über das Volksgruppengesetz als der richtige Weg zur Durchsetzung der Forderungen der Minderheiten! Die Kreisky-Formel "Keine Minderheitenfeststellung gegen den Willen der Minderheiten!", die nicht mehr und nicht weniger als die politische Absicht umschreibt, die Minderheiten hineinzulegen und zur Zustimmung zu einer Minderheitenfeststellung zu bringen, was gerade mit dem Volksgruppengesetz versucht wurde! "Optimismus" über die Manöver der Regierung! "Klärung ungelöster Fragen", wo vom Widerspruch zwischen den demokratischen Interessen des Volkes und dem reaktionären Charakter des bürgerlichen Staates die Rede ist! Welches Versatzstück der vielfältigsten reaktionären Versuche, den Klassenkampf in der Minderheitenfrage zu "entschärfen" und in "geordnete Bahnen", d.h. vom bürgerlichen Staat kontrollierte Bahnen zu lenken, findet man hier eigentlich nicht? Dazu kommt noch der von der Regierung lancierte "Gedanke", die Minderheiten könnten ja von vornherein so weitgehend auf ihre Rechte verzichten, daß man keine Minderheitenfeststellung mehr braucht: Es sei die Mitteilung "interessant", "man sei insbesondere in der Ortstafelfrage bemüht, 'pragmatische Lösungen'zu finden, die eine Volksgruppenzählung 'unter Umständen überflüssigmachen' könnten." (Volksstimme 11.5.)

Der Hauptstoß in der Minderheitenfrage muß gegen die Regierung gerichtet werden!

Ausgehend von ihrer Haltung zu den notwendigen Rechten der Minderheiten und zum Kampf um diese Rechte, einer Haltung des Verzichtes auf diese Rechte und auf den Kampf darum, hat die KPÖ als politische Hauptstoßrichtung ihres Auftretens in der Minderheitenfrage festgelegt, die angebliche "Kapitulation" der Regierung und der anderen Parlamentsparteien vor den offenen Kärntner Chauvinisten anzuprangern. Als ob es nicht umgekehrt so wäre, daß diese Typen, die in den letzten Jahren stark an Einfluß verloren haben, von der Regierung aufgewertet werden, um sie als Druckmittel und als Ausrede für die eigene reaktionäre Politik verwenden zu können! Als ob nicht gerade die Regierung und mit ihr die anderen Parlamentspar-

Fortsetzung auf Seite 20

Nach Enquette von ÖGB-Führung und Kapitalisten:

Weitere Verschlechterung der Berufsausbildung geplant

Wir haben schon öfters über die "Aktion 75" der Gewerkschaftsjugend berichtet. Es geht hierbei um die Verbesserung der beruflichen Bildung. Die "Aktion 75" gipfelte in einer Gesetzesvorlage zur "Neuordnung der beruflichen Bildung", die noch heuer dem Parlament vorgelegt werden soll. Es muss zuerst festgestellt werden, dass in der Gesetzesvorlage eine Reihe von Abstrichen zum ursprünglichen Forderungsprogramm der "Aktion 75" gemacht wurden.

So z.B. der berufskundliche Unterricht ab der 6. Schulstufe, von dem bloss eine "Berufsberatung" geblieben ist. Ebenso war früher noch die Rede von einer "umfassenden praktischen und theoretischen Information" über alle Lehrberufe ("ÖGB-Rednerdienst" 3/76). Auch von diesen Vorschlägen ist im Gesetzesentwurf nichts mehr zu finden.

Die zentrale Frage ist aber nach wie vor, ob die Erhaltung einer Ausbildung von der Gnade der Kapitalisten abhängen soll oder nicht. Denn heute kommt man nur durch einen Lehrvertrag zu einer Ausbildung, abgesehen von den weiterführenden Schulen. Dagegen wendet sich weder die "Aktion 75" noch die Gesetzesvorlage. Deshalb stimmen die ÖGB-Führer auch den geplanten Verschlechterungen von der Enquete "Jugend am Arbeitsmarkt" zu, haben diesen nichts entgegenzusetzen.

Durch den Lehrstellenmangel, an dem auch die Sozialdemokraten nicht vorbeigehen können, ist die berufliche Ausbildung mehr denn je gefährdet, denn ohne Lehrstelle keine Ausbildung. Schon 1973 waren 22,4 Prozent aller Jugendlichen Hilfsarbeiter, die nach der Pflichtschule keine Ausbildung mehr erhielten. Zum Lehrstellenmangel wurde auf der Enquete "Jugend am Arbeitsmarkt", an der die Arbeiterkammer, ÖGJ, ÖGB, Bundeministerium für Handel sowie Soziale Verwaltung und einige Unternehmerkammern teilnahmen, festgestellt: "Erste Rückwirkungen der Rezession waren 1975 festzustellen. Es kam zu einer Verschlechterung der Stellung der Jugendlichen auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt. Für 1976 ist mit einer Fortsetzung dieser Tendenz zu rechnen".

Bei dieser Enquete haben die "Sozialpartner" auch gezeigt, was sie in Zukunft, ihren schönen Versprechungen zum Trotz, zu tun gedenken: Nichts weiter als Verschlechterung der Ausbildung der Arbeiterjugend. Dazu haben sie folgendes vorgeschlagen (alle Zitate aus dem "Privatangestellten" 4/76):

- Bessere Berufsberatung, um "Reibungsverluste und Ineffizienz infolge einer verfehlten Schul- und Lehrstellenwahl möglichst zu verhindern". Also die Jugendlichen so zu "beraten", wie es der Arbeitsmarkt, die Kapitalisten brauchen.
- Zusätzliche Geldmittel für die Kapitalisten, damit sie Lehrlinge aufnehmen.
- Überprüfung der Verhältniszahlen für einzelne Lehrberufe mit dem Ziel, dass unter Wahrung einer sachgemässen Ausbildung eine grössere Anzahl von Lehrlingen ausgebildet wird". Ein Meister wird in Zukunft nicht mehr einen, sondern mehrere Lehrlinge ausbilden dürfen. Wenn die Ausbildung schon jetzt schlecht ist, wie die ÖGJ dies auch richtig feststellt, dann kann doch die ÖGJ-Führung wahrlich nicht meinen, sie könne glaubhaft machen, eine Verschlechterung der Verhältniszahlen "könne unter Wahrung einer sachgemässen Ausbildung" durchgeführt werden.
- Verringerung der Schüler- und Lehrlingszahlen, was nichts anderes bedeutet, als mehr Hilfsarbeiter und Anlernkräfte für die Industrie. Formuliert wird das so: "Hierbei ist auch das bildungspolitische Ziel der zahlenmässigen Herabsetzung des Personenkreises, der nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht eine weitere Ausbildung anstrebt, im Auge zu behalten".

All diese Pläne laufen direkt auf eine Verschlechterung der Ausbildung hinaus, nicht nur inhaltlich, sondern auch für die gesamte Arbeiterjugend, da weniger eine Ausbildung erhalten sollen.

KLARE FORDERUNGEN SIND NOTWENDIG

Um diesen Plänen der Kapitalisten und Regierung entgegentreten zu können, sind klare Forderungen, hinter denen die Arbieterjugend sich zusammenschliessen kann, notwendig. Wenn man sich nicht löst von der Zusammenarbeit mit den Unternehmern, mit der Rücksichtnahme auf diese, wie es die ÖGJ-Führung tut, wird es nicht möglich sein, diesen Verschlechterungen entgegenzutreten.

Der 16. Jugendgewerkschaftstag der Gewerkschaft der Privatangestellten forderte die Bundesregierung und alle zuständigen Stellen auf, "die Lehrlingsausbildung nicht mehr dem Zufall der Konjunktur sowie dem Gutdünken der Wirtschaft zu überlassen". Die Enquete tut unter Mitarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre gerade das Gegenteil, sie ordnet die Ausbildung den Kapitalisteninteressen voll und ganz unter.

Um einen grösseren Teil der Arbeiterjugend vor einem Hilfsarbeiterdasein zu bewahren, ist es notwendig, das

- Recht für jugendliche Arbeitslose und für jugendliche Arbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule, sowie das
- Recht auf Unterricht in solchem Umfang, dass sie die Lehrabschlussprüfung ablegen können, durchzusetzen.

Damit diese Rechte nicht umgangen werden können, müssen sie obligatorisch sein und die Kapitalisten müssen die Tage, welche der jugendliche Arbeiter in der Berufsschule verbringt, voll bezahlen.

Die Kapitalisten dürfen nicht weiter über die Ausbildung der Arbeiterjugend verfügen, davon lassen sich diese Forderungen leiten und ebenso:

- Der Ausbau der Berufsschulen, sowie die Schaffung und der Ausbau von Lehrwerkstätten an den Berufsschulen.
- Zweiter Berufsschultag.
- Inspektionsrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte an der Berufsschule ist notwendig, damit sich die Arbeiterklasse verstärkt in die Ausbildungsfrage einmischen kann. Dies sind Reformen, die es ermöglichem weiter zu schreiten zu einem einheitlichen Ausbildungswesen, das allen Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr eine einheitliche, obligatorische und polytechnische Ausbildung vermittelt, und welcher unter Kontrolle des Volkes steht.

R.K.

Zwei Seelen in der Brust der Gewerkschaftsfunktionäre

In einer scharfen Protestresolution, die an die ÖGJ/Gewerkschaft der Privatangestellten gesendet wurde, verurteilte der Angestelltenbetriebsrat der Firma Express die geplante Wehrgesetznovelle. Im Antwortbrief teilt Franz Baumgartner, Jugendsekretär, den Expressbeschäftigten mit, daß auch die ÖGJ gegen die Wehrgesetznovelle ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht hätte.

Dem Antwortbrief war die Resolution des 16.Jugendgewerkschaftstages gegen die Wehrgesetznovelle beigelegt. Der Brief ist mit 9.6.76 datiert. Das ist deswegen interessant, weil bereits Mitte Mai, in der PAJ-Gruppe Wien 8, Junggewerkschafter entsprechend der Resolution der Jugendkonferenz Maßnahmen gegen die Wehrgesetznovelle verlangten. Damals allerdings sind Gewerkschaftsfunktionäre in der Richtung aufgetreten, die Resolution "gelte nicht mehr", da die Wehrgesetznovelle bereits "entschärft sei" und weil überhaupt jeder, der "für den Staat sei, auch für die Wehrgesetznovelle sein müsse".

Welch großer Widerspruch im Auftreten der Gewerkschaftsführung! Innerhalb des ÖGB werden Aktionen gegen die Wehrgesetznovelle unterdrückt, werden sogar Beschlüsse von Gewerkschaftskonferenzen verteufelt, nach außen hin tut man, als sei man eh gegen die Wehrgesetznovelle und versucht es mit eben diesen Beschlüssen zu beweisen. All das aus Angst davor, daß die Arbeiter, die in dieser Frage direkt reaktionäre Politik durchschauen.

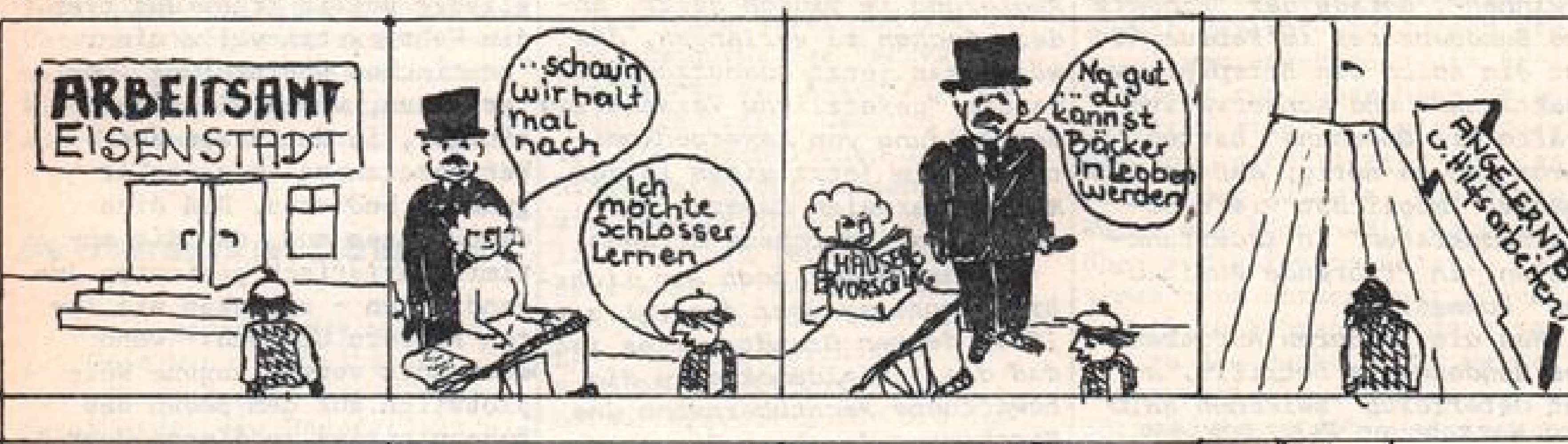
G.F.

Jugenduntersuchungen: 75 % nicht gesund

Weitere Zahlen über den elenden Gesundheitszustand der österreichischen Arbeiterjugend bringt die Veröffentlichung der Ergebnisse von Reihenuntersuchungen durch die Gebietskrankenkasse Niederösterreich.
Bei 75% der Jugendlichen wurden krankhafte Veränderungen festgestellt.
17,3% wurden nach den ohnehin strengen Gesichtspunkten als "erholungsbedürftig" eingestuft.
Von diesen 5562 Erholungsbedürftigen haben 1975 ganze 1424 (!), das sind 25,5% tatsächlich einen Erholungsurlaub konsumieren können.

Häuser-Vorschlag:
Kopfgeld für Lehrlinge

In den westlichen kapitalistischen Ländern haben die Arbeitslosenzahlen die 18-Millionengrenze schon überstiegen. Mehr als die Hälfte davon sind Jugendliche unter 25 Jahren. Nach offiziellen Angaben ist auch in Österreich jeder zehnte Arbeitslose jünger als 2o Jahre. Ende 1975 waren das schon ca. 4.8oo Jugendliche. Auch das WIFI kommt nicht umhin zu prognostizieren, dass in die-





sem Jahr die Jugendarbeitslosigkeit weiter ansteigen wird und speziell die Mädchen grosse Schwierigkeiten haben werden, überhaupt eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz zu finden, wobei die Schulnoten für die Auslese sorgen werden. (Alle Zahlen aus "Presse", 22./23.5.76)

Warum nützen auch die "besten" Vorschläge nichts gegen die Jugendarbeitslosigkeit?

Die Schwierigkeiten, den Profit durch die Ausbeutung der Arbeiter gegenüber den anderen Konkurrenten zu sichern, haben für die Kapitalisten durch die Krise zugenommen. Haben sie vor der Krise noch versucht, die Schwierigkeiten zu umgehen, indem sie neue Werkshallen, Maschinen und vor allem immer mehr Arbeiter, Frauen und Gastarbeiter für die Steigerung der Ausbeutung und ihres Profits einsetzten, so sind sie jetzt gezwungen, das Gegenteil zu machen:

- Die Kapitalisten versuchen die Löhne zu senken und mit weniger Arbeitern die Produktion aufrechtzuerhalten und sogar zu steigern. Durch ihre Rationalisierungen werden tausende Arbeiter und Jugendliche auf die Strasse getreten, während die Verbleibenden in der Fabrik noch mehr angetrieben werden und durch den gewaltigen Reallohnabbau und die Angst, als nächster den Arbeitsplatz zu verlieren, gezwungen sind, sich für vermehrte Überstunden und Akkord- und Schichtarbeit zu melden.
- Dort, wo gewohnheitsmässig die Kapitalisten ausscheidende Arbeiter - durch Pensionierung oder andere Umstände - durch neue und zum Grossteil Jugendliche ersetzen, unterlassen sie es jetzt. Das Gewerbe hält jetzt seine Lehrstellen knapp, in den Industrie-Lehrwerkstätten gibt aus Aufnahmebeschränkungen (VÖEST, Chemie Linz,...... siehe "Klassenkampf" 6/76). Wird ein Jugendlicher schon nicht arbeitslos, so kann er sich doch immer weniger aussuchen, was und wo er lernt.

Wir haben bereits im letzten "Klassenkampf" berichtet, wie die Kapitalisten durch Aushöhlung des Jugendschutzes die Jugendarbeitslosigkeit "bekämpfen" wollen und wie unzumutbar und zugleich unbrauchbar ihre Vorschläge für die Jugendlichen sind.

Nun ist wieder ein neuer "Vorschlag" an die Öffentlichkeit gedrungen. Sein Urheber ist für diesmal Sozialminister Häuser. In seiner Novelle zum Arbeitsmarktgesetz sind 25 Millionen S "für das Bekannt- und Zugänglichmachen von Ausbildungsplätzen in industriellen Zentralräumen, die für Lehrlinge aufnahmefähig sind", vorgesehen. Der Minister will es offensichtlich der BRD nachmachen und aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung Kopfgeld an jene Kapitalisten bezahlen, die Lehrlinge aufnehmen. Dass dieser "Vorschlag" natürlich eine Haken hat, liegt auf der Hand. Wieviele Lehrlinge können es wirklich auf sich nehmen, mit ihrem Ranzen in einen "industriellen Zentralraum" zu ziehen und dort fern von Unterkunft und Verpflegung bei ihren Eltern mit ihrer "Entschädigung" ihr Leben zu fristen? So zeigt dieser Vorschlag eher die unhaltbaren Zustände in der Ausbildung, wenn nicht überhaupt die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Ordnung, als die Möglichkeit, im Herbst verstärkt drohenden Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen.

J.S.

Unverschämte Kapitalistenpraktiken aufgedeckt

Aber die ÖGB-Führung nimmt Lehrherren gegen »Pauschalverdächtigungen« in Schutz

Empörende Praktiken der Kapitalisten bei der Lehrlingsausbildung wurden in "Glück Auf" 5/76, der Zeitung der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter bekannt.

Legt das Gesetz die Überprüfung der Einhaltung des Berufsausbildungsgesetzes, das die Lehrlingsausbildung regelt, ohnehin in die Hände der Kapitalisten, indem es die Lehrlingsstellen der Innungen damit betraut, so hat sich nun herausgestellt, daß dies den Kapitalisten nicht genügt.

In hohen Positionen der Lehrlingsstellen haben sich Lehrherrn festgesetzt, die so vor einer Überprüfung der Lehrlingsausbildung in ihrem Betrieb natürlich keine Angst haben müssen.

Der stellvertretende Wiener Innungsmeister, der Optiker Erich Fellner, Mitglied des Vorstandes der Lehrlingsstelle bei seiner Innung, setzte die Arbeitszeit für Lehrlinge in seiner Firma auf 44 Wochenstunden fest, legte die Zeit, in die der Urlaub der Lehrlinge zu fallen hatte, einseitig fest, erklärte den Gewerkschaftserholungsurlaub für unerwünscht und teilte den Eltern mit, eine Nichtanerkennung dieser Bedingungen sei gleichbedeutend mit dem Einverständnis, den Lehrvertrag "einvernehmlich" zu lösen.

Der Lehrherr Franz Dolezal, Wiener Innungsmeister der Elektrotechniker und Vorsitzender der Lehrlingsstelle seiner Innung zögerte bei einem seiner Lehrlinge die Ausstellung des Lehrvertrages über die gesetzliche Höchstfrist von vier Wochen hinaus. Einen anderen Lehrling, der, wie sich die Gewerkschaft überzeugt hatte, einen Notendurchschnitt von 1,7 hatte, schickte er einfach mit der Mitteilung, er sei "unbrauchbar", nach Hause.

Außerdem verweigerte er die Auszahlung der restlichen Lehrlingsentschädigung. Der Gewerkschaft erklärte er tefonisch, bei ihm im Betrieb gelte sein Gesetz und nicht das der anderen.

In dem Kommentar des "Glück Auf"-Journalisten werden seltsamerweise nach dem Bericht über diese Geschehnisse alle Kapitalisten gegen "Pauschalverdächtigungen" in Schutz genommen. Dafür wird erklärt, soche "Einzelfälle" ließen sich vermeiden, wenn in der überwachenden Behörde neben den Kapitalisten auch Gewerkschaftsvertreter säßen.

Diese beiden Fälle als "Einzelfälle" hinzustellen, heißt geradezu zu behaupten, die Kapitalisten beuteten deswegen die Lehrlinge aus, weil sie fallweise gleichzeitig Mitglieder der Innungs-Lehrlingsstellen sind. Wäre dem wirklich so, müßten die Lehrlingsstellen exakt geradesoviel Mitglieder haben, wie es in ganz Österreich Lehrherren gibt.

Daß es soche Zustände in der Lehrlingsausbildung gibt, liegt natürlich daran, daß in Österreich niemand anderer die Verfügung über die Lehrlingausbildung hat als die Kapitalisten selbst. Deren oberstes Prinzip, aus ihren Arbeitskräften möglichst viel Profit herauszuquetschen, macht selbstverständlich vor den Lehrlingen nicht halt.

Gerade auf der Grundlage der generellen Ausbeutung der Lehrlinge kommt es natürlich auch immer wieder zu Versuchen der "Ausbeutung über das gesetzlich Erlaubt" hinaus.

Für die Gewerkschaftsführung ist dies alles, wie in "Glück Auf" steht, "kein Grund, den Klassenkampf betreiben zu wollen".

Zum Glück denken aber die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, die gerade aufgrund der Misere des Berufsausbildungswesens immermehr in Bewegung geraten, über diese Sache anders!

G.F.

„... mit dem Bundesheer muß man sich

Was die sozialdemokratischen Jugendfunktionäre zur Wehrgestznovelle

Den meisten Menschen ist es noch gut in Erinnerung, welch große Lawine spontaner Empörung und Proteste die Veröffentlichung der geplanten SP-Wehrgesetznovelle Ende April-Anfang Juni ins Rollen gebracht hat.

Viele wissen aber auch noch, wie die Führer der SP-Jugendorganisationen auf Kreiskys wutschnaubende Angriffe reagierten, den die Proteste v.a. der SP-Jugend völlig aus der Fassung gebracht hatten.

Nach einigen Drohungen der SP-Führung, die eben erst begonnene Parteikarriere von Konecny & Co abrupt zu unterbrechen, zogen es diese wahrhaft vortrefflichen Vertreter der Jugendlichen vor, wie die "Presse" frohlockend berichtete, "zu Kreuze, ja zur Wehrgesetznovelle zu kriechen".

Die Tatsache, daß aus der gewaltigen, spontanen Empörung unter den Jugendlichen keine einheitliche, breite Bewegung gewachsen ist, die imstande ist geschlossen den reaktionären Bestrebungen der Regierung gegenüberzutreten, ist also zu nicht geringem Maß das Werk der bürgerlichen SP-Jugendführer, die es wieder einmal verstanden haben, das Vertrauen, daß viele ehrliche Jugendliche noch in sie setzen, in den Dienst der Absicherung der "SP-Politik der reaktionären Reformen" zu stellen.

Aus diesen Gründen, nicht zuletzt aber auch weil die bürgerlichenPolitiker schließlich sehen mußten, daß die Wehrgesetznovelle doch eine zu heiße Sache ist, ist es darum in letzter Zeit in den großen Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen recht still um dieses Gesetz geworden.

Wiederauferstehung der SJ/JG Führung

Die SJ/JG-Führung hat nun jedoch, offenbar der Ansicht, daß ein ruhiger Monat den schändlichen Verrat an den eigenen Mitgliedern vergessen gemacht hat, begonnen, die Diskussion um die Wehrgesetznovelle wieder aufzurollen, indem sie auf zum Teil öffentlichen Veranstaltungen dazu Stellung nimmt. Über eine dieser Veranstaltungen, die in Wien-Meidling im Zentralberufsschulgebäude Längenfeldgasse stattfand, erhielten wir folgenden Bericht:

"Die Veranstaltung scheint zentralen Charakter zu haben, denn der SP-Funktionär, der das Referat hält ist sehr enttäuscht und bezeichnet es als "Schande" für die SJ, daß nur etwa 150 Leute gekommen sind. Von Anfang an wird klargestellt, daß es sich in dieser Veranstaltung nicht darum dreht, die Wehrgesetznovelle oder gar das Verhalten der SJ/JG-Führung zu diskutieren, denn zum Referat gibt es keine Diskussion. Die soll dann in den einzelnen Gruppen entsprechend der Ausrichtung des Referats durchgeführt werden.

Die »neuen« Argumente

Der Funktionär spricht davon, daß das Bundesheer "innere und äußere Aufgaben" hat. Gerade in Bezug auf die "inneren Aufgaben" besteht die Gefahr, daß "reaktionäre, konservative Kräfte die Oberhand gewinnen". Gerade der "Einsatz des Bundesheeres im Februar 1934 ist ein solch ein Beispiel, wo reaktionäre und konservative Kräfte die Oberhand" hatten. Darum ist es nötig, daß im Bundesheer "möglichst viele Sozialdemokraten" in Kaderfunktionen, in "führende Positionen" kommen.

Was die "äußeren Aufgaben" des Bundesheers betrifft, so hat Österreich "zwischen NATO und Warschauer Pakt sowieso keine Chance." Die SJ selbst ist überhaupt "gegen jeden Krieg".

Daß es das Bundesheer aber gibt ist eine Tatsache und mit ihm "muß man sich deshalb ab-

Wehrgesetznovelle schon gelaufen?

Nach dem Referat tritt der Soldatenvertreter Grusch, offensichtlich JG-Mitglied, auf und sagt, die Wehrgesetznovelle ist sowieso schon eine gelaufene Sache, die könne man gar nicht mehr abwenden. Was man aber könne, ist sozusagen, als Preis für die Hinnahme der Wehrgesetznovelle, von der SP-Regierung im Tausch dafür, andere Sachen zu verlangen, das müsse man jetzt ausnützen. Etwa die "gesetzliche Verankerung der Bildung von Kasernenkomitees", wie jetzt eines in der Maria-Theresien Kaserne existiert, sei durchaus drinnen.

Danach kommt noch ein Lichtbildervortrag über den Februar 1934, dessen Grundtenor es ist, daß die Sozialdemokratie die bewaffnete Machtübernahme des Faschismus "auch nicht hätte verhindern können", was schon allein durch die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Führer damals die Arbeiter jahrelang vom Kampf zurückgehalten haben und schließlich,

der aus zur Wehrgesetznovelle Stellung genommen wird. War es Anfang Mai noch so, daß die SP-Jugendlichen bei ihren Protesten von einer völlig berechtigten Ablehnung des reaktionären Bundesheeres ausgingen, so kommt es von ihren Funktionäre jetzt umgekehrt zurück. Auf der Parteivorstandssitzung völlig aufs Bundesheer eingeschworen, dürfen diese nun darum vor ihren Mitglieder völlig frank und frei die Wehrgesetznovelle einer "kritischen Überprüfung" unterziehen, wobei sie sich einiger, in der Frage der Wehrgesetznovelle "neuer" Argumente bedienen. Daß dies dazu führen muß, daß die antimilitaristisch gesinnten Jugendliche - schenken sie ihren Führern Glauben - wenn auch über verschlungene Wege plötzlich auf dem Boden des Bekenntnisses zu diesem Heer und zum bürgerlichen Staat landen, stellt sich heraus, wenn wir diese "neuen" Argumente uns einmal ansehen.



Früher wurden die "Juso"-Führer gerne als Vorkämpfer gegen die Wehrgesetznovelle präsentiert, heute beweisen die Tatsachen das genaue Gegenteil.

finden". Darum muß man "hinein ins Bundesheer", man muß sozusagen "das Beste daraus machen", das Bundesheer "demokratisieren".

Die Wehrgesetznovelle selbst wäre also "nichts Schlechtes", "schlecht ist nur die Zwangsverpflichtung". Darum wäre es viel besser "das Bundesheer attraktiver zu machen", dann wird es an den nötigen Kadern schon nicht fehlen. Das Bundesheer braucht darum in erster Linie einmal "menschenwürdige Unterkünfte" und die "Schleiferei muß sich aufhören".

Daß es überhaupt zu solchen Wickeln kommt, liegt nicht zuletzt daran, daß es keinen "sozialistischen Verteidigungsminister" gibt. Darum muß v.a. "Lütgendorf weg und ein sozialistischer Verteidigungsminister her."

als es soweit war einen Großteil der Arbeiterwaffen an die Polizei auslieferten, glatte Geschichtsfälschung und Betrug ist."

Soweit die Veranstaltung in Meidling.

Warum Konecny & Co wieder reden dürfen

Das Erste, was uns ins Auge springt, ist der Fakt, daß vor kurzer Zeit Kreisky noch fürchterlich in Rage geriet, wenn SP-Jugendliche kritisch zur Wehrgesetznovelle Stellung nahmen, jetzt aber die "kritischen" Veranstaltungen in vollster Ruhe und offensichtlich mit vollständiger Billigung des SP-Parteivorstandes ablaufen. Der Grund dafür ist die grundlegende Position, von

Klassencharakter des Bundesheeres wird verschleiert

Die erste Fußangel, über die die SJ/JGler schon von vornherein wieder in Kreiskys Schoß fallen sollen, ist das Argument, das Bundesheer sei nun einmal da, und man müsse sich eben damit abfinden.

Es verschleiert nämlich, daß das Bundesheer keineswegs "nun einmal da" ist, so daß man dazu keine Position zu beziehen braucht, sondern daß es gerade deswegen da ist, weil sich in unserer Gesellschaft zwei Klassen - die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse - feindlich gegenüberstehen und die Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse nur solange ausbeuten und unterdrücken kann, als sie in ih-

abfinden!"

zu sagen haben !

rer Hand Gewaltinstrumente hält, mit denen sie den Kampf der Arbeiterklasse gegen dieses ungerechte System niederschlagen kann, Gewaltinstrumente, wie gerade das Bundesheer eines darstellt.

Die Arbeiterklasse kann sich natürlich keineswegs mit der Existenz einer solchen bürgerlichen Armee "abfinden", sondern sie muß ganz im Gegenteil in ihrem Kampf für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung sich selbst bewaffnen und der Kapitalistenklasse ihre Machtinstrumente aus der Hand schlagen.

Die Erfahrungen des Februar 1934

Genau gegen diese wichtigen Gedanken richtet sich auch das Argument der SP-Jugendführer, die Hauptgefahr sei die Beherrschung des Bundesheeres durch reaktionäre und konservative Kräfte.

Entscheidend ist es doch zu sehen, daß das gesamte Bundesheer eine reaktionäre Einrichtung ist. Ganz egal, ob mit ÖVP- oder SPÖ-Offizieren, kommandiert wird das Bundesheer so wie der gesamte Staatsapparat, dessen Teil es ist, nicht vom Volk, sondern von der Kapitalistenklasse.

Gerade darum haben im Februar 1934 die österreichischen Arbeiter nicht vom Staat Gesetze verlangt, die "reaktionären konservativen Kräfte" durch weniger reaktionäre und konservative zu ersetzen, sondern das einzig Richtige getan: sie haben sich bewaffnet organisiert, um in der Lage zu sein, den bürgerlichen Staatsapparat, diesen Garant ihres materiellen und geistigen Elends gewaltsam zerschlagen zu können. Damals haben die SP-Führer die Arbeiter verraten und den Faschisten ans Messer geliefert. Heute sind sie bestrebt, alle wichtigen Erfahrungen, die wir aus den Kämpfen ziehen können, sorgsam zu vertuschen.

Daher das Gerede von "Hinein ins Bundesheer und das Beste draus machen" und die unverschämten Lügen beim Lichtbildervortrag über das Jahr 34.

Vertuschung der Kriegsgefahr

Ein wichtiger Aspekt der SJ/GJ-Führung, für die Wehrgesetznovelle Zustimmung zu erlangen, ist es, sie aus der aktuellen internationalen Situation herauszureißen, in der sie entstanden ist.

Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr fürchten die österreichischen Imperialisten auf der einen Seite immer mehr, daß ihnen ihre Herrschaft über das österreichische Volk von den russischen Sozialimperialisten gewaltsam streitig gemacht werden kann, während sie auf der anderen Seite darauf hoffen, sich nach einem siegreichen Gegenschlag der NATO gegen den Warschauer Pakt bei der Verteilung der Beute ein ordentliches Stück zu sichern. Was liegt für sie also näher, als sich auf den Krieg vorzubereiten, die Schlagkraft ihrer Armee zu überprüfen und zu steigern.

Die SJ/JG-Führer verlieren kein Wort über die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie. Sie sagen, sie seien sowieso gegen jeden Krieg und vor allem komme für das "schwache" Bundesheer ein Krieg ohnehin nicht in Frage. Dadurch sollen die Jugendlichen darüber hinweggetäuscht werden, daß die österreichischen Imperialisten schon jetzt konkret nachrechnen, wie man im Rahmen der NATO-Strategie die österreichische Jugend am effektivsten und nutzbringendsten für die imperialistischen Interessen verbluten lassen kann und entsprechend diesen Überlegungen das Wehrgesetz novelliert.

Wer A sagt muß auch B sagen

So gesehen, ist es natürlich nicht verwunderlich, wenn am Schluß herauskommt, die Wehrgesetznovelle sei gar nichts Böses.

Wer A sagt, muß auch B sagen und wer sich auf den Standpunkt der Kapitalisten und ihrer Militaristen begibt, und das Bundesheer als etwas Gutes bzw. nichts Schlechtes sieht, muß ihre Maßnahmen auch gutheißen, selbst wenn sie wie gerade die Wehrgesetznovelle sich zu den Interessen der Jugend ganz offen in besonders krassem Widerspruch befinden.

Was also tun, um sich nicht letztendlich völlig vor den antimilitaristisch gesinnten Jugendlichen bloßzustellen?

Die bürgerlichen Führer sagen ganz einfach: Natürlich ist die Zwangsverpflichtung nichts Gutes, sie ist zwar jetzt notwendig, aber wenn das Heer attraktiver wäre, würden mehr Leute beim Bundesheer bleiben und man müßte die Zwangsverpflichtung nicht so oft anwenden.

Um diesen Gedankengang unterzubringen, sind die bürgerlichen SP-Jugendführer zu den ärgsten Lumpereien bereit. Sie schlagen den gerade jetzt immer stärker um ihre Rechte kämpfenden Soldaten vor, die Wehrgesetznovelle hinzunehmen und versprechen ihnen als Belohnung, daß man einige ihrer Forderungen dann im Gesetz, womöglich gleich in der verhaßten Wehrgesetznovelle, unterbringen könnte.

So soll der gerechte, selbständige Kampf der Soldaten, der sich ausgehend von den elenden Verhältnissen im Bundesheer gerade gegen das Bundesheer richtet, genau in sein Gegenteil pervertiert werden, in einen Kampf für ein besseres, schöneres Heer.

Kreiskys »weiche Tour«

Kurz zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild:

Auf die "harte Tour" ist es der SP-Regierung nicht gelungen, den Jugendlichen die Wehrgesetznovelle unterzujubeln. Darum kommen jetzt Konecny & Co mit der "weichen Tour".

Sie treten vor die in der Grundhaltung antimilitaristisch gesinnte SP-Jugend hin, legen von vornherein ein Bekenntnis zum Bundesheer ab und behalten sich gleichzeitig vor, nicht direkt für das Bundesheer zu sein. Von dieser Warte aus können sie natürlich über verschiedene Details der Armee nach Herzenslust nörgeln, letztlich kommen sie doch immer zu dem Punkt, wo es heißt: "Zwar schlecht, aber es ist nötig". Genau dahin sollen ja auch die SP-Jugendlichen gebracht werden. Denn die Illusion, daß man die Jugendlichen soweit bringen kann, daß sie die Zustände im Bundesheer hinnehmen, haben die SP-Führer schon lange nicht mehr. Doch damit gerade dieser anwachsende Unmut über die Zustände im Bundesheer nicht den Zündstoff für Kämpfe gegen das Bundesheer liefert, ist es für die SP-Regierung heute die Hauptfrage, diesen Unmut wenigstens auf einer das Bundesheer grundsätzlich nicht ablehnenden Grundlage zu halten.

Bedingungen im Kampf gegen die Wehrgesetznovelle

Insgesamt prägen jetzt also zwei Faktoren die Bedingungen für den Kampf gegen die Wehrgesetznovelle:

Auf der einen Seite müssen wir sehen, daß die Regierung mit der Wehrgesetznovelle nicht so ruckzuck durchgekommen ist, wie sie sich das ursprünglich erhofft hatte. Sie schickt erst ihre Agenten mit dem Auftrag aus, das bürgerliche Gift in die Hirne der Jugendlichen zu versprühen, bevor sie sich an die Beschlußfassung wagt, die sie jedoch wiederum nicht lange hinauszögern kann, da sie die Durchführung der Wehrgesetznovelle schon sehr dringend braucht.

Auf der anderen Seite müssen wir sehen, daß es gerade jetzt eminent wichtig ist, Klarheit über den Charakter des bürgerlichen Staates, seiner Armee und all der mit ihr im Zusammenhang stehenden Maßnehmen zu verbreiten, damit es gelingt, eine breite und klare Einheit gegen die Wehrgesetznovelle unter den Jugendlichen herzustellen.

G.F.

Für das Recht der Soldaten sich zu organisieren

Auf der Sitzung des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft (ZA der ÖH) am Freitag den 11.6. wurde mit breiter Mehrheit eine Resolution gegen die Wehrgesetznovelle und ein Forderungskatalog für demokratische Rechte der Soldaten beschlossen.

Gefordert wird volle gewerkschaftliche und politische Betätigungsfreiheit für die Soldaten ("Freiheit sich zu organisieren, Recht auf politische und gewerkschaftliche Betätigung für die Soldaten in den Kasernen"), "insbesondere volle politische und gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit für gewählte Soldatenvertreter, Recht auf Zusammenarbeit der Soldatenvertreter im Bereich der Kaserne, der Garnison und des gesamten Bundesheeres".

Die Resolution wendet sich "gegen Tendenzen zum Ausbau des Bundesheeres als innere Ordnungsmacht, wie es die Aufstellung der Objektschutztruppen und der Ausbau des Bundesheers zu einer Kaderarmee (Bereitschaftstruppen) bedeuten." Zugleich wurde beschlossen, auf der angegebenen politischen Grundlage noch im Oktober geeignete Aktionen durchzuführen, um die Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle 1976 zu verhindern und dazu an alle interessierten Organisationen heranzutreten.

Der Beschluß drückt aus, daß selbst Gruppen wie die ÖVP-nahe Österreichische Studentenunion, die im ZA der ÖH die Mehrheit hat, unter dem Druck der antimilitaristischen Strömung in der Studentenschaft gezwungen sind, gegen die Wehrgesetznovelle und die reaktionären Zustände im Bundesheer Stellung zu beziehen. Er schafft günstige Bedingungen, um im Herbst möglichst breite Teile der Studenten in den Kampf gegen die Wehrgesetznovelle hineinzuziehen.

Der KPÖ-Studentenverband hat sich bei der Abstimmung der Resolution der Stimme enthalten, weil er seine ultrareformistische Forderung nach "Mehr Bildung statt Rüstung", die die Ursache der Aufrüstung und die wachsende Kriegsgefahr verschleiert und mit der Propagierung des "friedlichen Wegs" den Sozialismus vollständig verrät, nicht im Antrag unterbringen konnte. Aus denselben Motiven hat die KPÖ schon die Bewegung gegen die Wehrgesetznovelle gespalten. (vgl. Artikel im letzten "Klassenkampf").

H.V. (MLS)

Iberiaprozess wird im Sommer neu aufgerollt

Bei der ersten Verhandlung gegen zwei Teilnehmer an der Spaniendemonstration am 10.5. (wir berichteten davon) brach die Anklage weitgehend zusammen, die Verhandlung wurde auf den 26.7.vertagt. Der Staat hofft, mit der Terminsetzung für den Sommer den Prozeß ohne Schwierigkeiten über die Runde bringen zu können.
Angesichts der schwierigen Situation wird es erforderlich sein, weit energischer als bisher gegen den Prozeß aufzutreten.

Wir bringen auszugsweise einen Bericht der Angeklagten über den Prozeß:

"Der Beschuldigte T.M. soll einem Polizisten in den Magen geboxt haben, obwohl er gleichzeitig von zwei Beamten mit dem sogenannten "Komm mit - Griff" an den Handgelenken und am Ellbogengelenk festgehalten wurde. Die Magenschmerzen kamen dem betreffenden Polizisten allerdings erst eine halbe Stunde später, ausgerechnet bei seiner Berichterstattung ... Dem Angeklagten M.H. wird vorgeworfen, daß er einem Polizisten den Helm vom Kopf gerissen hätte. Dazu bemerkte der fast zwei Meter grosse "Sicherheitswachebeamte" nur: "Er war eben einen Moment besser als ich."

Das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten sollte selbstverständlich vertuscht werden, denn schon der erste dazu befragte Polizist erklärte: "Was nach dem Einsatzbefehl 'Räumen' geschah kann ich nicht sagen, da ich in diesen Belangen von der Amtsverschwiegenheit nicht entbunden bin."
Über den Angeklagten M.H., der einem zusammengeschlagenen Mädchen vom Boden aufhalf, wurde gleichzeitig aus zehn Metern entschieden: "Den schnappen wir uns" und auf die Frage an den Polizisten, ob er nicht gesehen habe, wie der Beschuldigte dem Mädchen half, sagte er:" daran kann ich mich nicht erinner, da lagen ja soviele am Boden, Mandl'n wie Weibl'n" Auf weitere Frage sagte er immer wieder: "Ich habe nicht geschlagen, ich nicht.."

Daß trotz der an den Haaren herbeigezogenen Anklagepunkte und der schwankenden Beweisführung ein solcher Prozeß vom bürgerlichen Staat initiiert und mit Beharrlichkeit weitergetrieben wird zeigt die klare Absicht, daß jede Spaniensolidarität durch exemplarische Gerichtsverfahren kriminalisiert und eingedämmt werden soll.

Fortsetzung von Seite 15

teien zu einem massiven Schlag gegen die Minderheiten und zugleich gegen die Demokratie überhaupt ausholen würde! Als ob nicht die Regierung die Speerspitze der Reaktion wäre und der Kärntner Heimatdienst nur ihr Werkzeug!
Man sieht, daß die KPÖ nicht nur den Klassengegensatz in der Frage der Minderheitenrechte, sondern auch den Frontverlauf verwischt und nicht nur die Ziele, sondern auch den Gegner des Kampfes um die Rechte der Minderheiten verdunkelt. Unter diesen Umständen ist auch jeder Angriff gegen die offenen Chauvinisten des KHD nichts anderes als ein Entlastungsangriff zugunsten des verdeckten, aber viel gefährlicheren Chauvinismus der Regierung, die ja ebenfalls auf die Diskriminierung und die Zementierung der Rechtlosigkeit der Minderheiten abzielt. Das muß man sich klar machen bei der Beurteilung des "Kampfes gegen den Faschismus", den die KPÖ in der Minderheitenfrage führt. Die Marxisten-Leninisten führen dagegen den Kampf gegen Kräfte wie den KHD richtig als Kampf gegen nichtunbedeutende Reserven, über die die Bourgeoisie und über die die Regierung bei der Durchsetzung ihrer reaktionären Minderheitenpolitik verfügt.

Die KPÖ weicht praktisch vor Chauvinismus und Deutschnationalismus zurück

Vor allem aber führen die Marxisten- Leninisten diesen Kampf entschieden in der Praxis, während die Revisionisten ihn nur im Mund führen und ihm aus dem Weg gehen.
Als in Köttmannsdorf gegen die Fahnenweihe demonstriert wurde - wo waren da die Revisionisten?

Wieso riefen sie in der Volksstimme nicht zur Gegenkundgebung des Solidaritätskomitees auf oder zumindest für die Unterstützung des geplanten Informationsstandes?
Und warum setzten sie ihre Tageszeitung nicht dafür ein, um für eine Gegenkundgebung bei der Aufstellung des Steinacherdenkmals am 2. Mai an Ort und Stelle zu mobilisieren.

Die am lautesten gegen den Faschismus schreien, sind dieselben, die jeder praktischen Auseinandersetzung mit solchen reaktionären Provokationen am liebsten aus dem Weg gehen.

Das alles muß man sich klar vor Augen führen. Man muß sich klar machen, welche Rolle Vertreter des Opportunismus, der "österreichischen" Staatstreue und des Kapitulantentums gegenüber der bürgerlichen Reaktion in der Bewegung spielen.
Man muß sich klar machen, welche Rolle Vertreter der Aussöhnung der Minderheiten mit dem bürgerlichen Staat, Vertreter des Verzichts auf die demokratischen Rechte der Minderheiten spielen. Man muß sich klar machen, daß die KPÖ-Revisionisten selber in der Bewegung nichts Ernsthaftes vorhaben und sich ihrer zunehmenden Entfaltung und Klarheit unbedingt entgegenstellen müssen - um den Preis des Verlusts ihres Einflusses und der Kontrolle über Teile der Bewegung.
Das muß man sich umso dringender klar machen, als sie sich selbst als die einzigen wahren "Freunde der Minderheiten", "Antifaschisten" und "Demokraten" ausgeben. Man muß den Revisionismus isolieren, seinen schädlichen Einfluß zurückdrängen und ihm die Kontrolle über Teile der Bewegung entreissen.

Das kann man nur im Kampf für den konsequenten Aufbau der Bewegung gegen die Minderheitenpolitik der Bourgeoisie und für die demokratischen Rechte der Minderheiten. Erste Erfolge haben wir dabei schon erzielt!

W.L.

Neuer »Atoms

Am 28.Mai wurde von Breschnew und Ford ein "Vertrag über die friedliche Nutzung von unterirdischen Nuklearexplosionen" unterzeichnet. Die Supermächte waren des Lobes voll. Sie bezeichneten den Vertrag als "ein weiteres Kettenglied bei der Beschränkung der Rüstungszunahme" und als einen "historischen Meilenstein in der Geschichte der Abkommen über die Waffenkontrolle". Der ganze Propagandarummel, den die beiden Supermächte um diesen Vertrag betrieben haben, zeigt deutlich ihren Versuch, ihr fieberhaftes Wettrüsten mit einem Rauchvorhang von "Entspannung" zu bemänteln.

Angeblich soll der Vertrag die nukleare Rüstung "hemmen" und "einschränken". Das ist ein reiner Schwindel. Die sozialimperialistische Wochenzeitschrift "Neue Zeit" schreibt in der Nummer 23/76 über den Vertragstext: "Jede der Seiten behält...das Recht, Explosionen an jedem beliebigen Ort vorzunehmen, der unter ihrer Jurisdiktion oder Kontrolle steht, außerhalb der geographischen Grenzen der Versuchsplätze, wie sie entsprechend den Bestimmungen des Vertrags über die Einschränkung der unterirdischen Kernwaffenversuche (vom 3.7.74, der Verf.) angegeben sind; Explosionen auf dem Territorium eines anderen Staates vorzunehmen, daran teilzunehmen und dabei zu helfen." Neben dieser Bestimmung, die offensichtlich alles andere als eine Einschränkung enthält, sieht der Vertrag vor: Beide Seiten führen keine einzelnen Kernexplosionen mit einer Stärke von mehr als 100 Kilotonnen und keine Gruppenexplosionen mit einer Gesamtsprengkraft von mehr als 1,5 Megatonnen durch. Unterirdische Kernexplosionen von geringerer Sprengkraft werden überhaupt nicht eingeschränkt, auch "sind die Partner übereingekommen, die Vornahme einzelner Explosionen von größerer Sprengkraft als 150 Kilotonnen für friedliche Zwecke speziell abzusprechen." (Neue Zeit, 23/76)

Seit dem letzten Vertrag vom Juli 1974 haben die USA und die Sowjetunion ihre Versuchsreihen mit unterirdischen Kernexplosionen zwischen 150 Kilotonnen und 1,5 Megatonnen Sprengkraft abgeschlossen, was zu einer neuen Stufe ihres Atomwaffenarsenals geführt hat. Die "New York Times" schrieb demnach auch am 29.Mai: "Die 150 Kilotonnen-Einschränkung bedeutet praktisch überhaupt keine Ein-

topvertrag« verschleiert nur Kriegsvorbereitungen

schränkung." Völlig absurd ist auch die sowjetische Behauptung, daß der Vertrag die Möglichkeiten für eine friedliche Atomenergie mehrt. Selbst die "Neue Zeit" muß zugeben, daß "Kernanlagen für Explosionen zu friedlichen Zwecken sich grundsätzlich nicht von denen zu militärischen Zwecken unterscheiden,"

Dieser neue Vertrag ist der vorläufig letzte einer Reihe von "Atomstop"- und "Abrüstungs"verträgen zwischen den beiden Supermächten, in denen sie sich jeweils gegenseitig zu übervorteilen suchten, um einen rüstungstechnischen Vorsprung zu erreichen oder zu erhalten. Andererseits versuchten sie mithilfe dieser Verträge ihre Monopolstellung in bezug auf Kernwaffen zu festigen und allen Staaten, die der nuklearen Bedrohung ausgesetzt sind, die Hände zu binden. Die chinesische Regierung hat schon den ersten "Atomstopvertrag" von 1963 entschieden verurteilt:

"Der Hauptzweck dieses Vertrages ist es, durch das teilweise Verbot von Kernwaffenversuchen die bedrohten friedliebenden Länder der Welt einschließlich Chinas daran zu hindern, Kräfte der Selbstverteidigung zu stärken, um es den USA noch leichter zu machen, diese Länder nach Belieben zu bedrohen und zu erpressen...Das Schicksal von über hundert nichtnuklearen Ländern darf nicht der Manipulation einiger weniger Nuklearmächte überlassen bleiben. Die chinesische Regierung ist der Ansicht, daß in so wichtigen Fragen wie Verbot der Kernwaffen und Verhütung eines Kernwaffenkrieges Methoden des Betrugs an den Völkern der Welt unzulässig sind. Man muß unzweideutig feststellen, daß Kernwaffen allseitig verboten und restlos vernichtet werden müssen."

Im Gegensatz zu dieser unzweideutigen Haltung Chinas haben die beiden Supermächte niemals ihre Absicht erklärt, die Atomwaffen zu vernichten. Sie haben auch niemals erklärt, nicht als erste Atomwaffen einzusetzen, ja sie haben sich nicht einmal dazu bereiterklärt, gegen die "kernwaffenfreien Zonen" oder "Friedenszonen", die einige Länder in bestimmten Regionen vorgeschlagen haben, keine Kernwaffen einzusetzen. Und gerade jetzt, wo die Supermächte es abgelehnt haben, selbst diese minimalste Verpflichtung auf sich zu nehmen, muß die demagogische Propaganda der Sowjetunion entlarvt werden, die fieberhaft eine Weltabrüstungskonferenz fordert, die das "vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen"beschließen und damit den Frieden erhalten soll.

Der chinesische Vertreter in der UNO, Huang Hua hat dieses Betrugsmanöver auf der UNO-Vollversammlung angeprangert:

"In seiner Vorbereitung auf einen neuen Krieg setzt der Imperialismus unvermeidlich schönklingende Worte wie 'Frieden' ein. Was er damit will, ist, die Völker zu täuschen. 'Frieden','Entspannung','Sicherheit', wie sie heute von Imperialismus und Sozialimperialismus marktschreierisch feilgeboten werden, sind in Wirklichkeit heuchlerische Phrasen, die ihre Kriegsvorbereitungen zudecken sollen. Versicherte nicht Hitler damals der ganzen Welt, er sei völlig bereit, alle Offensivwaffen aufzugeben, alle seine Truppen aufzulösen und den Frieden in Europa zu garantieren? Aber nicht lange darauf brach Hitler den zweiten Weltkrieg vom Zaun. Jetzt, da die Supermächte einander heftige Konkurrenz machen und wie toll aufrüsten wird es, geht es so weiter, eines Tages zu einem Krieg zwischen ihnen kommen. Das ist unabhängig vom menschlichen Willen. Blickt man der Realität ins Auge und geht man ihr nicht aus dem Weg, kann man unschwer erkennen, daß sich in den letzten Jahren die Kriegsgefahr erhöht und nicht verringert hat. Die Supermächte bereiten sich sowohl auf einen nuklearen Krieg als auch auf einen konventionellen Krieg vor. Warum sonst entwickeln die Supermächte, die bereits über große Kernwaffenarsenale verfügen, angestrengt konventionelle Waffen? Und warum sonst stiegen die sowjetischen Truppen von etwa drei Millionen Mann vor einigen Jahren plötzlich und rapide auf mehr als vier Millionen Mann an?

Die Rivalität der beiden Supermächte um die Hegemonie weitet sich auf alle Teile der Welt aus, aber der Schwerpunkt des Ringens ist Europa. In der gegenwärtigen Welt sind nur die beiden Supermächte in der Lage, einen dritten Weltkrieg zu entfesseln. Sie sind die Quelle eines neuen Weltkrieges, und die Gefahr kommt tatsächlich vom ungeheuer ehrgeizigen Sozialimperialismus, der zwar ein Nachzügler, aber am schnellsten das Tempo der Aufrüstung beschleunigt. Es ist sehr gefährlich, leichtgläubig auf die betrügerische Propaganda der Supermächte über Entspannung und Abrüstung hereinzufallen und die Friedenshoffnungen mit der Realität zu verwechseln. Sich auf das 'Gleichgewicht der Kräfte' oder auf das sogenannte 'Gleichgewicht des Schreckens' zu verlassen, um den Status quo aufrechtzuerhalten, hieße, wie wir in China sagen, ' mit vergiftetem Wein den Durst löschen'. Unserer Meinung nach ist es unumgänglich notwendig, den Völkern die Wahrheit über das Anwachsen der Kriegsgefahr zu sagen,damit die Völker ihre Wachsamkeit erhöhen." (Peking Rundschau 47/75).

Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt müssen sich auf die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges zwischen den von den beiden Supermächten geführten Militärbündnissen um die gewaltsame Neuaufteilung der Welt vorbereiten. Verhindert werden kann ein solcher imperialistischer Weltkrieg nur, wenn die Revolution zumindest in einigen wichtigen imperialistischen Ländern dem Krieg zuvorkommt. Dafür sind die Bedingungen heute keineswegs schlecht, die historische Initiative liegt in der Hand der Völker, die Haupttendenz ist heute die Revolution.

In der Vorbereitung auf einen Kriegsfall spielt der Aufbau einer neuen Friedensbewegung, die sich notwendig gegen die beiden Supermächte richtet, eine große Rolle. Es gibt heute in einer Reihe von Ländern schon die ersten Ansätze einer konsequenten Friedensbewegung, die den Friedenswillen der Volksmassen nicht für imperialistische Betrugsmanöver ausnutzt, sondern für den revolutionären Kampf gegen die imperialistischen Bourgeoisien. Die Kommunisten müssen auch in Österreich auf eine solche Friedensbewegung hinarbeiten. Eine solche Bewegung kann den drohenden Weltkrieg nicht verhindern, weil sie den Imperialismus nicht aus der Welt schaffen kann. Aber sie kann einen gewaltigen Beitrag zur Behinderung der Kriegsvorbereitungen, zur Verzögerung dieses Krieges sein. Damit verbessern sich die Bedingungen dafür, daß die Kräfte noch rechtzeitig gesammelt werden können, um diesem Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, deren Sieg in einigen wichtigen imperialistischen Ländern die einzige Möglichkeit zur Verhinderung des Krieges ist. Diese Friedensbewegung wird nicht die Massen mit pazifistischen Entspannungsparolen einlullen, sondern den Kampf gegen die Kriegsgefahr führen unter den Forderungen:

- AUFLÖSUNG ALLER IMPERIALISTISCHEN MILITÄRSTÜTZPUNKTE
- ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN
- AUFLÖSUNG ALLER IMPERIALISTISCHEN MILITÄRBÜNDNISSE
- ALLSEITIGES VERBOT UND VOLLSTÄNDIGE VERNICHTUNG ALLER KERNWAFFEN
- VERPFLICHTUNG, NIEMALS ALS ERSTE UND INSBESONDERE NICHT GEGEN KERNWAFFENFREIE ZONEN UND GEGEN KERNWAFFENLOSE LÄNDER KERNWAFFEN EINZUSETZEN
- SCHLUSS MIT DER ZUSAMMENARBEIT DES BUNDESHEERES MIT DER NATO
- ABZUG DER IM AUSLAND STATIONIERTEN ÖSTERREICHISCHEN UNO-TRUPPEN

Diese Forderungen richten sich gegen die imperialistische Kriegsgefahr wie auch gegen die Einmischung der beiden Supermächte in die inneren Verhältnisse Österreichs. Die Arbeiterklasse ist gegen diese Einmischung, weil sie die Verhältnisse in Österreich revolutionär umwälzen will. Jede fremde Einmischung kann den Sturz der Bourgeoisie nur erschweren. Dieser Sturz kann nur gewaltsam sein. Gegen den österreichischen Imperialismus, der Österreich nicht nur auf einen imperialistischen Krieg an der Seite der NATO vorbereitet, sondern auch den Ausbau des Unterdrückungsapparates zum Schutz der Herrschaft im Inneren vorantreibt, erheben wir Kommunisten nicht einfach die Forderung nach allgemeiner Abrüstung. Gegen die Herrschaft der Bourgeoisie erheben wir vielmehr die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung, um unter diesen Forderungen die Volksmassen gegen den imperialistischen Staat zusammenzuschließen und den bewaffneten Aufstand durch Zersetzung des imperialistischen Bundesheeres, der Polizei und der Gendarmerie vorzubereiten.

Der Pazifismus dient nicht dem Frieden, sondern dem Imperialismus, von dem die Kriegsgefahr und die Unterdrückung ausgeht. Für die Arbeiterklasse ist der Pazifismus unbedingt tödlich. Er entwaffnet sie im Klassenkampf. Und läßt sich die Arbeiterklasse entwaffnen, so wird sie unvermeidlich zum Opfer des Imperialismus, sei es auf den Schlachtfeldern des imperialistischen Krieges, sei es auf den Schlachtfeldern der Reaktion im Inneren des Landes.

W.K.

Fortsetzung von Seite 1

Nach weitgehendem Scheitern der syrischen Invasion im Libanon:

Die Imperialisten lauern auf Interventionsmögl

Unter dem Vorwand, die Belagerung zweier christlicher Dörfer - die sowohl von den fortschrittlichen Kräften des Libanon, als auch von der PLO bereits vorher verurteilt worden war - zu beenden und die Bedrohung der vom syrischen Regime abhängigen Palästinenserorganisation Saika in der nordlibanesischen Stadt Tripoli abzuwenden, entsandte Syrien Truppen in der Stärke von insgesamt mehr als 14.000 Mann in den Libanon. Auch jordanische Einheiten, die bereits 1970 gegen die palästinensiche Revolution gekämpft hatten, beteiligten sich an der syrischen Intervention.

Die Interventionstruppen haben den Auftrag, der libanesischen Reaktion in ihrer bedrängten Position beizustehen und dadurch den Weiterbestand des konfessionellen Staatssystems zu sichern, die Stützpunkte der fortschrifttlichen Kräfte und der PLO einzunehmen, die fortschrittlichen libanesischen Kräfte und die Kämpfer der PLO zu entwaffnen bzw. ihnen den Nachschub abzuschneiden. Dabei schrecken die syrischen Truppen auch nicht vor der Bombardierung palästinensischer Flüchtlingslager und der Zerstörung der gegen den zionistischen Staat gerichteten Stützpunkte im Süd-Libanon zurück.

Politisches Ziel dieses Vorgehens des syrischen Regimes ist die Erlangung der Oberhoheit über die politische Entwicklung im Libanon und besonders über die palästinensische Revolution, um seine eigenen Absichten in bezug auf ein Arrangieren mit dem Kolonialstaat Israel reibungslos realisieren zu können. Eine besondere Rolle bei diesen Plänen kommt der Saika und dem vom syrischen Regime abhängigen Teil der palästinensichen Befreiungsarmee PLA zu. Diese bildeten eine fünfte Kolonne innerhalb des palästinensischen Widerstandes und kämpfen zur Zeit gemeinsam mit den Invasionstruppen gegen die PLO und gegen die fortschrittlichen libanesischen Kräfte.

Scheitern der syrischen Pläne

Die syrischen Truppen stiessen jedoch auf heftigen militärischen Widerstand und es gelang ihnen nicht, wie sie es geplant hatten, innerhalb weniger Tage ihre Mission zu beenden. Auch politisch verschlechterte sich die Lage des syrischen Regimes zunehmend: In weiten Teilen des Libanon wurde ein Generalstreik gegen die Invasion durchgeführt und die Ablehnung der libanesischen Massen war so massiv, dass es die syrischen Truppen bisher nicht wagten, in die grossen Städte des Libanon vorzudringen.

Die inneren Schwierigkeiten des syrischen Regimes verstärken sich durch die Intervention: Teile der Armee weigerten sich, gegen die palästinensiche Revolution zu kämpfen, und es kam zu Austritten aus der Saika und aus dem von Syrien kontrollierten Teil der PLA. Der innere Widerstand in Syrien konnte nur durch neue Massenverhaftungen unterdrückt werden. Der Beiruter Korrespondent der westdeutschen Zeitung "Die Welt" berichtete über die "Kampfmoral" der syrischen Truppen am 12.6.: "Einige (syrische Soldaten) glaubten, gegen die Falange oder Israel zu kämpfen, die Masse aber meinte, sie würde von den Palästinensern als Retter und nicht mit Raketen begrüsst werden".


Kämpfer der PLO haben einen syrischen Panzer im Libanon abgeschossen

Auch die arabischen Volksmassen verurteilten äusserst scharf das Vorgehen das syrischen Regimes. In vielen arabischen Ländern und im besetzten Westjordanland kam es zu Demonstrationen und heftigen Protestaktionen. Arabische Organisationen in einer grossen Zahl europäischer Staaten führten Protestaktionen durch - darunter auch in Österreich.

Vermittlungsversuche der arabischen Staaten

Auch unter den arabischen Regierungen fand die syrische Intervention wenig Unterstützung. Einzig der Schlächter von Amman, König Hussein von Jordanien, stellte sich vorbehaltlos hinter das Vorgehen des syrischen Regimes.

Durch zwei Vermittlungsinitiativen arabischer Staaten wird versucht, eine Beendigung der syrischen Intervention zu erreichen: Im Auftrag Algeriens, des Irak und Libyens versuchte der libysche Ministerpräsident Jalloud die syrische Intervention zu stoppen. Die auf Vorschlag der PLO einberufene arabische Liga billigte einen Plan zur Entsendung einer arabischen Friedensstreitmacht aus algerischen, libyschen, saudi-arabischen und sudanesischen Truppen (zu denen Truppen Syriens und der PLO kommen sollten) und dem Rückzug der syrischen Interventionstruppen. Der Einsatz einer panarabischen Friedenstruppe scheiterte jedoch bisher an der Verzögerungstaktik Syriens, das bestrebt ist, vor ihrem Eintreffen die fortschrittlichen libanesischen Kräfte und die PLO so weit zu schwächen, dass vollendete Tatsachen vorliegen. Das syrische Regime trachtet dadurch, die ursprünglichen Ziele der Intervention doch noch zu realisieren: Die Ausweitung der libanesischen Massenbewegung auf Syrien zu verhindern, den Status quo vor dem Bürgerkrieg, das heisst die Vorherrschaft der reaktionären Kräfte im Libanon zu sichern, die Selbständigkeit und die konsequente Haltung der palästinensischen Revolution zu liquidieren und die PLO dem begrenzten Ziel des syrischen Regimes dienstbar zu machen und unterzuordnen.

Kriegstreiberei der beiden Supermächte

Das Vorgehen des syrischen Regimes entspricht den Interessen der beiden Supermächte, der Imperialisten und der Zionisten und erfolgte in Absprache mit ihnen und mit ihrer Billigung.

Wenn sich die Häuptlinge beider Supermächte Tage nach der syrischen Intervention vom syrischen Vorgehen zu distanzieren versuchen, tun sie das nur, um bessere Rechtfertigungen für ihre eigenen Aggressions- und Interventionspläne zu konstruieren. Die US-Imperialisten erfinden seit Wochen Vorwände für die "Berechtigung" eines Eingreifens, vor allem im Zusammenhang mit der Sicherheit der ausländischen Staatsbürger im Libanon. In einer von der offiziellen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS veröffentlichten Stellungnahme vom 9.6. stossen die Sozialimperialisten ihrerseits neuerlich heftige Drohungen aus, mit der Begründung, dass "der Raum des Nahen Ostens der Sowjetunion viel näher liegt" als den anderen Imperialisten und dass "ihre Interessen in jedem Fall nicht weniger berührt werden davon, wie sich die Lage im Libanon und um dieses Land entwickelt und entwickeln wird". (Zitiert nach "Volksstimme", 11.6.)

- Das syrische Regime ist wie kein anderes direkt an Israel angrenzendes Land auf sowjetische Waffenlieferungen angewiesen
- 2 Minister der "KP Syriens" sitzen in der Regierung
- Nirgendwo sonst ergibt sich für die Sowjetunion die Möglichkeit, im östlichen Mittelmeer mit ihrer Kriegsflotte Fuss zu fassen. Aus diesen Gründen hat die Sowjetunion besonderes Interesse am syrischen Einmarsch.

Beide Supermächte können sich wegen des bisher weitgehenden Fehlschlagens der syrischen Intervention nicht mehr auf das Eingreifen Syriens zur Niederhaltung der fortschrittlichen Kräfte des Libanon und der palästinensichen Revolution verlassen und intensivieren daher die Vorbereitungen für ein eigenes militärischen Eingreifen. Beide Supermächte massieren Flottenverbände im östlichen Mittelmeer. Die Sozialimperialisten erhöhten ihre Flottenstärke von 55 auf 70 Schiffseinheiten, die US-Imperialisten lassen dort 44 Schiffseinheiten kreuzen.

Die Haltung des Chefs der libanesichen Falangisten, Gemayel, der an die beiden Supermächte appellierte, sich "vermittelnd" in den libanesischen Bürgerkrieg einzuschalten und der Moskau drängt, eine "positive" Rolle zu spielen, kommt dem Streben der beiden Supermächte nach direkter Einflussnahme unmittelbar entgegen.

Auch die Pläne der französischen Imperialisten, ihre Kanonenbootpolitik unter dem Deckmantel des Friedenstiftens zu reaktivieren, haben durch den Besuch des syrischen Staatschefs Assad in Paris neuen Auftrieb erhalten.

Die Absichten der Zionisten, den Libanon zu teilen, einen Teil des Libanons dem zionistischen Kolonialstaat einzuverleiben und gleichzeitig der palästinensischen Revolution einen entscheidenden Schlag zu versetzen, werden jedesmal offenbar, wenn die Vorherrschaft der Reaktion im Libanon in Gefahr ist. Während zu Beginn der syrischen Intervention Rabin keinen Grund sah, "im Libanon gegen die Unterdrückung der PLO einzuschreiten" (Süddeutsche Zeitung, 4.6.), stiessen die Zionisten sofort nach Bekanntwerden der geplanten Beteiligung algerischer und libyscher Truppen an der arabischen Friedensstreitmacht neue Aggressionsdrohungen aus.

Durch die Bestrebungen der Supermächte und der europäischen Imperialisten, den Bürgerkrieg im Libanon zur Erlangung der Vorherrschaft im Nahen Osten bzw. zur Erweiterung ihrer Einflussgebiete zu nutzen und durch die unverhüllten Aggressionsdrohungen der Zionisten hat sich in den letzten Wochen die Kriegsgefahr im Nahen Osten stark erhöht. Wegen der Bedeutung des Nahen Ostens für die Energieversorgung Europas ist die Gefahr eines direkten Aufeinanderprallens der beiden Supermächte und damit eines neuen Weltkrieges grösser denn je.

ichkeiten

Der Bürgerkrieg im Libanon und das Palästinaproblem

Die Politik der imperialistischen "Lösungsversuche" für das Nahostproblem hat seit dem letzten Herbst keine Fortschritte erzielt. Der entscheidende Grund dafür ist die konsequente Haltung des palästinensischen Volkes, sich diesen imperialistischen Lösungsversuchen zu widersetzen und das Beharren der PLO auf ihrem gerechten Programm.

Nach dem Festfahren der amerikanischen "Politik der kleinen Schritte" versuchen die Sozialimperialisten verstärkt, in das Geschäft einzusteigen. Sie tun dies entlang der Forderung nach Wiedereinberufung der Genfer-Nahostkonferenz auf Grundlage der UNO-Resolution 242 (vom Jahr 1967) und 338 (von 1973). Diese Resolutionen garantieren das Existenzrecht des zionistischen Staates und die Sicherheit seiner Grenzen von 1967 und behandeln die Rechte des palästinensischen Volkes nur als "Flüchtlingsproblem".

Befürwortet wird eine solche Konferenz zur Zeit auch von Israel, den US-Imperialisten, Ägypten und seit Kossygins Besuch in Damaskus auch von Syrien; es bestehen jedoch Meinungsverschiedenheiten in "Verfahrensfragen". Abgelehnt wird eine solche Genfer Konferenz von der PLO und den konsequentesten arabischen Regimes wie Irak, Libyen und Algerien.

Um Druck auf die PLO ausüben zu können, setzen die Sozialimperialisten wie überall in der Dritten Welt auf die Spaltung der Befreiungsbewegung. Bis zu ihrem Anfang Juni erfolgten Ausschluss aus der PLO war die vom syrischen Regime abhängige Palästinenserorganisation Saika das Hauptinstrument der sozialimperialistischen Spaltungsmanöver. Die Saika versuchte, die Einheit der PLO zu untergraben, indem sie den Ausschluss der konsequent für die Befreiung ganz Palästinas auftretenden Organisationen aus der PLO verlangte. Die Saika versuchte, das konsequent revolutionäre Programm der PLO zu liquidieren und zu hintertreiben: Der Chef der Saika, Mohsen, stellte im November 1975 bei einem Besuch in Moskau bei den Kremlherren fest, dass er für eine Akzeptierung des UNO-Teilungsplanes für Palästina aus dem Jahr 1947 sei, d.h. für die Anerkennung des Kolonialstaates Israel.

Das militärische Vorgehen der Saika gemeinsam mit den syrischen Interventionstruppen gegen die fortschrittlichen libanesischen Kräfte und gegen die PLO ist die Weiterentwicklung der spalterischen Haltung dieser Organisation und ihrer falschen Linie im Befreiungskampf. Die Festigkeit und Kampfkraft des Bündnisses zwischen den libanesischen und palästinensischen Volksmassen zeigt jedoch, dass diese Manöver nicht im Stande sind, die Volksmassen von ihren gerechten Zielen abzubringen.

2o.6.76 W.

Erfolgreiche Palästina-Solidaritätswoche

Vom 8.-12.Juni veranstaltete die vor kurzem gegründete GUPS (Generalunion Palästinensischer Studenten) zusammen mit der Arabischen Studentenorganisation eine Solidaritätswoche mit dem palästinensischen Volk, die sehr erfolgreich verlief. Neben Informations- und Agitationsständen in der Stadt und auf der Universität wurden 2 Diskussionsveranstaltungen über das Palästinaproblem und seine verschiedenen Aspekte durchgeführt, zu denen jeweils ca. 200 Menschen erschienen, sowie ein Kulturabend, der die ca.250 erschienenen fortschrittlichen Menschen mit der nationalen Kultur des arabischen Volkes von Palästina, die im Dienste des Befreiungskampfes steht, bekanntmachte und die Solidarität und Freundschaft mit dem palästinensischen Volk vertiefte. Ein Vertreter des KB Wien verlas eine Grußadresse an die PLO, in der es am Schluß, nach der Anprangerung der Machenschaften der beiden Supermächte im Nahen Osten, hieß : *"Dies zeigt, daß das palästinensische und die anderen arabischen Völker, die Solidarität, Hilfe und Beistand benötigen, dies niemals von einer Supermacht erwarten dürfen. Im Gegenteil. Sie können in ihrem Kampf nur gegen die beiden Supermächte siegreich sein. Gegenüber der aggressiven und annexionistischen Politik Israels, gegenüber dem Komplott der Supermächte, die das Gebiet des Nahen Ostens in ihren Einflußbereich bringen wollen, ist die arabische Einheit, die einzig wirkungsvolle und sichere Kraft, die sie besiegen kann.*
In diesen Kämpfen gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion versichern wir dem palästinensischen und den anderen arabischen Völkern unsere tiefe Solidarität und Hilfe.
ES LEBE DER BEFREIUNGSKAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES!
SIEG DER REVOLUTION!
ES LEBE DIE PLO!



Die eigenartige Palästina-Solidarität der Revisionisten

Die Revisionisten von KPÖ und KSV (Studentenverein der KPÖ) geben sich gerne als wahre Freunde der unterdrückten Völker aus. Davon ist genausoviel oder genausowenig zu halten, wie wenn die sozialimperialistische Sowjetunion sich als natürlicher Verbündeter und Freund der unterdrückten Völker ausgibt. Verstärkt bezeichnet sich der KSV in letzter Zeit als Freund des palästinensischen Volkes. Was davon zu halten ist, zeigt schlagend sein Verhalten während der Palästina-Solidaritätswoche auf der Universität (8.-12.Juni) und bei den Aktionseinheitsverhandlungen für eine Demonstration gegen die syrische Invasion im Libanon, für die die Arabische Studentenorganisation die Initiative ergriffen hatte. Bei diesen Verhandlungen setzte der KSV alles daran, um das Zustandekommen einer Demonstration zu verhindern. Wenn überhaupt, wäre es ihm am liebsten gewesen, wenn man die Sache mit einer kleinen Kundgebung irgendwo erledigt hätte, damit möglichst wenig Aufsehen erregt würde. Mit der Drohung, überhaupt nichts zu tun, hat er auch versucht, die Aktionseinheit, insbesondere die Arabische Studentenorganisation, zu erpressen und ihr alle möglichen Bedingungen zu diktieren.

Die Frage erhebt sich, warum die Revisionisten ein solches Verhalten an den Tag legten. Bekundung von Solidarität in Worten, mit den eigenen reaktionären Ansichten hinter dem Berg halten, Sabotage der Solidaritätsbewegung - das ist die Taktik von Leuten, die im Dienste der Konterrevolution inmitten der fortschrittlichen Bewegung wühlen und diese zu untergraben suchen. So ist es den Revisionisten konkret in dieser Frage darum gegangen, zu verhindern, daß ans Tageslicht kommt, wem die syrische Intervention wirklich nützt (siehe Libanon-Artikel auf Seite 22) und gleichzeitig einen "Entlastungsangriff" gegen den US-Imperialismus durchzuführen, um die konterrevolutionären Machenschaften des Sozialimperialismus im Nahen Osten zu decken.
Mehr noch. Daß die Revisionisten nichts als ein Trojanisches Pferd innerhalb der Palästina-Solidarität darstellen, ist vielen klar geworden, die zu den Diskussionsveranstaltungen über das Palästina-Problem im Rahmen der Solidaritätswoche gekommen waren. Dort rückten nämlich die Revisionisten mit ihren Ansichten heraus und entpuppten sich als Prozionisten im "linken" Gewande. Vielen hat es die Augen geöffnet, daß die Revisionisten im Wesentlichen dieselben Ansichten vertraten, wie einige Zionisten, die sich ebenfalls an der Diskussion beteiligten. Es liegt auf der Hand: Jemand, der von sich behauptet, er unterstütze das palästinensische Volk in seinem Kampf, und gleichzeitig das Existenzrecht des zionistischen Staates Israel wild verteidigt, der kann nur unlautere Absichten verfolgen. Denn die Anerkennung des Existenzrechts des Zionistenstaates ist gleichbedeutend mit der Negierung der Rechte des palästinensischen Volkes; Existenzrecht Israels, das heißt Verteidigung des zionistischen Besatzerstaates, der auf Kosten des Blutes, der Vertreibung und Unterjochung des palästinensischen Volkes gegründet wurde und sich nur mit Unterstützung des Imperialismus aufrechterhalten kann, allen voran die beiden Supermächte, die beide erklärt haben, Israel notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen, gegen den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes.
Seltsame Freunde des palästinensischen Volkes, die sein Selbstbestimmungsrecht leugnen!

D.W.

KLASSENKAMPF
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
Erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 4.-, Jahresabonnement inkl. Porto (12 Nummern) S 60.- im Inland, S 70.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an KB - Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37.
Redaktionsschluß: 22.6. Erscheinungstermin: 24.6.
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

„Republikanische Konvention der Völker Spaniens" gegründet

Nur kurze Zeit nach der Republikanischen Konferenz vom 3.April, die einen Aufruf an alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Komitees, an alle Spanier richtete, die REPUBLIKANISCHE KONVENTION DER VÖLKER SPANIENS zu gründen, fand am 22/23.Mai die Gründung derselben statt. Der Aufruf hatte einen gewaltigen Widerhall bei den Volksmassen gefunden, und es kamen 250 Delegierte, Vertreter von republikanischen Parteien, Organisationen und Gruppen aller Nationalitäten und Regionen Spaniens, aus der Emigration und dem Exil, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Darunter Vertreter der FRAP (Revolutionäre antifaschistische und patriotische Front), der PCE/ML (Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten), Delegierte von Republikanischen Versammlungen und Gruppen aus Fabriken, Ämtern, Schulen, Universitäten, Dörfern, Bergwerken, Werften, Stadtteilen, Offiziere und Generäle und Kämpfer des Republikanischen Heeres, sowie einzelne Persönlichkeiten der PSOE und der beiden Gewerkschaften UGT und CNT.

Nach ausführlicher Debatte wurde einstimmig eine politische Resolution angenommen, in der festgestellt wird: *"Das Ziel der Konvention ist der Sturz der Monarchie und die Wiedereinsetzung der Republik, über deren Inhalt und Merkmale das Volk entscheiden muß. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung aller Nationalitäten, die den gegenwärtigen Staat bilden, wird bejaht. Die nationale Unabhängigkeit wird als grundlegendes Prinzip der Republik bestätigt. Die Konvention ruft zum totalen Boykott des Referendums, der vom Regime vorbereiteten Farce, auf. Sie verurteilt den sogenannten "paktierten Bruch" in allen seinen Varianten als einen beschämenden Pakt mit dem illegalen monarchofaschistischen Regime."*

Die Gründung der REPUBLIKANISCHEN KONVENTION, die "ausschließlich gegen die Monarchie gegründet" wurde, hat hervorragende Bedeutung für die Zusammenfassung und zentrale Leitung des Kampfes gegen den Monarchofaschismus, den das spanische Volk im ganzen Land immer vehementer führt. Sie ist ein schwerer Schlag für die Verräter der "Demokratischen Koordination", in der sich Revisionisten, Reformisten, Christdemokraten und sogenannte "liberale Faschisten" zusammengefunden haben, um dem illegalen Faschistenregime einen "friedlichen Übergang" zu einem ebensolchen Regime der brutalen Unterdrückung und Ausbeutung, nur mit demokratischer Fassade und unter ihrer Beteiligung, zu ermöglichen. Demgegenüber war auf der Gründungsversammlung "die Idee des Kampfes um die Republik...der gemeinsame Nenner der unterschiedlichen Standpunkte zu verschiedenen Themen". Und wenn das spanische Volk, allen voran die Arbeiter und Bauern, um die Republik kämpft, meint es nicht einen neuen Namen für die alte Ausbeutung, sondern eine Republik, in der das Volk die Macht über sein Schicksal hat, in der das Volk und niemand anderer breite demokratische Rechte genießt, in der die Völker Spaniens frei über ihr Geschick entscheiden.

(Alle Zitate und Informationen aus APEP, Presseagentur Volksspaniens, 1.-15.6.1976)

Folter in Spanien

Kurze Zeit nachdem Juan Carlos sich vor den beiden Häusern des US-Kongresses als liberaler Monarch präsentieren durfte, wurde in Spanien die verschärfte Folter in den von ihm kommandierten Gefängnissen angeprangert. "Die Situation hat sich seit dem Tod Francos verschärft und sowohl die Haftbedingungen als auch die Lage der Gefangenen haben sich in den letzten Monaten verschlechtert" - heißt es in einem Dossier baskischer Anwälte. Sie gaben die Namen von über 30 Personen an, die nachweislich gefoltert wurden.

Die gebräuchlichste Methode der faschistischen Folterknechte ist die "Badewanne": Der Kopf des Häftlings wird wiederholt und für lange Zeit in eine Wanne mit schmutzigem Wasser, voll von Exkrementen und Spucke, gesteckt. Andere beliebte Methoden sind der "Operationssaal", wobei der Häftling stundenlang so über einen Tisch gelegt wird, daß sein Oberkörper herabhängt, durch den Blutandrang kommt es zu Übelkeit und Atemschwierigkeiten; "die Handschelle": an diesen wird der Häftling aufgehängt, seine Füße streifen nur den Boden; Elektroschocks in Kopf, Hoden, Hals und Füße, Schläge mit Eisenhämmern, Einführen von Nägeln unter die Fingernägel etc.

Große Empörung rief der Fall von Amparo Arangas hervor, Arbeiterin der Papierfabrik Sarriò in Leiza (Navarra) und Gewerkschaftsfunktionärin. Sie wurde am 21.April bei Verlassen der Fabrik verhaftet und von Guardia Civil und Polizei derart verhört, daß ein Arzt nach ihrer Entlassung feststellte: "Blutergüsse am ganzen Körper, besonders schwer in der Gesäßregion; mögliches Versagen der Darm- und Nierenfunktionen; traumatischer Schock."

Amnesty International hat nach der großen Zunahme der Folter seine Kampagne gegen die Folter in Spanien wiederaufgenommen, die nach der Einsetzung Juan Carlos abgebrochen worden war. Ein Sprecher dieser Organisation stellt in einem Interview mit der spanischen Wochenzeitung "Cambio 16" fest: "Es ist sicher, daß diese Methoden heute gezielter angewendet werden: gegen Personen, die Gruppen der spanischen Linken angehören, konkret Kommunisten, revolutionäre und nationalistische Linke."

Während das Regime so frei ist, zum ersten Mal seit dem Bürgerkrieg eine Oppositionspartei 100.000 Flugblätter verteilen zu lassen - nämlich die PSOE, die gemeinsam mit den Revisionisten alles unternimmt, das spanische Volk an den Monarcho-Faschismus zu verraten - werden in den Kerkern des ach so liberalen Monarchen Arbeiterführer und Revolutionäre systematisch der Folter unterworfen. Das faschistische Regime weiß offensichtlich, daß das die Kräfte sind, die es stürzen werden.

(nach "Cambio 16" Mai-Juni)

Präsidentschaftswahlen in Portugal

Otelo ist der Kandidat des Volkes

Am 27. Juni wird in Portugal der Präsident gewählt, der verfassungsmäßig weitreichende Kompetenzen hat, u.a. Ernennung des Ministerpräsidenten, er ist Vorsitzender des Revolutionsrates, Oberkommandierender der Streitkräfte, er verkündet den Ausnahmezustand.

Die drei großen bürgerlichen Parteien, die noch vor vier Monaten verschiedene „Favoriten" hatten, haben sich auf einen Kandidaten geeinigt: PS, PPD und CDS unterstützen gemeinsam Ramalho Eanes. Dazu kam es, nachdem Eanes in NATO-Kreisen Gunst gewonnen hatte und man in den NATO-Hauptquartieren offen Eanes als Präsident in Portugal wünschte. Heute sagen selbst bürgerliche Parteien: Eanes ist der Kandidat der NATO. Eanes ist der Militärstratege des 25. November. Er ist heute Oberkommandierender des Heeres und in dieser Funktion hat er im vergangenen halben Jahr die revolutionäre Soldatenbewegung niedergeschlagen, Truppen gegen Landarbeitergenossenschaften eingesetzt, hat er fortschrittliche Offiziere entlassen, ein ausgeklügeltes Spitzelwesen im Heer eingeführt, die Reglementierung verschärft.

Ein weiterer Kandidat der Rechten ist Pinheiro de Azevedo, jetziger Ministerpräsident, dessen Kandidatur aber von keiner Partei unterstützt wird und daher keine Chancen hat.

Diese Kandidaten sind Reaktionäre, oder wie es in Portugal heißt: Kandidaten des 25. November.

Ein Kandidat des 25. April

Ein einziger Kandidat vertritt dagegen den 25. April: Otelo Saraiva de Carvalho war der militärische Organisator des Sturzes des faschistischen Regimes am 25.4.74, in der Folgezeit der Mann innerhalb des MFA, der sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu halten versuchte und sich auf die Organe des Volkes stützte. Nach dem 25. November wurde de Carvalho degradiert und Anfang des Jahres verhaftet. Er steht heute noch unter Hausarrest. Er wurde als „Kandidat des 25. April" von den Organen des Volkswillens zum Kandidaten vorgeschlagen. In einem Betrieb von Lissabon mit etwas mehr als 2000 Beschäftigten wurden z.B. in weniger als zwei Tagen mehr als 1500 Unterschriften für seine Kandidatur gesammelt. Zunächst hieß es, seine Kandidatur sei nicht möglich, da gegen ihn noch immer ein Verfahren vor dem Militärgericht anstehe. Da man aber die Kandidatur nicht verhindern konnte, verbietet man heute Carvalho, an Wahlversammlungen teilzunehmen, vor den Lisnave-Arbeitern zu sprechen, deren Betriebsversammlung mit sehr großer Mehrheit seine Kandidatur begrüßte. Carvalho genießt keine Freizügigkeit.

Warum die revisionistische PCP plötzlich einen eigenen Kandidaten präsentiert

Die revisionistische PCP hatte zunächst erklärt, sie würde Azevedo oder Eanes unterstützen. Sie hatte vor, einen Kandidaten gemeinsam mit der PS zu unterstützen. Jetzt, nachdem die PS mit den Parteien der offenen bürgerlichen Reaktion gemeinsam Eanes unterstützt, nachdem Carvalho als Kandidat des Volkes durchgesetzt wurde, hat die PCP das Mitglied ihres ZK Otavio Pato aufgestellt, in deutlicher Absicht, zu spalten. Gegenüber den Kandidaten der Reaktion sagte Pato: „Nicht unterstützen bedeutet nicht, daß wir ihnen feindlich gegenüberstehen." Pato ist einer der führenden Revisionisten in der PCP. Er verkündete schon 1954 zusammen mit anderen die Theorie „des friedlichen Übergangs



Wir begrüßen die Delegation des ANC!

Vom 22. - 25. Juni reist eine Delegation des südafrikanischen ANC/African Nationalist durch Österreich und wird auf Versammlungen in einigen Bundeshauptstädten über den Kampf des Volkes von Azania gegen das Rassistenregime Vorsters berichten. Die Genossen A.K.Makinawe und O.K.Setehapelo kommen gerade zu einer Zeit heftiger Massenbewegungen ihres Volkes und verzweifelter Versuche der Imperialisten, die Herrschaft ihrer Bluthunde im südlichen Afrika gegen den Ansturm der Völker zu halten. Das ist für uns ein großer Ansporn, unsere Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika gegen die weiße Kolonialistenherrschaft zu verstärken!

Veranstaltungen finden statt:

Dienstag, den 22.6. in Linz
Mittwoch, den 23.6. in Salzburg
Donnerstag, den 24.6. in Graz
Freitag, den 25.6. in Wien



Die portugiesischen Metallarbeiter wenden sich gegen die revisionistischen Führer und unterstützen Otelo

vom Faschismus zur Demokratie". Als am 7. Februar 1975 Tausende von Arbeitern in Lissabon gegen die Arbeitslosigkeit und die NATO demonstrierten, sagte Pato im Fernsehen: „Hinter diesen Demonstrationen stehen nicht nur Leute der nationalen Reaktion, sondern auch Agenten der internationalen Reaktion."

Otavio Pato führt seinen Wahlkampf vor allem gegen Carvalho. Seine Funktion besteht darin, unter den Volksmassen Verwirrung zu stiften, um den Kandidaten der bürgerlichen Reaktion, Eanes, zum Sieg zu verhelfen. Derart klar sind also die politischen Fronten in der Präsidentschaftswahl abgesteckt: Auf der einen Seite Eanes, unterstützt von den amerikanischen und europäischen Imperialisten, der NATO, den drei großen reaktionären Parteien sowie den beiden Sektierergruppen „PCP/ML" und „MRPP". Auf der anderen Seite Otelo de Carvalho als Kandidat der Arbeiter- und Einwohnerkommissionen, der fortschrittlichen Landarbeitergenossenschaften der Dorfversammlungen, unterstützt von der UDP und den fortschrittlichen Organisationen PRP, MES und FSP.

(gekürzter Artikel aus "Kommunistische Volkszeitung" Nr.23)

Otelo Saraiva de Cavalho vor seiner Aufstellung als Kandidat:

"Ich werde sehr stolz darauf sein, wenn ich es kann, der Präsidentschaftskandidat der werktätigen Massen zu sein. Das wäre für mich die Gewißheit, daß trotz all meiner Schwankungen im Verlauf der Entwicklung, trotz aller Fort- und Rückschritte, die ich gemacht haben mag,...das Volk mir vertraut hat und glaubt, daß ich immer an seiner Seite gekämpft habe, damit sich seine Errungenschaften verwirklichen." (Otelo in Camarate, am 15.4.1976)

Diese Worte veranschaulichen gut genug Otelos Eigenschaften als Präsident der Republik.

Wenn ihn die Kommunisten unterstützen, dann tun sie es nicht aus Gründen völliger ideologischer Übereinstimmung, sondern weil Otelo seine Position an seinem Interesse orientiert, dem Volk zu dienen, und vor ihm die bescheidene Haltung des Mannes einnimmt, der Fehler begangen hat, aber immer mehr bereit ist, sich in die Volkskämpfe einzureihen.

(aus "Bandeira Vermelha" Nr. 18, Organ der PCP(R))

Heftige Kämpfe der städtischen Massen Südafrikas

Schüsse der südafrikanischen Polizei in eine friedliche Protestdemonstration von 10.000 Schülern und Studenten in Soweto waren der Zündfunke für den Aufstand in Soweto, dem Ghetto für eine Million Afrikaner am Stadtrand von Johannesburg und die grössten Massenkämpfe in Südafrika seit den Auseinandersetzungen von Sharpeville 1960.

Die Demonstration der Jugendlichen galt der Solidarität mit Schülern in Phefeni, die schon seit fünf Wochen den Unterricht boykottieren. Ihr Protest richtet sich dagegen, dass ab nun in afrikanischen Schulen in bestimmten Fächern Afrikaans anstelle von Englisch als Unterrichtssprache obligatorisch eingeführt werden soll. Afrikaans ist die Sprache der Kolonialisten Südafrikas. Für das um seine nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung kämpfende Volk bedeutet der Zwang zur Erlernung und zum Gebrauch der Sprache der Unterdrücker eine Verschärfung seiner nationalen Entrechtung.

Die Rebellion in Soweto weitete sich aus zu einer Massenbewegung von grossen Teilen des geknechteten afrikanischen Volkes in Südafrika, die Ausdruck seiner Feindschaft gegen das Kolonialregime ist, und seiner Bereitschaft zum Kampf gegen dieses Regime.

Während sich die Polizei aus Soweto zurückziehen musste und gemeinsam mit der Armee einen Ring um die Stadt zog, griff die Bewegung innerhalb von zwei Tagen auf mehrere Zentren Südafrikas über: Sturm auf Dienststellen des Regimes in Krugersdorf, Kampfdemonstrationen im Industriezentrum Boksburg und in Vosloorus, 25 km südlich von Johannesburg, Errichtung von Barrikaden in Alexandra. An der Zulu-Universität im Empangie bei Durban wurden mehrere Gebäude in Brand gesteckt. Bilanz des Terrors der südafrikanischen Polzei gegen die kämpfenden Volksmassen: Nach 3 Tagen über 1oo Tote, über 1ooo Verletzte, massenweise Verhaftungen, ausgebrannte Stadtviertel.

Das Treffen zwischen Vorster und Kissinger in der BRD soll diese "Entspannungspolitik" weiterbringen und dem Vorster-Regime zum Ausbruch aus seiner weltweiten Isolierung verhelfen. Die westlichen Imperialisten müssen unter allen Umständen versuchen, eine ihrer letzten Bastionen im südlichen Afrika zu retten, und sind dabei gezwungen offen zu zeigen, auf wessen Seite sie stehen. Gerade die jüngsten Ereignisse werfen ein deutliches Licht auf die von Herr und Hund propagierte "Entspannung" und bringen die Imperialisten in einige Verlegenheit: Das Volk äussert seinen Willen - die Antwort ist bewaffnete Gewalt; so wie diese Kolonialherrschaft, die auf dem Landraub, der Entrechtung und Unterdrückung der afrikanischen Nation beruht, immer nur mit Gewalt gegen jede Regung des Volkes aufrechterhalten werden konnte. In diesem Sinn will das Regime mit äusserster Härte weiter vorgehen, "um Recht und Ordnung um jeden Preis aufrechtzuerhalten." (Presse, .6.)

Das unabhängige Mozambique, der rasch voranschreitende Befreiungskampf in Zimbabwe und Namibia sind ein enormer Ansporn für das Volk von Azania (Südafrika). Dessen sind sich auch die Rassisten und ihre imperialistischen Verbündeten bewusst. Beim Versuch, die für sie bedrohliche revolutionäre Entwicklung im südlichen Afrika aufzuhalten, haben sie von Entspannung und Lockerung der Rassengesetze zu reden begonnen.



Schüler tragen einen toten Kameraden aus der Schußlinie der Polizei.

Gemäss dem "Aufstandsbekämpfungsgesetz" wird bei "Zusammenrottung" sofort geschossen.

Wenn auch die Rassisten mit brutaler Gewalt die unbewaffneten und unorganisierten Volksmassen noch niederwerfen können - das Volk bereitet sich vor auf den bewaffneten Befreiungskampf gegen das Kolonialregime. Es hat einmal mehr die Erfahrung gemacht, dass der Weg zu Selbstbestimmung und Freiheit nur über die Zerschlagung des Unterdrückerregimes gehen kann.

Bericht eines westdeutschen Montagearbeiters aus der

Die sowjetischen Arbeiter sind von der neuen Bourgeoisie wieder zu Lohn

An der Kama, einem östlichen Nebenfluß der Wolga, kurz vor dem Ural gelegen, entsteht das größte und modernste Lastkraftwagenwerk der Welt. Die Sowjetunion läßt sich hier von allen wichtigen kapitalistischen Ländern der Welt ein gigantisches Projekt bauen. Hauptlieferant ist die französische Firma Renault. Aber auch alle namhaften westdeutschen Konzerne des Werkzeugmaschinenbaus sind hier vertreten. So Hurr, Liebherr, Gildemeister, Burr, Fritz Werner, Hüller usw. Italienische und amerikanische Firmen sind ebenfalls groß vertreten. So sind fast 1 000 amerikanische Monteure im Einsatz. Ein gigantisches Projekt also auf jeden Fall.

Die Halle, in der ich arbeite, hat eine Länge von 1 200 m und ist 450 m breit. 8 solche Hallen gibt es hier. Die sowjetischen Arbeiter wurden aus allen Teilen des Landes hierher verfrachtet. 1970 betrug die Einwohnerzahl von Naberenjnye Celny noch keine 20000. Heute sind es über 200000 Einwohner. 1969 ist mit der Planung begonnen worden. 1971 war Baubeginn. Die Anstrengungen der Sowjetunion sind ungeheuer fieberhaft. Das Werk wird in eine quasi unberührte Wildnis hineingesetzt. Zufahrtswege gibt es so gut wie gar nicht. Wege gibt es ebenfalls nicht zwischen den riesigen Betonwohnklötzen, in denen die Arbeiter leben. Wer hier lebt, nimmt in Kauf, durch metertiefen Schlamm waten zu müssen. Dies nur ein Beispiel für die Lebensumstände, unter denen die Menschen hier leben müssen. Im Vordergrund der 'Planung' steht das Werk und daß es fertig wird. Eigentlich sollte das Werk schon fertig sein, und zwar zum 25. Parteitag der KPdSU. Aber von der Fertigstellung ist man noch immer weit entfernt. Das ist auch kein Wunder.

Ich kann mich erinnern, daß sowjetische Funktionäre, die nach Westdeutschland gesendet worden waren (in die Fabrik, wo ich beschäftigt bin), keine Ahnung von Maschinenbau hatten und sich dafür auch nicht interessierten. Diese Herren sollten zwar die Maschinen für das LKW-Werk auf ihre Funktionstüchtigkeit hin überprüfen und sich die Funktionsweise erklären lassen. Sie fragten aber bei uns im Werk hauptsächlich danach, wo sie gute Transistorradios kaufen könnten u.ä.m. Diese Herren hatten nur Interesse an ihren persönlichen Vorteilen, an sonst nichts.

Deshalb lernen die sowjetischen Kollegen, mit denen wir hier zusammenarbeiten, die Maschinen zum erstenmal kennen. Sie sind wißbegierig, aber bis sie die Maschinen beherrschen, wird noch eine Menge Zeit vergehen. Und das heißt auch, daß noch eine Menge Zeit vergehen wird, bis die Sowjets die Maschinen ohne Hilfe ausländischer Spezialisten bedienen können, ja, es ist zweifelhaft, ob das überhaupt jemals der Fall sein wird. Die Administration des Werkes tut jedenfalls alles, damit es nicht dazu kommt.

Die Organisation ist so chaotisch, daß wochenlang nicht gearbeitet werden kann, weil kein Material da ist. Maschinen verrotten, weil sie im Freien aufgestellt werden, weil die zentrale Kühlwasserversorgung fehlt usw. Für all das ist die Werksadministration verantwortlich. Aber was noch wichtiger ist: Man merkt es den sowjetischen Arbeitern deutlich an, daß es nicht ihr Werk ist, was hier entsteht, sondern das Werk der herrschenden Klasse, der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion. Genauso wie bei uns im Kapitalismus sind sie nichts anderes als Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft. Sie kommen nur, wenn die „Kohle stimmt", wie man bei uns sagt.

Am Anfang des Monats fehlen sie häufig, zum Ende des Monats erscheinen sie dann wieder, damit der Monatsplan erfüllt wird. Wenn der Plan nämlich nicht erfüllt wird, fallen 30 Rubel Prämie weg und das ist hier viel Geld. Ein sowjetischer Arbeiter verdient im Durchschnitt 200 Rubel. Das sind etwa 700 DM. Und der sowjetische Arbeiter verhält sich wie ein Verkäufer der Ware Arbeitskraft, was er ja auch ist. Sie verhalten sich nicht wie Vertreter der herrschenden Klasse, die **ihr** Werk aufbauen. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion ist wieder zu einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse geworden.

Arbeitsgesetzgebung in der Sowjetunion

Gut studieren kann man die Tatsache der Unterdrückung der sowjetischen Arbeiterklasse an der Entwicklung der Arbeitsgesetzgebung. Ich hatte Gelegenheit, mit dem Politkommissar der KPdSU, der zuständig ist für alle arbeitsrechtlichen Fragen des Kama-Lastkraftwagenwerks, zu diskutieren.

Er hielt zunächst einen Vortrag, in dem er folgendes sagte: „Die sowjetische Arbeitsgesetzgebung gibt den sowjetischen Arbeitern die verschiedensten Rechte. Sie werden gewährleistet vom Wachsen der Produktivkräfte und von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Das Recht auf Arbeit gilt für alle Bürger, unabhängig von Nationalität und Rasse. Dieses Recht bedeutet, daß jeder die Arbeit entsprechend seinen Fähigkeiten und seiner Qualifikation wahrnehmen kann. Bei Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche stehen die Behörden dem Arbeiter zur Seite. Arbeitsverträge können sowohl für unbestimmte als auch für festgesetzte Zeiten abgeschlossen werden. Der Arbeiter kann jederzeit seinen Arbeitsvertrag lösen. Die Administration (das ist die Fabrikleitung) kann die Arbeitsverträge auch jederzeit kündigen, und zwar beim Vorliegen wichtiger Gründe. Diese Kündigungen können nur ausgesprochen werden in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes.

Die Arbeiter haben das Recht auf Lohn gemäß Quantität und Qualität ihrer Arbeit. Die Bezahlung ist durch Tarifsätze bestimmt. Die Lohngruppen für die einzelnen Arbeiter werden vom Zentrum, der Administration, bestimmt. Der Gewerkschaftsbund muß dabei zugestimmt haben.

Die Arbeiter bekommen entweder den Zeitlohn oder den Akkordlohn. Zusätzlich gibt es die Prämierungen. Alle Bürger haben das Recht auf Erholung, mindestens 14 Tage im Jahr. Gesetzlich besteht die 41-Stunden-Woche. (Montag bis Freitag 7-Stunden-Tag, Samstags 6 Stunden). Sechzehn- bis Achtzehnjährige haben die 36-Stunden-Woche, die unter Sechzehnjährigen die 24-Stunden-Woche. Die Sicherheit am Arbeitsplatz wird garantiert durch die Festlegungen der Regierung. Arbeiter, die unter ungesunden Arbeitsbedingungen arbeiten, bekommen kostenlos Milch. Arbeiter haben das Recht auf Berufsunterricht. Dieses wird durch Kurse, Fachschulen und Hochschulen gewährleistet. Arbeiter, die dieses Recht wahrnehmen, haben Privilegien wie zusätzlichen Urlaub sowie die Bezahlung der Fahrkosten.

Alle Bürger haben das Recht auf Vereinigungsfreiheit in den Gewerkschaften und das Recht, an der Volksregierung teilzunehmen. In die Belange des Gewerkschaftsbundes darf sich die Regierung nicht einmischen. Arbeitsverträge werden von den Gewerkschaften und dem Staat abgeschlossen. In den Verträgen wird auch die Prämierung festgelegt. Es existiert das Recht auf Rente. Das Rentenalter beträgt 60 Jahre bei Männern, 55 Jahre bei Frauen."

So weit also der sowjetische Polit-Kommissar der KPdSU.

Ich hatte dann Gelegenheit zu einigen Fragen, wobei aber auch die wenigen Antworten schon sehr aufschlußreich waren. Ich fragte danach, ob die Fabrikadministration den Arbeitern rechenschaftspflichtig sei und ob sie von den Arbeitern abgewählt werden könne. Antwort: Nein. Die Administration wird von der Regierung eingesetzt, die Regierung bestimmt. Ich fragte danach, wie es im Fall der Kündigung eines Arbeiters durch die Administration aussieht. Antwort: Der Arbeiter hat das Recht, sich an die nächst höhere Instanz zu wenden oder aber einen Gerichtsprozeß anzustrengen. Das ist alles.



Zum 25. Parteitag der KPdSU sollte das Automobilwerk an der Kama fertiggestellt sein. Es langte aber nur zu einer Reklameveranstaltung, bei der die Arbeiter die ersten dort hergestellten LKWs beklatschen durften. Die Fertigstellung des Werkes verzögert sich immer mehr.

Die Diktatur der neuen Bourgeoisie entrechtet die Arbeiterklasse

Ich fragte danach, wie es möglich ist, daß das Akkordsystem, ein übles System der Auspressung der Arbeiter, in der Sowjetunion existiert. Er antwortete, daß das keine Auspressung sei, wenn jeder nach seiner Leistung bezahlt werde; außerdem würden die Akkordsätze in Übereinstimmung mit der Gewerkschaft festgelegt.

Ich fragte, ob die Prämien nicht einen Bruch mit dem Leninismus bedeuteten, indem die materiellen Anreize an die erste Stelle gesetzt werden. Ich bekam die dreiste Antwort, daß das gerade Gegenteil der Fall sei. Der „materielle Anreiz" sei schon immer fester Bestandteil leninistischer Politik. Es sei die Verwirklichung des Sozialismus nach dem Prinzip „Jeder nach seiner Leistung".

Beim Nachhaken meinerseits mußte er mir jedoch zugestehen, daß diese Politik erst seit 1956 betrieben wird, also seit dem Machtantritt Chruschtschows. Unter Lenin und Stalin stand die Politik, nicht die Ökonomie an der ersten Stelle. Warum die sowjetischen Arbeiter nicht das Recht auf Streik- und Demonstrationsfreiheit haben, wollte ich wissen. Er sagte, daß sie dies nicht nötig hätten, sie seien eine große Volksgemeinschaft.

Damit gab ich mich nicht zufrieden und der Politkommissar wurde sehr verlegen, als er beim

Sowjetunion
sklaven gemacht worden

Nachfragen zugeben mußte, daß in der Arbeitsgesetzgebung von 1918 Streik- und Demonstrationsfreiheit für alle Arbeiter garantiert war, ebenso in der Neufassung der Gesetze 1927. Erst in ihrer Neufassung von 1970, also unter der Herrschaft einer neuen Bourgeoisie wurden diese elementaren Rechte beseitigt.

Der Betrug mit der „allgemeinen Volksregierung"

An diesem Punkt angelangt, wurde der Herr Politkommissar sichtlich nervöser und er fragte mich nach meiner Auffassung über die Politik der Sowjet-Regierung. Ich legte dar, daß die früher sozialistische Sowjetunion unter Lenin und Stalin das Vaterland der Proletarier aller Länder gewesen sei, weil in der Politik konsequent am Marxismus-Leninismus festgehalten wurde. Daß mit dem Machtantritt Chrutschows die falsche Linie in der Partei gesiegt habe; daß eine neue Bourgeoisie heute in der Sowjetunion die Macht habe und von der Diktatur des Proletariats nicht mehr die Rede sein könne. An diesem Punkt unterbrach er mich und stellte fest: „Von der Diktatur des Proletariats zu sprechen ist schon ein Fehler. Wir haben eine allgemeine Volksregierung. Diktatur des Proletariats ist nur notwendig in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus."

Ist das nicht eine Verleugnung und eine haarsträubende Revision des Marxismus-Leninismus? Dieser Vertreter der herrschenden neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion dreht und wendet die realen Klassenverhältnisse in der Sowjetunion und den Marxismus-Leninismus so, daß er seine durch und durch bürgerlichen Auffassungen vertreten kann.

Lenin schrieb in „Staat und Revolution": „Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich zum Kommunismus hin entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft, ist unmöglich, ohne eine ‚politische Übergangsperiode', und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein." Und er sagt weiter: „Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur einer Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das Proletariat, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze historische Periode, die den Kapitalismus von der ‚klassenlosen Gesellschaft', vom Kommunismus, trennt." (Staat und Revolution, Werke Bd. 25)

Der Marxismus-Leninismus ist die ideologische Waffe, die die sowjetische Arbeiterklasse gegen ihre neuen Ausbeuter und Unterdrücker wenden muß, um sich ihrer entledigen zu können. Die sowjetische Arbeiterklasse kann sich stützen auf eine ruhmreiche Vergangenheit unter der Führung Lenins und Stalins.

Natürlich leben die sowjetischen Arbeiter unter scharfer Unterdrückung, und sie haben Angst. Das habe ich immer wieder feststellen können, wenn ich sie fragte über ihre Auffassungen zur Politik Breschnews und Kossygins. Ich konnte aber gleichzeitig feststellen, daß neben ihrer Angst großer Stolz auf ihre großen Führer Lenin und Stalin da ist; und dieser Stolz ist im Wesen nichts anderes als Stolz und Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse, wenn sie sich in ihrem politischen Handeln vom Marxismus-Leninismus leiten läßt. – (b., Naberenjnye Celny, UdSSR)

(aus "Kommunistische Volkszeitung" Nr. 19)

Den 2. Teil des Berichts, der das Verhältnis der sowjetischen Arbeiter zur Produktion schildert und die Vorgehensweise der herrschenden Klasse in der Sowjetunion beim Bau des LKW-Werkes drucken wir in der nächsten Nummer des "KLASSENKAMPF" ab.

Fortsetzung von Seite 28

VR China: Allseitiger Kampf gegen die Bourgeoisie

stischen Weg, die nicht bereut hatten, um sich und vertraute ihnen wichtige Posten an; er stellte „Kommandos" zusammen, um die richtigen Urteile aufzuheben und die alte Ordnung wieder einzuführen. Er bemühte sich, die Renegaten und Sonderagenten, die in der Großen Kulturrevolution entlarvt worden waren, in der Partei zu behalten, um sie eines Tages wieder in den Sattel heben zu können.

„In allen Bereichen wieder Ordnung herstellen", darauf lief der Aktionsplan Tengs hinaus, um die richtigen Urteile aufzuheben und die alte Ordnung wieder herzustellen. Und bei seinem ersten Befehl in dieser Richtung setzte ein übler Wind ein, der die richtigen Urteile aufheben wollte. Die Linie und die revolutionären Maßnahmen des Vorsitzenden Mao, die Errungenschaften der Kulturrevolution, die Überlegenheit des sozialistischen Systems, alles wollte er „wieder in Ordnung bringen", d.h. er wollte dies alles wegfegen. So bedeutete „Wiederherstellung der Ordnung" eigentlich: der Bourgeoisie erlauben, das Proletariat anzugreifen, den Kapitalismus wieder einzuführen.

Alle diese Schritte Tengs stellten die Fortsetzung und Entwicklung des reaktionären „Februar-Plans" (der Liu Schao-tschi-Gruppe von 1966, Red.) dar, der vom Vorsitzenden Mao bereits im „Rundschreiben" kritisiert worden war. (...)

Dieser kapitalistische Weg, den er eingeschlagen hatte, war darauf ausgerichtet, zur halbkolonialen und halbfeudalen Lage, in der sich das alte China befunden hatte, zurückzuführen, unser Land dem Imperialismus und Sozialimperialismus zu unterwerfen. Wie der Vorsitzende Mao im „Rundschreiben", die Vertreter der Bourgeoisie kritisierend, sagte, *„sind es treue Lakaien der Bourgeoisie und des Imperialismus, mit denen sie versuchen, die bürgerliche Ideologie der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats sowie das kapitalistische Regime aufrechtzuerhalten; sie widersetzen sich der marxistisch-leninistischen Ideologie und dem sozialistischen Regime"*.

„Ihr Kampf gegen uns ist ein Kampf auf Leben und Tod; dabei kann von einer Gleichheit überhaupt nicht die Rede sein. Dabei ist unser Kampf gegen sie ebenfalls unvermeidlich ein Kampf auf Leben und Tod."

Das große historische Verdienst der Kulturrevolution, die vom Vorsitzenden Mao persönlich ausgelöst und geleitet wurde, besteht darin, rechtzeitig und mit der notwendigen Entschlossenheit das Komplott der Restauration, das die Bourgeoisie innerhalb der Partei geschmiedet hatte, zu zerschlagen, ihre konterrevolutionäre, revisionistische Linie verurteilt zu haben, den Teil der Macht, den sie innerhalb der Partei und des Staates usurpiert hatte, zurückgenommen zu haben und das ständige Voranschreiten unseres Landes auf der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao gesichert zu haben; es besteht weiter darin, in Theorie und Praxis dies bedeutende Problem gelöst zu haben, das sich heute der internationalen kommunistischen Bewegung stellt: die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren und der Restauration des Kapitalismus zuvorzukommen. (...)

Wir haben großartige Siege errungen, aber der Kampf ist noch nicht beendet. Der Kampf um die Kritik an der konterrevolutionären, revisionistischen Linie Tengs muß vertieft geführt werden. Wir dürfen vor allem nicht in unserem Kampfwillen nachlassen. Die Handvoll Klassenfeinde ist ihrerseits nicht bereit, sich geschlagen zu geben. Nach den eingesteckten Mißerfolgen überlegen sie nun Taktiken und Mittel, die sie gegen uns verwenden könnten; das revolutionäre Volk muß darüber ein klares Bewußtsein haben. Der Vorsitzende Mao hat hervorgehoben:

„Lenin sprach von der Errichtung eines bürgerlichen Staates ohne Kapitalisten, der die Aufgabe hat, das bürgerliche Recht zu verteidigen. Wir selbst haben einen solchen Staat errichtet, der sich nicht von der alten Gesellschaft unterscheidet: Es existiert darin eine Hierarchie, Löhne auf acht verschiedenen Stufen, Verteilung nach der Leistung, Tausch zu gleichen Werten."

Solange solche Zustände herrschen, solange Klassen existieren, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, solange der Einfluß der Bourgeoisie, des Imperialismus, des Revisionismus auf internationaler Ebene weiterbesteht, wird die Tatsache, „daß die Verantwortlichen in der Partei auf dem kapitalistischen Weg nicht aufgehört haben, diesen Weg zu verfolgen", eine historische Erscheinung bleiben, die lange andauern wird. Beim 1. Jahrestag des „Rundschreibens" hatte uns der Vorsitzende Mao bereits gewarnt, daß *„die Kulturrevolution nur die erste dieser Art gewesen sei. In der Zukunft werden solche Revolutionen notwendigerweise öfter stattfinden."*

Im gegenwärtigen Kampf gegen den Wind von rechts hob er folgendes hervor:

„Nach der demokratischen Revolution sind die Arbeiter, die armen und mittleren Bauern nicht stehengeblieben; sie wollen die Revolution fortsetzen. Aber einige Parteimitglieder wollen nicht weitergehen, einige unter ihnen gehen sogar rückwärts und widersetzen sich der Revolution. Weshalb? Nachdem sie große Würdenträger geworden sind, wollen sie die Interessen ihrer Kaste verteidigen."

„Wird man die Revolution noch in hundert Jahren führen müssen? Noch in tausend Jahren? Man wird die Revolution noch führen müssen und sie immer führen müssen. Es gibt immer Leute, die sich unterdrückt fühlen; die kleinen Beamten, die Studenten, die Arbeiter, die Bauern und die Soldaten wollen nicht, daß die Großen sie unterdrücken, und deshalb wollen sie die Revolution machen. Wird es in tausend Jahren keine Widersprüche mehr geben? Wie sollte es da keine mehr geben! Es wird sie noch geben."

Wir müssen also ideologisch auf einen langanhaltenden Kampf gegen die Verantwortlichen auf dem kapitalistischen Weg und für die Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats gerüstet sein.

Anfang des Jahres sagte der Vorsitzende Mao: *„Ohne Kampf keine Fortschritte"*.

„Mit einer Bevölkerung von 800 Millionen Menschen, wie könnte es da ohne Kampf gehen?" (...)

Das Proletariat ist in der Revolution optimistisch. Wir glauben an die Dialektik. Wir sind voll davon überzeugt: *„'Das Neue löst das Alte ab.' Das ist ein allgemeines und ewig unumstößliches Gesetz des Weltalls."* (Über den Widerspruch)

Der Weg der Revolution wird zwar voller Windungen und Wendungen sein, aber die Wahrheit des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen ist unwiderstehlich. Die Volksmassen, die mehr als 95 Prozent der Bevölkerung darstellen, streben immer danach, die Revolution zu machen; die Revolution besiegt unvermeidlich die Reaktion; was entsteht, ist unvermeidlich stärker als was verfault ist. Dies ist das Gesetz der Geschichte. Mehr als ein Jahrhundert ist vergangen seit der Entstehung des Marxismus, und die alte Welt hat schon Einbrüche erlitten. Und heute steht für den Kapitalismus und Revisionismus, die dem Ende ihrer Existenz entgegensehen, der Niedergang als Beginn vom Ende an. Es ist möglich, daß die kleinen grotesken Gestalten, die gegen den Strom der Geschichte schwimmen, sich für einige Zeit durchsetzen können, aber schließlich werden sie vom Volk auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.

So wie Marx und Engels sagten:

„Der Sturz der Bourgeoisie und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." (Manifest der Kommunistischen Partei) (...)

Die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao ist unbesiegbar! Nichts kann uns in unserem Vorangehen aufhalten! Die Kulturrevolution wird immer im größten Glanz erstrahlen!

Der strahlende Glanz der Kulturrevolution ist unauslöschlich

Vor 10 Jahren, am 16.Mai 1966, gab das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas mit seinem "Rundschreiben" das Startsignal zur Großen Proletarischen Kulturrevolution und wies damit dem chinesischen Volk den Weg zum Sieg. Aus diesem Anlaß veröffentlichten die Redaktionen der Zeitungen "Remnin Ribao", "Hongqi" und "Jiengfangjun Bao" einen gemeinsamen Artikel, aus dem wir im folgenden Auszüge bringen, in der Übersetzung der Redaktion der "Kommunistischen Volkszeitung".

Das „Rundschreiben" ist in einem verbissenen Kampf entstanden, in dem sich das Hauptquartier des Proletariats mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze und das Hauptquartier der Bourgeoisie unter dem Anführer Liu Schao-tschi gegenüberstanden. (...)

Der Vorsitzende Mao sagte:

„Wenn die Große Proletarische Kulturrevolution nicht durchgeführt wird, wird es nicht gehen."

Diese große Revolution war langfristig vorbereitet worden, sie ist die unvermeidliche Folge des heftigen Kampfes, der sich zwischen den zwei Klassen, den zwei Wegen, den zwei Linien abgespielt hat. Während Jahren haben Liu Schao-tschi, dieser Renegat, Agent des Feindes und Verräter an der Arbeiterklasse, sowie seine Anhänger fieberhaft eine konterrevolutionäre, revisionistische Linie angewandt und verfolgten hartnäckig den kapitalistischen Weg. Sie behaupteten, die „(kapitalistische) Ausbeutung habe ihre Vorteile", und man müsse die „neudemokratische Ordnung konsolidieren"; sie haben eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Kooperativen aufgehoben, die Erweiterung von Einzelparzellen für den Privatgebrauch und die freien Märkte gefördert; die Schaffung von Kleinunternehmen, die Festlegung der Produktionsnormen auf der Grundlage der Familie; sie haben reaktionäre Filme unter die Leute gebracht, wie „Die geheime Hofgeschichte der Tsing" und „Das Leben von Wou Hsiun". Sie sind der Kritik am Stück „Hai Jui wird seines Amtes enthoben" entgegengetreten. Kurz, sie widersetzten sich in allen Bereichen, mit aller Kraft der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao.

Während einiger Zeit hatte das Hauptquartier der Bourgeoisie unter Liu Schao-tschi die Macht innerhalb der Partei, im Bereich der Kultur- und Propagandaarbeit sowie an vielen anderen Stellen. In dem von ihm beherrschten Bereich der Ideologie und der Kultur hatte der Kapitalismus freie Bahn, der Revisionismus entfesselte sich und üble Elemente kamen massenhaft zum Vorschein, breiteten sich in Zeitungen und Zeitschriften, in Rundfunksendungen, in Büchern aus, insbesondere in literarischen und künstlerischen Werken. In bestimmten Bereichen des Überbaus war dadurch eine ernste Lage entstanden: Die Bourgeoisie übte dort die Diktatur über das Proletariat aus.

Liu Schao-tschi und seine Anhänger unterstützten lebhaft die Anwendung des materiellen Anreizes und die Verleihung von Prämien, die nach ihrer Meinung von erstrangiger Bedeutung sind; auf diese Weise veranlaßten sie die Leute, den kapitalistischen Weg einzuschlagen. In einer ziemlich großen Mehrheit der Fabriken und der anderen Betriebe lag die Führung nicht mehr in Händen von wahren Marxisten und der arbeitenden Massen. Die Grundlage unserer sozialistischen Wirtschaft war nicht fest. Wenn die Große Kulturrevolution nicht durchgeführt worden wäre, hätte es nicht mehr lange gedauert, bis die Konterrevolution sich auf nationaler Ebene breitgemacht hätte, unsere Partei eine revisionistische geworden und ganz China die Farbe gewechselt hätte.

Mit dem großen Scharfsinn des Marxisten-Leninisten hat der Vorsitzende Mao rechtzeitig die ernste Gefahr erkannt, die die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg darstellen, welche die Diktatur des Proletariats stürzen wollten.

Er schreibt im „Rundschreiben":

„Die Repräsentanten der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten; sie werden, sobald die Zeit dafür reif ist, die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln."

Und im gegenwärtigen Kampf gegen den rechtsabweichlerischen Wind, der die richtigen Urteile aufheben wollte, hat er folgendes gesagt:

„Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch."

Diese wichtigen Richtlinien des Vorsitzenden Mao untersuchen auf gründliche Art die Veränderungen, die in den Klassenverhältnissen aufgetreten sind, und die charakteristischen Eigenschaften des Klassenkampfes in der sozialistischen Periode, formulieren eine wissenschaftliche These – die Bourgeoisie existiert innerhalb der Kommunistischen Partei – und stellen eine Weiterführung des Marxismus-Leninismus dar; sie geben uns deutlicher die Richtung an, die bei der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu verfolgen ist. (...)



Die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg stellen für die Bourgeoisie die Hauptkraft dar bei ihrem Kampf mit dem Proletariat mit dem Ziel, den Kapitalismus zu restaurieren. Das Schlüsselproblem ist hier, daß diese Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg sich in die Organe der Diktatur des Proletariats infiltriert haben. Liu Schao-tschi, Lin Piao und Teng Hsiao-ping, diese Vorreiter der revisionistischen Linie, hatten alle einen großen Anteil der Macht innerhalb der Partei und des Staates inne; das versetzte sie in die Lage, diese Instrumente der Diktatur des Proletariats in Instrumente der Diktatur über das Proletariat umzuwandeln; so waren sie im Versuch, den Kapitalismus zu restaurieren, wirksamer als die Bourgeoisie außerhalb der Partei.

Sie hatten die Möglichkeit, ihre Macht auszunützen, um Kapitulanten und Renegaten zu rekrutieren, Klüngel im Dienst ihres persönlichen Ehrgeizes zu schaffen, Hauptquartiere der Bourgeoisie zu errichten, von der Spitze zur Basis hinunter eine revisionistische Linie auszuarbeiten und umzusetzen. Sie konnten das bürgerliche Recht verstärken und ausweiten, ihre Interessen als „hohe Würdenträger", die den Revisionismus anwenden, verteidigen, sich große Mengen an gesellschaftlichem Reichtum aneignen und diese verschwenden, sich voll in das kapitalistische Unternehmen stürzen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse untergraben und zersetzen.

Sie legen sich immer einen marxistisch-leninistischen Deckmantel zu und tragen unterschiedliche Schilder, was ihnen erlaubt, Leute zu täuschen und zu betrügen – wenn auch nur vorübergehend – die nicht wissen, woher der Wind weht und deren politisches Bewußtsein mangelhaft ist, um sie dem revisionistischen Weg folgen zu lassen, den sie ausgearbeitet haben. (...)

„Die drei Direktiven zum Hauptheben machen", dies war das politische Programm Teng Hsiao-pings für seine Bestrebungen, die richtigen Urteile aufzuheben und die alte Ordnung wieder einzuführen. Dieses revisionistische Programm predigte die Theorie des Absterbens der Klassenkämpfe und die Theorie der Produktivkräfte, widersetzte sich der Theorie des Klassenkampfes als Hauptkettenglied, bekämpfte die Grundlinie der Partei und leugnete die Notwendigkeit der Großen Proletarischen Kulturrevolution. (...)

„Sich der ideologischen Positionen bemächtigen", auf diese Weise bereitete Teng die Meinung vor, um die richtigen Urteile aufheben zu lassen und die alte Ordnung wieder einzuführen. Nachdem er wieder an der Macht war, insbesondere seit Juli, August und September des letzten Jahres, begannen sich politische Gerüchte und seltsame Behauptungen in großem Umfang zu verbreiten. Deren Ursprung mußte bei Teng gesucht werden; es war die Gerüchteküche Teng & Co., die dieses Geschwätz in Umlauf brachte. So griffen diese Leute zu allen möglichen niederträchtigen Mitteln, um eine Strömung konterrevolutionärer Meinungen hervorzubringen, den Gemütern der Menschen durch demagogische Manöver zu schmeicheln, um eine Spaltung herbeizuführen, wobei immer die Speerspitze auf das Zentrale Komitee der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze gerichtet war; diese ganzen Machenschaften waren auf die Usurpation der Partei- und Staatsführung durch Teng ausgerichtet.

„Zuerst die Führungsmannschaften in die Hände nehmen", darauf lassen sich die organisatorischen Maßnahmen zurückführen, die Teng getroffen hatte, um die richtigen Urteile aufzuheben und die alte Ordnung wiederherzustellen. Er war gegen die revolutionären Führungen mit Dreierverbindungen, bekämpfte und verdrängte die alten, mittleren und jungen Kader, die der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao treu waren, scharte Verantwortliche auf dem kapitali-

Fortsetzung auf Seite 27